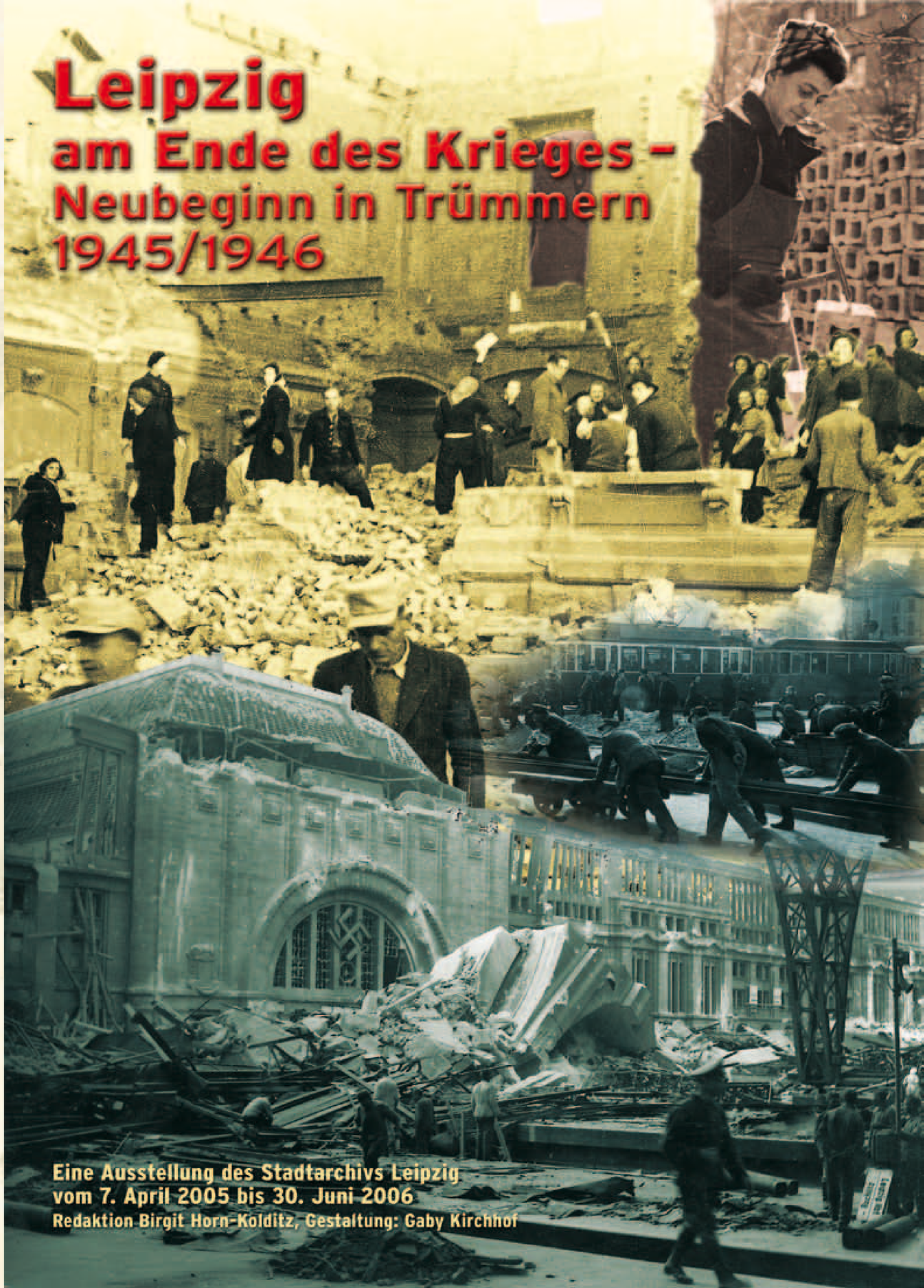
Leipzig am Ende des Krieges – Neubeginn in Trümmern 1945/1946

Am 18. April 1945 wehten in Leipzig weiße Fahnen und signalisierten für die Leipziger das Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur. Leipzig wurde nicht zur Festung erklärt und damit vor einer sinnlosen Zerstörung bewahrt, auch wenn sich Volkssturm- und Wehrmachtseinheiten an mehreren Stellen im Stadtgebiet verschanzt hatten und sich letzte Kämpfe mit den einrückenden amerikanischen Truppenteilen lieferten, die am Völkerschlachtdenkmal bis in die Nacht zum 20. April andauerten.

Die Stadt selbst befand sich im Frühjahr 1945 in einer äußerst schwierigen Situation. Durch Zerstörungen bei den Luftangriffen war das Verkehrs- und Versorgungssystem fast zum Erliegen gekommen. Damit war vor allem der Nachschub in der Lebensmittelversorgung gefährdet. In Leipzig und Umgebung befanden sich tausende Fremd- und Zwangsarbeiter, deren geordnete Repatriierung in ihre Heimatländer erst organisiert werden musste. Flüchtlinge aus den ostdeutschen Reichsgebieten und aus den südosteuropäischen deutschen Siedlungsgebieten warteten auf den Weitertransport und fanden ebenfalls in Lagern Aufnahme. Die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen in der mit Menschen überfüllten Stadt potenzierte sich durch die unzureichende medizinische Versorgung und mangelnde hygienische Verhältnisse. Die immer spärlicher eintreffenden Lebensmittel führten zu Plünderungen der Leipziger Lagerhäuser sowie zu Tauschhandel und Schwarzmarktgeschäften.

Die den alliierten Truppen nachfolgenden Militärverwaltungen erließen restriktive Festlegungen zur Umsetzung der Beschlüsse der Siegermächte hinsichtlich der Entnazifizierung, Demokratisierung, Entmilitarisierung und wirtschaftlichen Neuordnung, bemühten sich aber im gleichen Maße um die Regulierung und Reorganisation des Lebens in der Stadt. Dazu waren sie von Anfang an auf die Mitarbeit von kooperationswilligen und unbelasteten Deutschen angewiesen. Voneinander abweichende politische Konzepte der USA und der UdSSR führten auch in Leipzig zu unterschiedlichen Methoden und Ergebnissen während der amerikanischen und sowjetischen Besatzungszeit, insbesondere bei der Entnazifizierung oder im Wirtschaftsbereich. Die schrittweise Umsetzung des sowjetischen Gesellschaftsmodells schuf auch in Leipzig Grundlagen für die Umgestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens bis zur Gründung der DDR und wurde von großen Teilen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unterstützt. Mit der Bodenreform 1945, der Gründung der SED, dem Volksentscheid zur Enteignung der „Nazi- und Kriegsverbrecher“ am 30. Juni 1946, den noch relativ freien Wahlen zu den Gemeindevertretungen am 1. September 1946 und den Kreis- und Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone bereits wichtige Vorentscheidungen für eine sozialistische Entwicklung getroffen.



1945 Zeittafel

JANUAR

12.1. Beginn der Winteroffensive der Roten Armee

FEBRUAR

4.-11.2. Konferenz der Alliierten in Jalta (Krim) mit Entscheidungen für die Nachkriegszeit (Einrichtung von vier Besatzungszonen in Deutschland)

27.2. Amerikanischer Großangriff auf Halle/Leipzig

MÄRZ

7./8.3. Britischer Luftangriff auf Leipzig

APRIL

6.4. Amerikanischer Luftangriff auf Leipzig

10.4. Letzter Luftangriff auf Leipzig mit 337 Todesopfern

12.4. Erschießung von 52 politischen Gefangenen durch die Gestapo auf dem Exerzierplatz in Lindenthal

15.4. Offizielle Einstellung des anglo-amerikanischen Bombenkrieges gegen deutsche Städte

16.4. Aufforderung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" (NKFD), Bezirk Leipzig zur kampflosen Übergabe der Stadt Leipzig

18.4. Beginn der Besetzung der Stadt Leipzig durch amerikanische Streitkräfte

Ermordung von mehr als 100 KZ-Häftlingen durch die SS in Abtnaundorf

19.4. Proklamation Nr. 1 der amerikanischen Militärregierung in Leipzig „An das Deutsche Volk"

Letzte Kämpfe am Völkerschlachtdenkmal

20.4. Abschluss der Einnahme Leipzigs durch die Amerikaner mit dem Einmarsch der 2. Infanteriedivision im Norden der Stadt

23.4. Ernennung des Rechtsanwaltes Dr. Wilhelm Johannes Vierling zum Bürgermeister des Stadtkreises und Heinrich Fleißners zum Polizeipräsidenten durch den amerikanischen Militärkommandanten in Leipzig, Major Richard Eaton

25.4. Begegnung amerikanischer und sowjetischer Truppen bei Torgau an der Elbe

26.4. Verbot des NKFD durch die amerikanische Besatzungsmacht mit Wirkung zum 28.4.

Ende April Konstituierung der Leitung der Kommunistischen Partei für Leipzig

MAI

Anfang Mai Bildung des „Hilfskomitees für die Opfer des Faschismus" in Leipzig

1.5. Erste halböffentliche Kundgebungen der Leipziger Antifaschisten in Betrieben

6.5. Wiedereröffnung des Zoologischen Gartens

7./8.5. Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims bzw. in Berlin-Karlshorst

JUNI

1.6. Wiederaufnahme des Postscheck-, Postsparkassen- und Rentendienstes im Stadtgebiet mit beschränktem Umfang

5.6. Proklamation der vier Siegermächte zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland (Bildung des Alliierten Kontrollrates); Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen, Einteilung Berlins in vier Besatzungssektoren

9.6. Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)

10.6. Befehl Nr. 2 der SMAD: Zulassung von Parteien und Gewerkschaften in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

11.6. Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Berlin

14.6. Neukonstituierung des „Antifaschistischen Blocks Leipzig" unter Leitung eines „Provisorischen Zentralausschusses" mit 70 Mitgliedern aus allen Bevölkerungskreisen

15.6. Gründungsaufruf des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Berlin

23.6. Erste Beratungen zwischen den Führungen von KPD und SPD in Leipzig zur Einheit der Arbeiterparteien

26.6. Unterzeichnung der Gründungs-Charta der Vereinten Nationen in San Francisco von 51 Staaten

Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Berlin

Erste Sitzung des neugebildeten provisorischen Gemeinderates (Stadtparlament) unter Vorsitz des amerikanischen Stadtkommandanten

28.6. Protest des Bürgermeisters und des Rektors der Universität bei der amerikanischen Militärregierung gegen die Verschleppung von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Forschern und die Entnahme wichtiger Forschungsmaterialien

Ende Juni Abzug der amerikanischen Truppen aus der Stadt

JULI

30.6.-4.7. Abzug amerikanischer und britischer Truppen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg, Einzug in die Berliner Westsektoren; Einmarsch sowjetischer Truppen in die von den Westalliierten geräumten Gebiete

2.-3.7. Einrücken von Einheiten der Roten Armee in Leipzig

4.7. Besprechung Walter Ulbrichts mit Genossen der KPD in Leipzig zur Neubesetzung der Stadtverwaltung und deren erste Aufgaben

5.7. Gründung der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Berlin

8.7. Gründungskonferenz des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Berlin

9.7. Befehl Nr. 5 der SMAD: Bildung der fünf Länder bzw. Provinzen in der SBZ

10.7. Ernennung Generalleutnant Nikolaj I. Trufanows zum Stadtkommandanten von Leipzig durch die SMAD

13.7. Ehrung ermordeter Leipziger Antifaschisten durch das im April gegründete „Wiedergutmachungswerk" im Rahmen einer Veranstaltung im „Capitol"

14.7. Zusammenschluss von KPD, SPD, CDU und LDP zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien"

16.7. Ernennung Dr. Erich Zeigners zum Oberbürgermeister auf Vorschlag der antifaschistisch-demokratischen Parteien durch den Stadtkommandanten

Aufnahme eines eingeschränkten Zugverkehrs vom Leipziger Hauptbahnhof

17.7.-2.8. Potsdamer Konferenz; Verhandlungen der Alliierten über die politische und wirtschaftliche Behandlung Deutschlands

20.7. Erlass einer Polizeiverordnung zur Schuttbeseitigung in Leipzig

26.7. Aufnahme eines begrenzten Postverkehrs im Stadtgebiet; Ausdehnung auf den Landkreis am 1.8.

29.7. Erste Leipziger Nachkriegspremiere mit Beethovens „Fidelio" im ehemaligen Varieté „Drei Linden"

Ende Juli/ Anf. Aug. Befehle Nr. 4, 20 und 22 der sowjetischen Kommandantur in Leipzig zur Wiederaufnahme der Produktion und zum „Schutz von Produktionsstätten"

AUGUST

1.8. Anordnung über die Meldepflicht beim Arbeitsamt für den Stadtkreis Leipzig

Bekanntgabe der Zulassung der KPD und der SPD in Leipzig

Umbenennung einer Reihe von Straßen und Plätzen in Leipzig, u. a. Augustusplatz in Karl-Marx-Platz

Zulassung der „einheitlichen antifaschistischen Sportbewegung" in Leipzig mit Bruno Plache als Direktor des Sportamtes beim Rat der Stadt

Gründung des „Antifaschistischen Jugendausschusses Leipzig" als Teil des Dezernates Volksbildung beim Rat der Stadt

2.8. Erstes Konzert des Gewandhausorchesters nach dem Kriegsende in der Thomaskirche mit Händels „Messias"

5.8. Erste, von der KPD initiierte Massenkundgebung gegen Militarismus und Faschismus in Leipzig

6. und 9.8. Amerikanischer Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

6.8. Verordnung des Rates der Stadt und der Wirtschaftskammer zur Wiedererweckung der Leipziger Messe

10.8. Erste Kundgebung der „antifaschistischen Jugend" Leipzigs im „Capitol"

Beschluss des Rates der Stadt über eine neue Hauptsatzung (hauptamtliche Besetzung der Funktionen Oberbürgermeister, Erster und Zweiter Stellvertreter, Polizeipräsident, Stadtkämmerer und von weiteren acht Stadträten; Einteilung der Stadt in acht Bezirke)

11.8. Aufruf der KPD zur Beseitigung der Trümmer im Stadtgebiet durch freiwillige Arbeitseinsätze

Mitte Aug. Wiedereröffnung der Freibäder Schönefeld, Kleinzschocher, Connewitz und Mölkau

17.8. Verordnung der Landesverwaltung Sachsen über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung

Bildung von „Zentralen Reinigungs- und Prüfungsausschüssen" durch die drei antifaschistischen Parteien und die Stadtverwaltung

19.8. Beschluss von 1.500 Delegierten in Leipzig zur Bildung der Einheitsgewerkschaft

23.8. Neueröffnung der „Sparkasse Leipzig" mit 14 Kassenstellen

25.8. Befehl Nr. 40 der SMAD: Wiederaufnahme des Unterrichts, Schließung der Privatschulen und Entnazifizierung des Lehrkörpers

Anordnungen der Landesverwaltung über Maßnahmen zur Typhusbekämpfung in Leipzig

27.8. Befehl Nr. 42 der SMAD: Registrierung aller ehemaligen Angehörigen der SS, der SA, der Gestapo und der NSDAP bei den Militärkommandanturen

30.8. Beginn der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates

Genehmigung der SMAD für 20 Leipziger Verlage zur Wiederaufnahme der Produktion

31.8. Bildung des „Wirtschaftspolitischen Ausschusses" zur Bereinigung und Reorganisation der Wirtschaft beim Rat der Stadt

SEPTEMBER

3.-11.9. Verordnungen der Länder- und Provinzialverwaltungen zur Durchführung der Bodenreform in der SBZ

4.9. Zuzugsverbot für das Stadtgebiet wegen schlechter Ernährungslage und Ruhr und Typhuserkrankungen

10.9. Wiedereröffnung der Städtischen Bücherhallen

15.9. Aufnahme der Tätigkeit des Leipziger Rundfunks

16.9. Befehl der SMAD (ohne Nummer): Wiederherstellung der Leipziger Bibliothek (Deutsche Bücherei)

Erste Kreisbauernkonferenz des Stadt- und Landkreises Leipzig in Leipzig-Lindenau

19.9. Erste gemeinsame Kundgebung von SPD und KPD „Einheit der Arbeiterklasse" im „Capitol"

23.9. Sport- und Kulturtag der Leipziger Jugend im Osten

27.9. Eröffnung der neuen Spielzeit des Schauspielensembles mit Georg Büchners „Woyzeck" im Weißen Saal des Zoologischen Gartens

29.9. Befehl Nr. 80 der SMAD: Liquidierung faschistischer Organisationen

Trauerkundgebung auf dem Karl-Marx-Platz zum Gedenken an die Opfer des Faschismus

30.9. Befehl der SMAD (ohne Nummer): Organisation des Arbeitseinsatzes der deutschen Bevölkerung Erfassung der arbeitenden und nichtarbeitenden Bevölkerung

OKTOBER

1.10. Schulbeginn in Leipzig

2.10. Verordnung der Landesverwaltung Sachsen zur Bildung eines „Beratenden Stadtausschusses" für den Stadtkreis Leipzig (bis Juni 1946 tätig)

8.10. Bildung der Kreiskommission für die Stadt Leipzig zur Durchführung der Bodenreform

18.-23.10. „Musterschau Leipziger Erzeugnisse" auf dem Gelände der Technischen Messe

18.-28.10. „Woche der sowjetischen Musik- und Theaterkultur" in Leipzig

20.-28.10. „Woche der Leipziger Selbsthilfe"

28.10. Übergabe der instandgesetzten Synagoge in der Keilstraße 4 an die Israelitische Religionsgemeinde

29.10. Enteignung der ersten Unternehmen von „Nazi- und Kriegsverbrechern" durch die sächsische Landesverwaltung (Tätigkeit der „Bereinigungsausschüsse", später Sequesterausschüsse)

30.10. Befehl Nr. 124 der SMAD: Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in der SBZ betr. Betriebe NS-naher Personen oder Institutionen, Legalisierung bisheriger Beschlagnahmen (Sequestrierungen)

31.10. Befehl Nr. 126 der SMAD: Einziehung des Vermögens der NSDAP, ihrer Organe und Organisationen

NOVEMBER

6.11. Beginn der Aktion „Volkssolidarität gegen Wintersnot"

14.11. Beginn des Alliierten Prozesses gegen 22 Hauptkriegsverbrecher des „Dritten Reiches" in Nürnberg

Mitte Nov. Übernahme der Funktion des sowjetischen Militärkommandanten in Leipzig durch Oberst Borissow

18.11. Konstituierung der Ortsgruppe Leipzig des Kulturbundes im Opernsaal „Drei Linden"

20.11. Einigung des Alliierten Kontrollrats zur Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen

24.11. Benutzung der Deutschen Bücherei als erste wissenschaftliche Bibliothek Deutschlands in begrenztem Umfang möglich

DEZEMBER

Anf. Dez. Einführung der Schulspeisung in Leipzig

1.12. Beginn des Russisch-Unterrichts in 32 Leipziger Volksschulklassen

8.12. Vorstellungsbeginn des Zirkus Aeros auf dem Gelände des Krystallpalastes

Mitte Dez. Erster „freier Markt" vor der Großmarkthalle mit dem Verkauf „freier Spitzen"

16.12. Eröffnung der „Sonderschauen der Leipziger Museen" bei freiem Eintritt im Naturkundemuseum und im Stadtgeschichtlichen Museum

18.12. Aufhebung der Sperrzeit in Leipzig

19.12. Aufnahme des Spielbetriebs im Schauspielhaus in der Bosestraße mit Shakespeares „Sommernachtstraum"

20.-21.12. „Sechziger-Konferenz" von SPD und KPD in Berlin: Beschluss zur Vereinigung nach Bestätigung durch Parteitage beider Parteien

27.12. Ausspielung der 1. Wiederaufbaulotterie der Stadt Leipzig

1946 Zeittafel

JANUAR

10.1. Verordnung der Landesverwaltung Sachsen zum Neuaufbau der Sozialversicherungsanstalt Sachsen mit einer **Sozialversicherungskasse in Leipzig**

12.1. Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates zur „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen“ (Entnazifizierung)

15.1. Befehl Nr. 12 der SMAD: Wiederbeginn des Unterrichts an der Universität Leipzig

17.1. Beginn des ersten achtmonatigen Lehrganges zur Ausbildung von 1.200 Leipziger Neulehrern

18.1. Bekanntgabe des Obersten Chefs der SMAD über die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der Leipziger Universität

19.1. Erste Kreiskonferenz der Volkssolidarität

20.1. Rechenschaftslegung des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Zeigner über die bisherige Tätigkeit der demokratischen Selbstverwaltung

25.1. 1. Delegiertenkonferenz des FDGB in der Leipziger Baumwollspinnerei

FEBRUAR

1.-8.2. Mitgliederversammlungen in Leipziger Betrieben zur Vorbereitung der Wahl von Betriebsgewerkschaftsleitungen im März 1946

5.2. Feierliche Neueröffnung der Leipziger Universität

6.2. Gründung von vier Konsumgenossenschaften im Stadtgebiet

Wahl des „Stadtausschusses der gegenseitigen Bauernhilfe“

9.2. Konstituierende Sitzung der Industrie- und Handelskammer Leipzig

12.2. Beschluss zur Bildung eines Einheitsbüros von KPD und SPD in Leipzig

23.2. Beginn der Wiederinstandsetzung des Alten Rathauses

MÄRZ

3.3. Freiwilliger Sonntagsarbeitseinsatz zur Gewinnung von Baumaterial für Neubauernhöfe

7.3. Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der SBZ

9.-10.3. Erster, vom Leipziger Jugendausschuss initiierter freiwilliger Arbeitseinsatz der Jugend

21.3. Konstituierung des „Antifaschistischen Frauenausschusses“ Leipzig

23.3. Gründungskonferenz der örtlichen Organisation der FDJ in Leipzig

23.3.-19.4. Bach-Festwochen in Leipzig

27.3. Rede Otto Grotewohls im „Capitol“ zur bevorstehenden Vereinigung von KPD und SPD

30.3. Zeitgleiche Tagungen des Kreisparteitages der KPD im „Elstertal“ und des Bezirksparteitages der SPD im „Felsenkeller“

31.3. Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf einer gemeinsamen Tagung im „Capitol“

APRIL

April Wiedereröffnung der Deutschen Zentralbücherei für Blinde

1.4. Gründung des Bezirks-Hygieneinstituts in Leipzig

Grundsteinlegung für die Poliklinik Südwest

Veröffentlichung einer „Liste der auszusondernden Literatur“ durch die Schriftenprüfstelle der Deutschen Bücherei

4.4. Verordnung der Landesregierung Sachsen über ein Volksbegehren zum Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher

11.4. Kundgebung zum Abschluss der Trümmerbeseitigung auf dem Karl-Marx-Platz

13.4. Erscheinen der „Sächsischen Zeitung“, hrsg. von der SED, Land Sachsen

21.-22.4. Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin (SED)

MAI

1.5. Erste Mai-Kundgebung nach dem Kriegsende auf dem Karl-Marx-Platz

7.5. Erscheinen der „Leipziger Zeitung“, hrsg. mit Beteiligung des Rates der Stadt Leipzig als überparteiliche Zeitung bis zum 16.1.1948

8.-12.5. Erste Leipziger Friedensmesse

19.5. Erscheinen der „Leipziger Volkszeitung“, hrsg. von der SED, Bezirk Westsachsen

21.5. Befehl Nr. 154/181 der SMAD: Übergabe des konfiszierten und sequestrierten Eigentums an deutsche Selbstverwaltungen

22.5.-2.6. Einführung der Einheitsschule in der SBZ (vorschulischer Kindergarten, achtklassige Grundschule, dreijährige Berufsschule oder vierjährige Ober- und Fachschule)

25.5. Antrag des antifaschistischen Blocks und des FDGB bei der Landesverwaltung Sachsen zu einer „Volksentscheidung über die Enteignung von Betrieben von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“

27.5. Veröffentlichung der Listen zur Enteignung vorgeschlagener Betriebe

JUNI

4.6. Beginn der Ausstrahlung eines eigenen Programms durch den Mitteldeutschen Rundfunk, Sender Leipzig, in der Springerstraße 24

5.6. Befehl Nr. 167 der SMAD: Überführung von Unternehmungen in Deutschland in den Besitz der Sowjetunion als teilweise Befriedigung der Reparationsansprüche der UdSSR; Gründung Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG); Entnahme von Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion

6.6. Wiedergründung des Rundfunk-Sinfonieorchesters beim Mitteldeutschen Rundfunk, Sender Leipzig

16.6. Eröffnung der Leipziger Volkshochschule

19.6. Bildung der Handwerkskammer des Kreises Leipzig auf Anordnung der SMAD und der Landesverwaltung Sachsen

24.6. Bildung der „Beratenden repräsentativen Körperschaft“ beim Rat der Stadt Leipzig mit 50 Mitgliedern

26.6. Rückgabe von 145 durch die SMAD beschlagnahmten Betrieben in einer Veranstaltung im Schauspielhaus durch Oberbürgermeister Dr. Zeigner

30.6. Durchführung des Volksentscheids zur Annahme des Gesetzentwurfes über die entschädigungslose Enteignung von Betrieben der „aktiven Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher“ in das Eigentum des Volkes in Sachsen mit über 77 Prozent „Ja-Stimmen“

JULI

8.7. Verabschiedung von 12.000 Leipziger Schulkindern auf dem Karl-Marx-Platz zur Erholung aufs Land (Aktion „Volkssolidarität im Kampf gegen Kindernot“)

26.7. Veröffentlichung des Programms der antifaschistischen Parteien in Sachsen zu den Gemeindewahlen im Herbst 1946

28.7. Bildung eines Heimkehrerausschusses unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Zeigner

31.7. Empfang der ersten 196 Leipziger Kriegsheimkehrer aus der Sowjetunion auf dem Leipziger Hauptbahnhof

AUGUST

2.8. Beschluss der Landesverwaltung Sachsen zur Übergabe von 35 sequestrierten Betrieben an die Stadt Leipzig

6.8. Wahleröffnungskundgebung der SED im „Capitol“ zur bevorstehenden Gemeindewahl

17.8. Befehl Nr. 253 der SMAD: Einführung einer einheitlichen Arbeitsentlohnung für Arbeiter und Angestellte für gleiche Arbeitsleistungen, unabhängig von Geschlecht und Alter („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“)

18.8. Eröffnung der ersten Ausstellung von Werken Leipziger Künstler im Naturkundemuseum

19.8. Einweihung der Kongresshalle am Zoo nach baulicher Instandsetzung

26.8. Übergabe von 1,5 Mio. RM aus Landesmitteln für den Ausbau zerstörter Wohnungen sowie 250.000 RM zur Gründung einer Pelztierfarm zur Wiederbelebung des Rauchwarengewerbes in Leipzig

SEPTEMBER

September Erste Konzertreise des Thomanerchores unter Leitung Prof. Ramins nach dem Kriegsende mit mehreren Konzerten in Berlin

1.9. Wahlen zu den Gemeindevertretungen in Sachsen

4.9. Befehl der SMAD (ohne Nummer): Eröffnung der Hochschule für Musik in Leipzig

14.-15.9. Eintreffen der ersten geschlossenen Transporte mit 1.700 Vertriebenen aus Schlesien in Leipzig

22.9. Gedenkveranstaltung zu Ehren der Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz

28.9.-1.10. Gartenbaulehrschau Leipzig in Markkleeberg

30.9. Inkrafttreten der demokratischen Gemeindeordnung in der SBZ

Erste Sitzung der neu gewählten Gemeindevertretung im Weißen Saal des Zoos

OKTOBER

1.10. Urteilsverkündung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess

9.10. Wahl Dr. Erich Zeigners zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig in der zweiten Sitzung der Leipziger Gemeindevertretung

13.10. Studienbeginn an der neu geschaffenen Pädagogischen Fakultät der Leipziger Universität

18.10. Premiere des ersten DEFA-Spielfilms „Die Mörder sind unter uns“ im „Capitol“

20.10. Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ und in Berlin

NOVEMBER

6.-10.11. „Leipziger Woche“ mit einer Leistungsschau „Mitteldeutsches Kunsthandwerk der Gegenwart“

7.11. Eröffnung des Theaters der Jungen Welt mit der Aufführung „Emil und die Detektive“ von Erich Kästner im Weißen Saal des Zoos

14.11. Verfassungsvorschlag der SED für eine „Deutsche Demokratische Republik“

28.11. Eintreffen von 2.850 Heimkehrern aus Jugoslawien in Leipzig

DEZEMBER

5.12. Neue Anordnung des Leipziger Oberbürgermeisters zur „Betreuung der Neubürger“ (Vertriebene und ehemalige Kriegsgefangene)

8.12. Ausstellungseröffnung „Mitteldeutsche Kunst“ im Museum der bildenden Künste

21.12. Anordnung des sowjetischen Stadtkommandanten zur Bildung von Entnazifizierungskommissionen beim Personalamt der Stadt Leipzig entsprechend Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates und Befehl Nr. 351 der SMAD

22.-29.12. Kleidersammlung der Volkssolidarität für Heimkehrer

31.12. Jahresabschluss im „Capitol“ mit einer Rede des Oberbürgermeisters Dr. Zeigner zum Jahr 1946 und Beethovens „Neunter Sinfonie“.

Leipzig in den letzten Kriegstagen

Im Frühjahr 1945 war der Zweite Weltkrieg an seinen Ausgangspunkt nach Deutschland zurückgekehrt. Die Leipziger nahmen entgegen letzter Erfolgsmeldungen der NS-Propaganda das Heranrücken der Fronten aus Westen und Osten nach Mitteldeutschland wahr und hofften auf ein baldiges Kriegsende. Trotz der bangen Frage, welche Besatzungsmacht Leipzig einnehmen würde, überwog allgemein die Hoffnung auf ein Ende der Luftangriffe und die Normalisierung des Alltags.

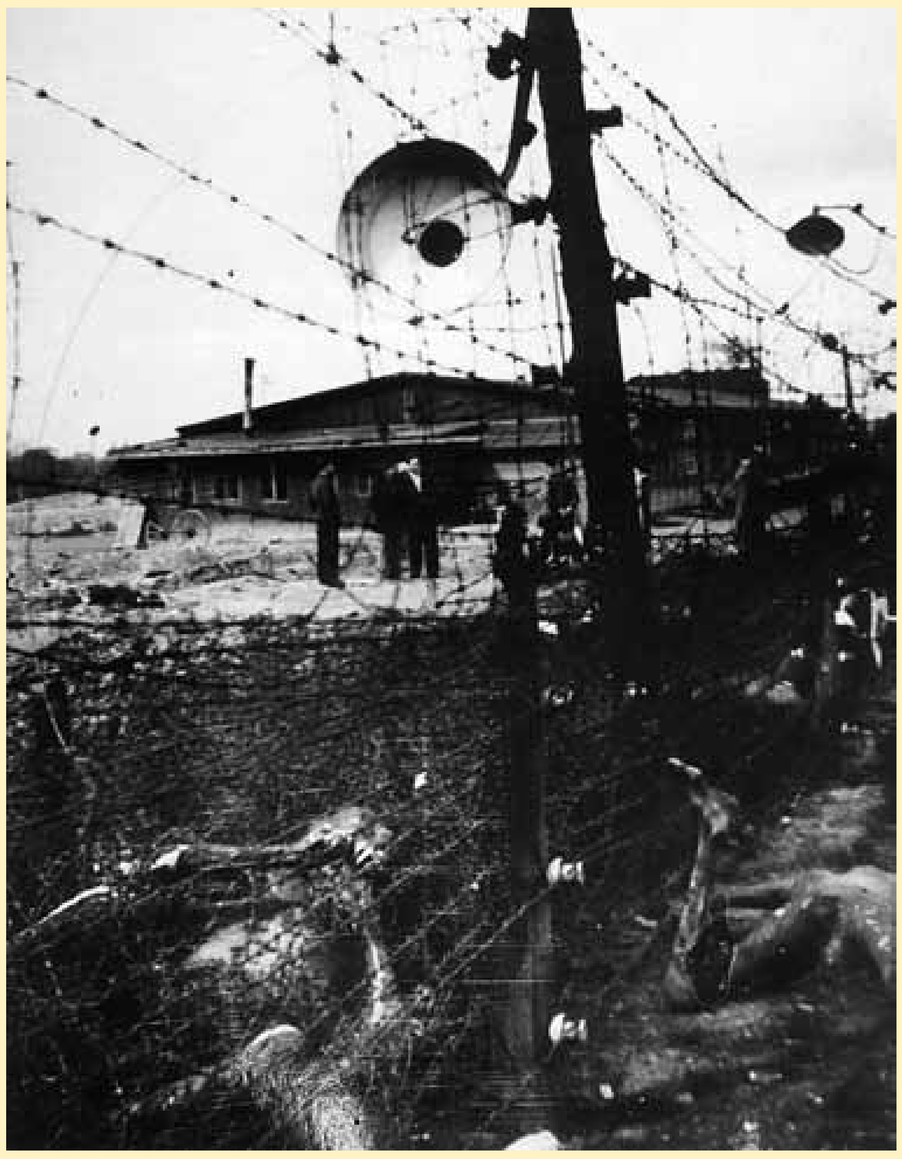
Zahlreiche Luftangriffe hatten der Stadt schwere Wunden zugefügt. Noch immer war Leipzig ein bedeutender Standort der Rüstungsindustrie. Zehntausende Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge verrichteten Sklavendienste, u.a. bei den Erla-Werken oder in der Hugo Schneider AG (HASAG).

Bereits am 1. April 1945 erreichte die 1. Armee der US-Streitkräfte die Saale bei Bad Kösen und drang weiter Richtung Leipzig vor. Die letzten beiden Luftangriffe am 6. und am 10. April 1945 auf Leipzig forderten nochmals Todesopfer und zerstörten weitere Gebäude. Gleichzeitig wurde das herannahende Ende des herrschenden Terrorsystems immer wahrscheinlicher. Der Leipziger Oberbürgermeister, SS-Obergruppenführer Alfred Freyberg, der gleichzeitig als Bevollmächtigter des Reichsverteidigungskommissars fungierte, erkannte angesichts der militärischen Lage und fehlender Befestigungsanlagen, dass eine Verteidigung der Stadt aussichtslos war. Trotz der Bemühungen des Oberbürgermeisters und anderer NS-Führer um eine kampflose Übergabe der Stadt beharrte vor allem der Generaldirektor der HASAG Paul Budin auf der Durchführung des Befehls des Reichsführers SS Heinrich Himmler. Auf seine Intervention hin ordnete Gauleiter Martin Mutschmann die Besetzung des Einsatzstabes beim Oberbürgermeister im Neuen Rathaus mit Korvettenkapitän Werner Vogelsang und Walter Dönicke (Kreishauptmann 1933/1937, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Kreisleiter der NSDAP 1937/1938) an. Am 15. April wurden Volkssturmeinheiten im Neuen Rathaus zusammengezogen. Gleichzeitig begannen Gestapo, NSADP und andere Behörden mit der Beseitigung von Spuren ihrer Herrschaft. Sie verbrannten Akten in ihren Dienststellen oder im Krematorium auf dem Südfriedhof, Budin ließ das Verwaltungsgebäude der HASAG mit dem Archiv und Konstruktionsunterlagen in die Luft sprengen.

Am 12. April 1945 ermordeten Gestapo-Beamten 52 politische Häftlinge aus den Gefängnissen Riebeckstraße und Wächterstraße auf dem Wehrmachtsexerzierplatz in Lindenthal durch Genickschuss. Nach dem Einmarsch der Amerikaner begannen die Untersuchungen des Massakers an KZ-Häftlingen in Abtnaundorf und der Hinrichtungen in Lindenthal. Die Leichen in Lindenthal wurden exhumiert und im Ort bestattet. (Leihgeber: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig).

ORIGINAL: LNN 16.4.1945„Panzerspitzen vor Leipzig zum Stehen gebracht“

Frontverlauf um Leipzig im April 1945 (Quelle: „Kriegsschauplatz Sachsen“ – Daten, Fakten, Hintergründe. Altenburg 1995, S. 34)



Am 18. April 1945, als die Amerikaner bereits vom Westen und Osten Richtung Stadtzentrum vordrangen, wurden eine nicht mehr genau bestimmbare Anzahl von Häftlingen des KZ-Außenlagers Buchenwald bei den Erla-Werken in Abtnaundorf ermordet. Nach der Evakuierung des Lagers waren dort etwa 300 nichttransportfähige kranke Häftlinge verblieben. Diese wurden in den Mittagsstunden in eine Baracke gepfercht. SS-Männer und Angehörige des Volkssturms setzten die Baracke in Brand und schossen auf fliehende Häftlinge.

Leipzig, den 16.4.1945.

Der Oberbürgermeister
-9. JUL. 1945
der Stadt Leipzig

102

OFFENER BRIEF!

An den Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten von Leipzig!

Durch Drahtfunk richteten Sie am 14.4.1945. einen Appell an die Leipziger Bevölkerung. Sie mahnten zur Ruhe und Besonnenheit, versicherten Leipzig nicht zu verlassen und in den bevorstehenden kritischen Stunden alle Beschwerden und Sorgen mit der Bevölkerung zu teilen. Wir nehmen Sie als die gegenwärtig verantwortlichsten Männer beim Wort.
Welche grösste Sorge bedrückt in dieser Stunde unsere Heimatstadt? Sie wissen ebenso, wie alle Leipziger Volksgenossen, dass die amerikanischen Panzerarmeen tief ins Sachsenland eingedrungen sind, dass Leipzig, Dresden und Chemnitz schwer bedroht sind und, dass die sich vor den Mauern und Ruinen unserer Stadt befindlichen Panzer und Infanteriemassen zum Einmarsch oder aber zum Sturm auf Leipzig bereit stehen. Sie wissen auch, dass die restlichen Teile des Reiches unmittelbar bedroht sind. Der endgültige militärische Zusammenbruch Deutschlands ist nur eine Frage von Tagen.
Es ist deshalb die grösste Sorge unserer Bevölkerung, ob unsere Stadt in dem völlig aussichtslosen Ringen den amerikanischen Besatzungstruppen ohne Kampfhandlung friedlich übergeben wird.oder ob es aber jetzt noch Männer gibt, die kann, die so sadistisch, grausam und verblendet sind noch weite Kreise unserer Bevölkerung hinmorden und unsere Ruinenstadt in einen endgültigen Tümmerhaufen verwandeln zu lassen. Das Volk von Leipzig schreit Ihnen ein einstimmiges: Nie und nimmer, entgegen! Tausende der besten Söhne unsere Stadt sind für Hitlers wahnsinnigen Eroberungskrieg gefallen. Tausende Frauen und Kinder liegen unter den Trümmern unserer Stadt. Massloses Elend hat die Ausgebombten Leipzigs getroffen.
Wir rufen Ihnen zu: Genug des Mordens! Schluss mit dem Elend! Noch liegt das Schicksal Leipzigs in Ihrer Hand. Noch können Sie in letzter Minute als deutsche Menschen handeln. Berufen Sie sich nicht auf Ihren Eid. Wenn das Leben und die Existenz der Bevölkerung unserer Stadt auf dem Spiele steht, dann sind Sie nur Ihrem Gewissen und dem Volke verantwortlich.
Auf wen wollen Sie sich noch stützen? Der Nationalsozialismus ist mit samt seinem tausendjährigen Traum jämmerlich zusammengebrochen. Die NSDAP existiert nicht mehr. Die Nazihelden haben Uniformen, Abzeichen und Fahnen vernichtet. Feige und erbärmlich sind die Parteiführer geflohen. Mit Ihnen die „Helden" der SS,SA und die Gestapo. Gehen Sie in die Massen des Volkes. Fragen Sie in den Betrieben und in den Schlangen vor den Lebensmittelngeschäften nach der Stimmung der Bevölkerung. Es gibt nur eine Antwort: Schluss mit Krieg! Friedliche Uebergabe der Stadt! Weisse Fahnen heraus bei Feindalarm bzw. beim Anmarsch der Truppen. Wehe den Provokateuren, die es wagen sollten aus dem Hinterhalt zu schiessen.
Wir, die wir als Wortführer der Schaffenden Leipzigs zu Ihnen sprechen, sind das N.K.F.D. Seit Jahren führen wir in und ausserhalb des Reiches einen opferreichen entschlossenen Kampf gegen Krieg und Nationalsozialismus. Zu uns gehören die Vertreter aus allen Schichten der Bevölkerung, der Arbeiter aus den Betrieben, des Mittelstandes und der Geistesarbeiter. Zu uns stehen die besten Vertreter aus den Offiziers- und Mannschaftsstand der Wehrmacht, so wie Vertreter der Polizeibeamten. Wir fragen nicht nach Parteivergangenheit. Wir sind Kämpfer gegen den Krieg für den Frieden! Jetzt sind wir zum Letzten entschlossen!
Wir machen Sie für jedes Opfer und jede Vernichtung, welche sich aus dem Widerstand ergibt, verantwortlich. Wir fordern von Ihnen den Schutz aller Produktionsstätten, sowie der Lebenswichtigen Betriebe. Wir fordern widerstandslose Uebergabe unserer Stadt im Interesse der Bevölkerung Leipzigs.
Unsere Losung: F r i e d e n - F r e i h e i t - B r o t !

National Komitee Freies Deutschland,
Bezirk Leipzig.

Wer diesen Brief weiter gibt, ist ein Freund des Friedens- wer ihn willkürlich vernichtet, ist ein Kriegsverbrecher.

Das in Leipzig illegal arbeitende Nationalkomitee „Freies Deutschland" (NKFD) hatte einen großen Anteil daran, dass die amerikanischen Truppen bei ihrem Vormarsch auf keinen größeren Widerstand im Stadtgebiet stießen. Während die NS-Führung die Bevölkerung zur Verteidigung der Stadt aufrief, bereiteten antifaschistisch-demokratisch gesinnte Kräfte die kampflose Übergabe Leipzigs vor. Bereits am 14. April 1945 verteilten sie Handzettel und forderten am 16. April 1945 in einem als Flugblatt verteilten offenen Brief den Oberbürgermeister zur kampflosen Übergabe der Stadt auf.

Einige der im Rathaus verbliebenen Naziführer entzogen sich durch Selbstmord ihrer Verantwortung: In seinem Amtszimmer vergiftete sich der Oberbürgermeister SS-Obergruppenführer Dr. Alfred Freyberg gemeinsam mit seiner Frau und Tochter mit Zyankali. Durch Gift starb auch der Stadtkämmerer Kurt Lisso, ebenfalls gemeinsam mit seiner Frau und Tochter. Im Neuen Rathaus erschossen aufgefunden wurden der frühere Oberbürgermeister und NSDAP-Kreisleiter Walter Dönicke, SA-Standartenführer Strobel und der stellvertretende NSDAP-Kreisleiter Willy Wiederroth. (Leihgeber: Manfred Köhler)

Neueste Nachrichten

mit Sachsen-Zeitung
vereinigt „Leipziger Tageblatt"
Sonntag, 15. April 1945
Nr. 88

Leipzigs Oberbürgermeister sprach zur Bevölkerung

In der gestrigen Mittagsstunde sprachen Oberbürgermeister Freyberg und Polizeipräsident Generalmajor von Grolmann durch Drahtfunk zur Bevölkerung Leipzigs.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters hatte folgenden Wortlaut:

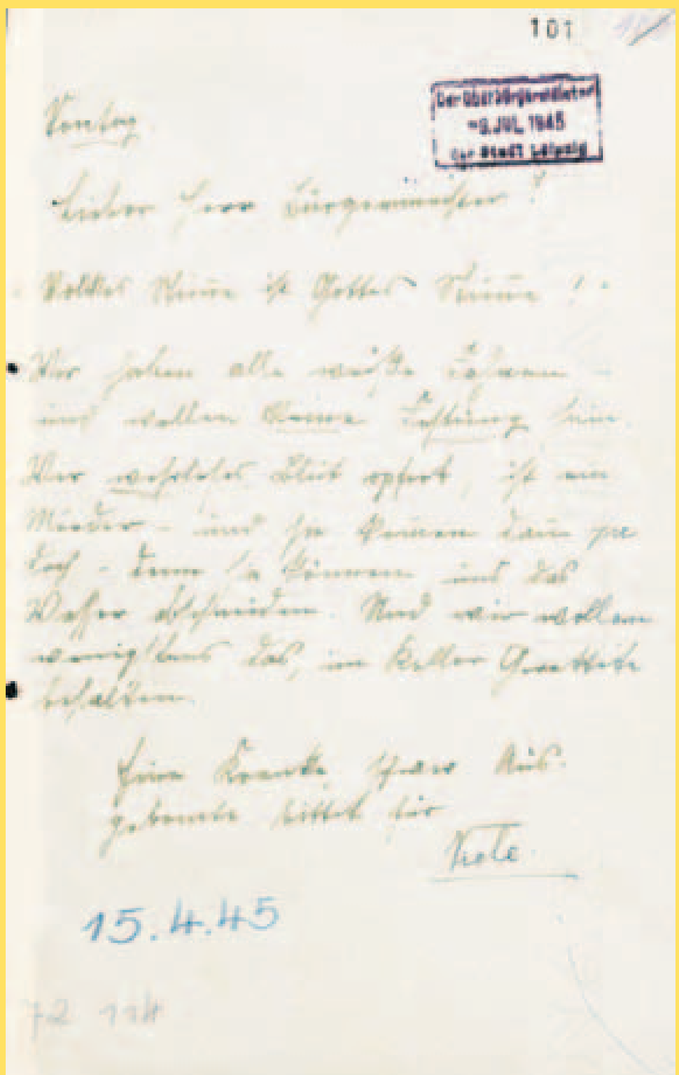
„Als Oberbürgermeister der Reichsmessestadt richte ich den Appell an die Bevölkerung, in Ruhe und Besonnenheit ihren täglichen Pflichten nachzugehen. Die Stadtverwaltung setzt alles ein, um für die Bevölkerung zu sorgen. Alle Transportmittel werden herangezogen, um vorhandene Bestände einer gerechten Verteilung zuzuführen. Die Ausgabe der Lebensmittel erfolgt im Interesse aller in geregelter Weise wie bisher gegen Marken, jedoch muß auch Rücksicht genommen werden auf die durch die Verhältnisse bedingten Schwierigkeiten. Jedenfalls wird alles getan, um gerade in dieser kritischen Stunde der Bevölkerung zu helfen und die sorgenvolle Lage zu erleichtern. Ich weise noch besonders darauf hin, daß mit den zugeteilten Lebensmitteln sparsamst gewirtschaftet werden muß, da sich nicht übersehen läßt, wie lange damit gereicht werden muß. Jeder muß in seinem Bereich dafür sorgen, daß verantwortungsbewußt richtig eingeteilt wird, damit größere Notstände vermieden werden. Die Stadtverwaltung wird weiterhin ihre Pflicht erfüllen und rechnet dabei auf die Unterstützung der Bevölkerung. Ich werde Leipzig nicht verlassen.

Gott schütze unsere Stadt."

Schwere USA-Verluste bei Okinawa

Verräter am eigenen Volke

Der Geschützdonner der herannahenden amerikanischen Panzerverbände war bereits am 13. April 1945 im Stadtgebiet zu hören. Noch am 14. April 1945 riefen Oberbürgermeister Dr. Alfred Freyberg und Polizeipräsident Wilhelm von Grolmann die Leipziger über den Stadtfunk zum Durchhalten und „zur Pflichterfüllung" auf.



101

Der Oberbürgermeister
-9. JUL. 1945
der Stadt Leipzig

Sonntag

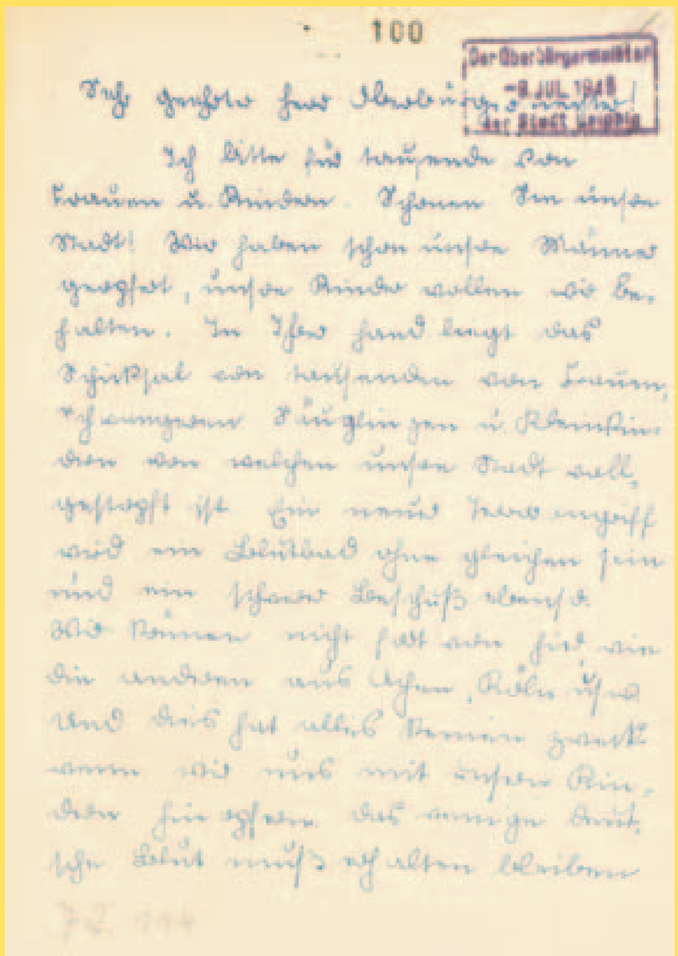
Lieber Herr Bürgermeister!

„Volkes Stimme ist Gottes Stimme!"

Wir haben alle weiße Fahnen – und wir wollen keine Festung sein. Wer wehrloses Blut opfert, ist ein Mörder – und sie kommen dann ja doch – denn sie können uns das Wasser abschneiden. Und wir wollen wenigstens das im Keller Gerettete behalten.

Eine Kranke, schwer Ausgebombte bittet für
Viele

15. April 1945



100

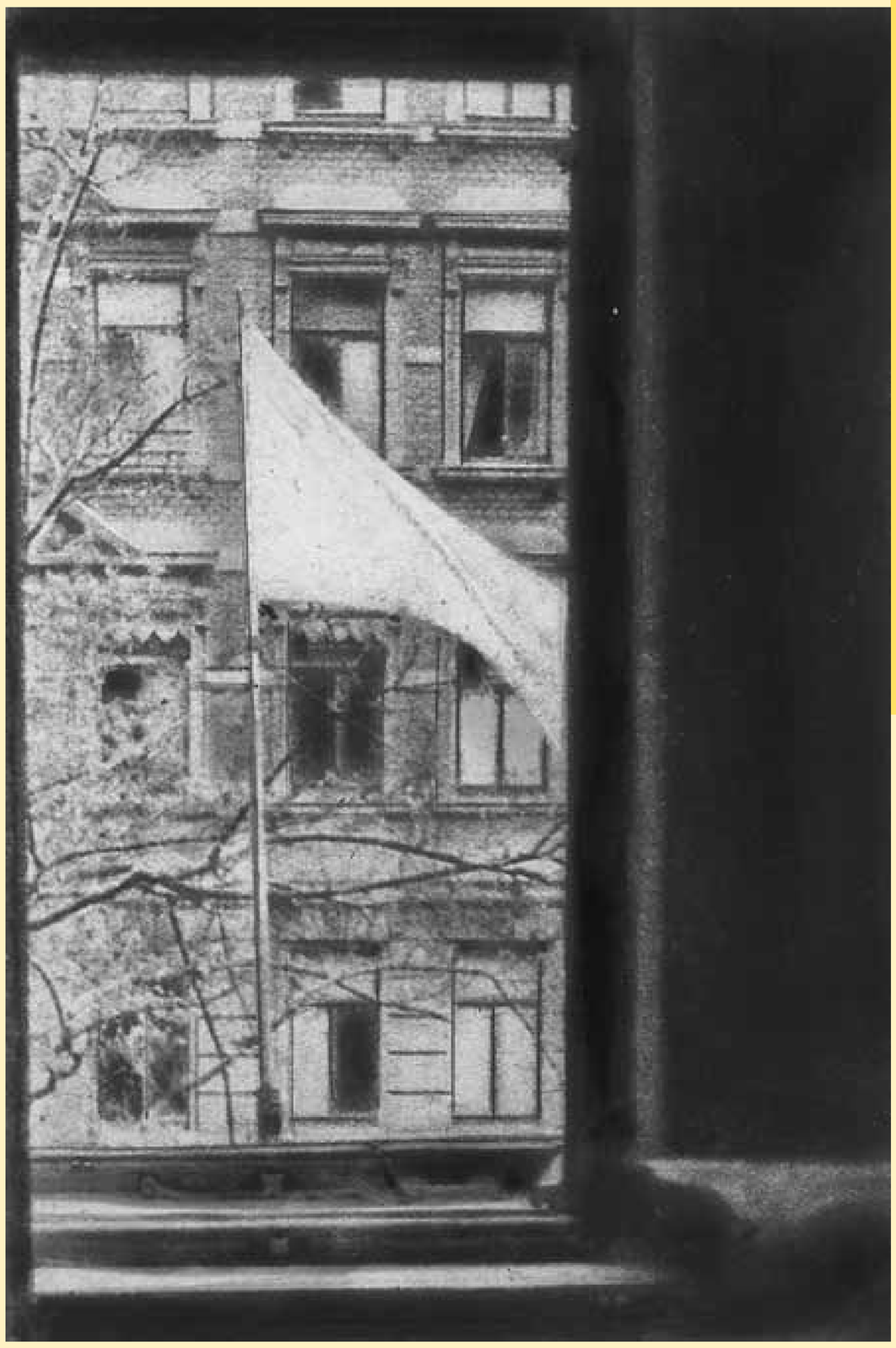
Der Oberbürgermeister
-9. JUL. 1945
der Stadt Leipzig

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Ich bitte für Tausende von Frauen und Kindern. Schonen Sie unsere Stadt! Wir haben schon unsere Männer geopfert, unsere Kinder wollen wir behalten. In Ihrer Hand liegt das Schicksal von Tausenden Frauen, Schwangeren, Säuglingen und Kleinkindern, von welchen unsere Stadt vollgestopft ist. Ein neuer Terrorangriff wird ein Blutbad ohnegleichen sein und ein schwerer Beschuß ebenso. Wir können nicht fort von hier, wie die anderen aus Aachen, Köln usw. Und dies hat alles keinen Zweck, wenn wir uns mit unseren Kindern hier opfern. Das wenige deutsche Blut muß erhalten bleiben und so können wir weiter leben.
Wir vertrauen alle auf Ihre Güte, Ihren Großmut, Ihr Herz. – Retten Sie uns, retten Sie uns vor dem endgültigen Untergang.

Eine kinderreiche Mutter
Leipzig in schwerer Stunde am 15. April 1945.

Viele Leipziger befürchteten, dass weitere Kampfhandlungen in der Stadt noch sinnlose Opfer unter den Bewohnern der Stadt fordern würden. Einzelne verlangten vom Oberbürgermeister die umgehende Kapitulation. Als Beispiel wurden diese beiden Briefe ausgewählt.

Die Besetzung Leipzigs durch amerikanische Truppen im April 1945 (Quelle: „Kriegsschauplatz Sachsen" – Daten, Fakten, Hintergründe. Altenburg 1995, S. 34)



Als die amerikanischen Truppen am 18. April 1945 über die Lützner und Wurzner Straße Richtung Stadtzentrum vorstießen, wehten an vielen Gebäuden weiße Fahnen.

Die topographische Lage Leipzigs bot keine nennenswerten natürlichen Barrieren auf dem Vormarsch der alliierten Truppen. Die förmlich in den letzten Stunden errichteten Verteidigungsmaßnahmen wie die Straßensperren an der Zeppelinbrücke mit Straßenbahnwagen waren für die vorrückenden Amerikaner kein ernsthaftes Hindernis. Den amerikanischen Verbänden konnte der Leipziger Kampfkommandant Generalmajor Hans von Ziegesar lediglich 1.000 Wehrmachtsangehörige und acht notdürftig bewaffnete Volkssturmbataillone entgegenstellen, darunter auch 16 jährige Hitlerjungen. Außerdem befehligte der Polizeipräsident Wilhelm von Grolmann knapp 3.500 Mann der Revier- und Feuerschutzpolizei. Als Ziegesar von der Bevölkerung und vom Polizeipräsidenten gedrängt wurde, die Stadt nicht zu verteidigen und er dem nicht energisch widersprach, erfolgte am 10. April 1945 seine Ablösung durch Oberst Hans von Poncet. Dieser verschanzte sich mit etwa 200 bis 300 Mann im vermeintlich bomben- und granatensicheren Völkerschlachtdenkmal.

Letzte Kämpfe fanden am Hauptbahnhof, am Freiladebahnhof in Eutritzsch, bei den Gohliser Kasernen, am Neuen Rathaus und am Völkerschlachtdenkmal statt. Nach der Kapitulation durch den Polizeipräsidenten im Neuen Rathaus forderte der amerikanische Kommandeur der 2. Infanteriedivision Generalmajor Robertson auch Oberst von Poncet zur Übergabe auf. Nach dessen Ablehnung begann am 19. April der Kampf um das Völkerschlachtdenkmal. Nach verstärktem Artilleriebeschuss war von Poncet schließlich zu Verhandlungen bereit und ergab sich ca. 2.00 Uhr morgens.

Mit dem Einmarsch der 2. Amerikanischen Infanteriedivision im Norden Leipzigs wurde am 20. April 1945 die Einnahme Leipzigs abgeschlossen.

Zu den letzten, wirkungslosen Verteidigungsmaßnahmen in Leipzig gehörten Panzersperren aus Straßenbahnwagen wie hier am Straßenbahnhof Angerbrücke.

Beim Vorrücken der amerikanischen Truppen aus dem Leipziger Westen schoß ein 16 Jähriger am Felsenkeller mit einer Panzerfaust einen Panzer ab und wurde daraufhin von einem nachrückenden Panzer selbst getötet. Sofort bildete sich ein Menschenauflauf, darunter waren aber auch Leipziger mit Blumen, die zur Begrüßung der Amerikaner erschienen waren. (Leihgeber: Manfred Köhler)

Dem „Einsatzstab zur Führung des Luftschutzes als Teil der Luftverteidigung" beim Leipziger Oberbürgermeister gehörten neben leitenden Beamten der Stadtverwaltung Vertreter der Wehrmacht, des Polizeipräsidiums, der NSDAP-Kreisleitung sowie anderer NS-Organisationen an. Der Einsatzstab tagte im Neuen Rathaus, in den letzten Kriegstagen abgesichert von Volkssturmkräften, die das Gebäude verteidigen sollten und Barrikaden errichteten. Nach massiven Artilleriebeschuss durch die amerikanischen Truppen ergab sich die Besatzung am Vormittag des 19. April 1945.

Zerstörtes Stadtbild

Die schreckliche Bilanz des Zweiten Weltkrieges wies für die Stadt neben den Tausenden, an allen Kriegsschauplätzen gefallenen, vermissten oder in Gefangenschaft geratenen Leipzigern fast 6.000 zivile Opfer der Luftangriffe auf. Der im Vergleich zu anderen deutschen Städten verhältnismäßig gering erscheinende Zerstörungsgrad der Stadt in Höhe von ca. 20 Prozent war dennoch mit dem Verlust oder der Beschädigung von insgesamt über 90.000 Wohnungen (das entsprach 41 Prozent des Gesamtbestandes) sowie der völligen Zerstörung von zahlreichen öffentlichen Gebäuden, darunter mehreren Krankenhäusern, allen Theatern und von 24 Schulen verbunden.

Für die Leipziger blieben die Spuren des Krieges noch für viele Jahre sichtbar und hinterließen schmerzliche Lücken in einem über Jahrhunderte gewachsenen Stadtbild.

Der Marktplatz mit den Zerstörungen am Alten Rathaus, der Alten Waage sowie an den Gebäuden in der Katharinenstraße und im Salzgäßchen. Die Luftangriffe überstand nur das zu Ehren der Reichsgründung 1871 eingeweihte Siegesdenkmal unbeschadet, das 1946 abgebrochen wurde.

Das Neue Rathaus erlitt bei mehreren Luftangriffen leichte bis mittelschwere Schäden und wurde infolge des Artilleriebeschusses bei der Einnahme durch amerikanische Truppen schwer beschädigt.

Die Zentralmarkthalle auf dem Roßplatz konnte nach der Beschädigung am 4. Dezember 1943 nur notdürftig für den Weiterverkauf gesichert werden. Auch nach dem Kriegsende fand der Verkauf von Lebensmitteln direkt vor der Ruine statt.

Im Dezember 1943 und im Februar 1944 wurde das Schiff der Johanniskirche mit fast allem Inventar zerstört. Die Aufnahme zeigt den Zustand der Kirchenruine ca. 1949.

Schwere Schäden wies das sich an das Reichsgericht (Bildmitte) anschließende Viertel um die Beethoven- und Grassistraße (hinterer Bildteil) auf.

Das gesamte historische Ensemble am Leipziger Augustusplatz erlitt durch die Kriegseinwirkungen schwere Schäden. Im Vordergrund der Mendebrunnen mit beschädigten Figurengruppen, im Hintergrund das ausgebrannte Augusteum sowie die Paulinerkirche.

Leipzig unter alliierter Besatzung

Deutschland unter Besatzungsrecht

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 legten die Alliierten im Potsdamer Abkommen folgende Grundsätze zur Behandlung Deutschlands nach dem Kriegsende fest: Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus • • • völlige Abrüstung und Entmilitarisierung • • • Ausschaltung der gesamten für die Kriegsproduktion geeigneten Industrie • • • völlige und endgültige Auflösung aller bewaffneten Verbände sowie der militärischen Traditions- und Kriegervereine • • • Auflösung der NSDAP und ihrer angeschlossenen Gliederungen • • • Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage • • • Aufhebung nazistischer Gesetze • • • Verhaftung und Aburteilung der Kriegsverbrecher • • • Entfernung der Nationalsozialisten aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Posten der Privatwirtschaft • • • demokratische Erneuerung des Bildungs- und Justizwesens • • • Dezentralisierung der Verwaltung • • • Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung • • • Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland. Das weitere Schicksal Deutschlands wurde somit in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend von den alliierten Siegermächten bestimmt.

Die Alliierten hatten im Herbst 1944 in Teheran sowie auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 festgelegt, Deutschland nach der militärischen Besetzung in Besatzungszonen einzuteilen. Zum Teil unter Beibehaltung alter Ländergrenzen bildeten die Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen Länder, deren Verwaltungen mit Deutschen besetzt wurden. In der SBZ entstanden im Juli 1945 die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg.

MILITÄRREGIERUNG - DEUTSCHLAND

Verordnung Nr. 1

AMTSSPRACHE

1. Amtssprache in allen Angelegenheiten, die die Militärregierung betreffen innerhalb des umschriebenen Kontrollgebiets ist die englische Sprache.
2. Alle offiziellen Bekanntmachungen und alle Schriftstücke, die durch den Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte oder in dessen Auftrage erlassen und herausgegeben werden, werden in englischer Sprache abgefasst. Falls Übersetzungen in die deutsche oder irgend eine andere Sprache gemacht werden, so gilt immer der englische Wortlaut.
3. Die Verordnung tritt am Tage ihrer ersten Veröffentlichung in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

BEKANNTMACHUNG

An die Zivilbevölkerung!

Sofort

Die Proklamation Nr: 1 „An die Zivilbevölkerung" war die erste offizielle Bekanntmachung der Alliierten Militärregierung in Leipzig. Die Einwohner erhielten Kenntnis über das Einsetzen der Militärregierung, „deren Gesetze und Verfügungen in allen Einzelheiten auf das Genaueste befolgt werden mussten. Zugleich erfolgten detaillierte Anweisungen, die das Leben der Bevölkerung nach der Besetzung der Stadt regelten.

Amerikanische Besatzung

Die alliierten Truppen bestimmten das öffentliche und private Leben in der Stadt völlig. Die Bevölkerung musste zunächst Übergriffe durch Besatzungsangehörige erdulden und war Beschlagnahmen zugunsten der Militärverwaltungen ausgeliefert. Die Requirierung von Häusern und Gebäuden in repräsentativen Wohnvierteln erfolgte sowohl von amerikanischer als auch von sowjetischer Seite und wurde nicht selten von der Bevölkerung als Besatzerwillkür empfunden. Die Leipziger betrachteten auch das Nichteingreifen der Besatzungsmächte gegen Plünderungen durch ehemalige Fremd- und Zwangsarbeiter als Unrecht.

Unter amerikanischer Besatzung begann in Leipzig der schwierige Nachkriegsalltag. Die Militärregierung, geführt vom Stadtkommandanten Major Richard Eaton, erließ zahlreiche Verordnungen und Proklamationen. Diese betrafen u.a. die Beschränkung der Ausgangszeiten mit der Festlegung von Sperrstunden, bei deren Nichteinhaltung die Militärwachen konsequent, auch unter Gebrauch der Schusswaffe, einschreiten sollten. Verboten waren die Herausgabe von Zeitungen, das Benutzen von Fotoapparaten sowie Ansammlungen von Personen auf Straßen und Plätzen. Unter der amerikanischen Besatzungsmacht erfolgte die Ernennung des ersten Nachkriegsbürgermeisters sowie der Stadträte. Die Verwaltungsarbeit wurde unter direkter Kontrolle des Militärkommandanten fortgesetzt. Die amerikanische Militärregierung entließ als erste Entnazifizierungsmaßnahme einen Teil der Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und die Direktoren aller Schulen fristlos, wenn sie der NSDAP angehört hatten. Ein organisiertes politisches Leben wurde jedoch nicht zugelassen und das in Leipzig besonders aktiv wirkende Nationalkomitee „Freies Deutschland" Ende April 1945 verboten.

Bereits unter amerikanischer Besatzung begannen die Erfassung, die verbesserte medizinische Betreuung, die Zusammenführung und die ersten Rücktransporte ausländischer Fremd- und Zwangsarbeiter vor allem in westliche Länder Europas.

Die Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung hatten jedoch nur einen begrenzten Wirkungsgrad, da bereits bei Kriegsende feststand, dass Leipzig entsprechend der Vereinbarungen von Jalta zum Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gehören würde.

Off Limits

(for Allied Troops)

Eintritt verboten

(für Alliierte Truppen)

These premises are occupied by German civilians
Diese Gebäude sind von deutschen Zivilisten bewohnt

NAMES AND AGES OF OCCUPANTS:
Name und Alter der Bewohner:

Name Alter Name Alter

By Order of: Military Government
Auf Anordnung der Militärverwaltung
PROV. DETACHMENT No 37 "A"
By

Das „Fraternisierungsverbot" der westlichen Besatzungstruppen erfordert nicht nur die Räumung einzelner Wohnungen, sondern kompletter Gebäude. Die Beschlagnahme von Wohnungen und Gebäuden wurde häufig in rigoroser Form vorgenommen. Bestimmte Personengruppen wie z. B. die Stadträte oder die bei der Besatzungsmacht tätigen Dolmetscher erhielten genehmigungspflichtige Schilder „Betreten verboten", anfänglich in englischer, später in russischer Sprache, um ihre Wohnungen zu schützen.

Archiv Leipzig

Achtung! Hier spricht das National-Komitee Freies Deutschland

Frieden – Freiheit – Brot!

Leipzig ist von amerikanischen Truppen besetzt. Ohne nennenswerten Widerstand erfolgte der Einmarsch. Die Bevölkerung folgte den Parolen des NKFD und hißte weiße Fahnen. Wo noch einzelne Naziverbrecher feige aus dem Hinterhalt knallten, wurden sie zum Schweigen gebracht. Der Volkssturm meuterte und wurde aufgelöst. Die Soldaten warfen ihre Waffen weg und wurden von der Bevölkerung unterstützt. Der vom NKFD an den Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten gerichtete offene Brief mit der Forderung zur widerstandslosen Übergabe der Stadt im Interesse der Bevölkerung blieb von diesen Kriegsverbrechern unbeachtet. Sie sind schuldig für jedes Opfer, das der Kampf noch gekostet hat.

Der militärische Zusammenbruch Deutschlands ist besiegelt. Mit Hilfe der Armeen der vereinten Nationen Rußlands - Amerikas - Englands ist der Nazisumpf gebrochen. Nach 12jähriger Schmach unter der Knute faschistischer Henker erhebt das schaffende deutsche Volk wieder froh sein Haupt. Aus maßlosem Elend, aus Tod und Verderben, aus Lug und Trug erwacht das gepeinigte Volk und marschiert einer freien und frohen Zukunft entgegen.

Seit Jahren führt das NKFD innerhalb und außerhalb des Reiches einen heroischen, opferreichen Kampf gegen den Krieg und die Nazidiktatur. Zu uns gehören die besten Antifaschisten aus allen Teilen unseres Volkes. Durch die Rundfunksendung „Freies Deutschland" ist dem Deutschen Volk das NKFD bekannt geworden. Durch Flugblätter und Zeitungen riefen wir zum antifaschistischen Kampf. Trotz allen Blutterrors der Nazis und Gestapo erfüllten wir unsere Pflicht am Deutschen Volk. An der Spitze unseres NKFD steht der vom Nazimilitärgericht zum Tode verurteilte General Seydlitz und andere deutsche Kriegsgefangene, die zurzeit in der Sowjetunion leben. So unter anderem der frühere Leipziger Stadtverordnete Würzburger. Besonderen Anteil an unserer opferreichen Arbeit nahmen die vor einigen Monaten vom Nazi-Volksgericht in Dresden zum Tode verurteilten und von den faschistischen Henkern hingerichteten ehemaligen Reichstagsabgeordneten Georg Schuhmann und der ehemalige Landtagsabgeordnete Georg Schwarz aus Leipzig. Sie starben mit 11 anderen Leipziger Antifaschisten als tapfere Söhne unseres Volkes für die Freiheit Deutschlands. Zu uns gehören ferner führende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, antifaschistische Geistesarbeiter, Ärzte und Wissenschaftler, die sich zum Teil noch in den Klauen der faschistischen Justiz befinden. Unsere aktivsten Mitarbeiter sind die Arbeiter aus den Betrieben, die Besten aus den ehemaligen antifaschistischen Parteien und der Gewerkschaftsbewegung. Wir fragen nicht nach Parteivergangenheit. Wer gegen den Krieg und Nazifaschismus ist, gehört zu uns!

Wir sind zur Mitarbeit mit den Besatzungsbehörden und der alliierten Militärregierung verpflichtet und bereit.

Jetzt geht es um die Sicherung des Friedens, um die Sicherstellung der Arbeit, Ernährung und Versorgung unseres Volkes. Wo noch irgendwie Nazifaschisten es wagen sollten aufzutreten, müssen sie zum Schweigen gebracht werden. Fertigt Listen über alle aktiven Nazis an und übergebt sie dem NKFD. Die Kriegsverbrecher müssen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Wer jetzt noch plündert, gefährdet die Ernährung der Bevölkerung und ist ein Verbrecher.

Bildet überall örtliche Ausschüsse des NKFD. Folgt unseren Parolen und Anweisungen. Kämpft mit uns unter der Losung: Friede - Freiheit - Brot!

National-Komitee Freies Deutschland
Bezirk Leipzig

Leipzig, den 18. April 1945

Entnommene Gegenstände durch die Amerikaner

Ende Juni begannen die Amerikaner mit den Vorbereitungen für den Abmarsch aus Leipzig und Umgebung. Dabei wurden nicht nur wissenschaftliche Geräte aus der Universität und Rüstungsbetrieben antransportiert, sondern am 22. und 23. Juni 1945 auch mehr als 40 leitende Forscher der Universität nach Weilburg/Lahn gebracht. Verschiedene Verlage, u.a. der Brockhaus- und der Inselverlag, lösten unter der Einflussnahme der Amerikaner ihre Standorte in Leipzig auf und verließen die Sowjetische Besatzungszone.

Amerikanischer Militärwagen an der Grenze der "Reichsmessestadt Leipzig"/ Ortseingangsschild. (Leihgeber: Manfred Köhler)

Hinweisschild am Ortseingang Leipzigs auf die 69. Infantrie-Division (Aufnahme Karl-Heinz Mai; Leihgabe Fotothek Karl Detlef Mai).

Amerikanischer Militär-LKW mit Übertragungstechnik / Übertragung der Befehle der Militärregierung an die Bevölkerung auf dem Fleischerplatz. (Leihgeber: Manfred Köhler)

Sowjetische Besatzung

Entsprechend den Beschlüssen der Alliierten Konferenz von Jalta besetzten sowjetische Truppen am 2. Juli 1945 die Stadt Leipzig. Damit wurden alle Befehle und Maßnahmen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Leipzig wirksam, die in den übrigen Teilen der SBZ bereits Geltung besaßen.

Die SMAD war auf Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 6. Juni 1945 gebildet worden. Ihre Einrichtung in Berlin wurde mit Befehl des Obersten Chefs der SMAD und des Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 1 vom 9. Juni 1945 öffentlich verkündet.

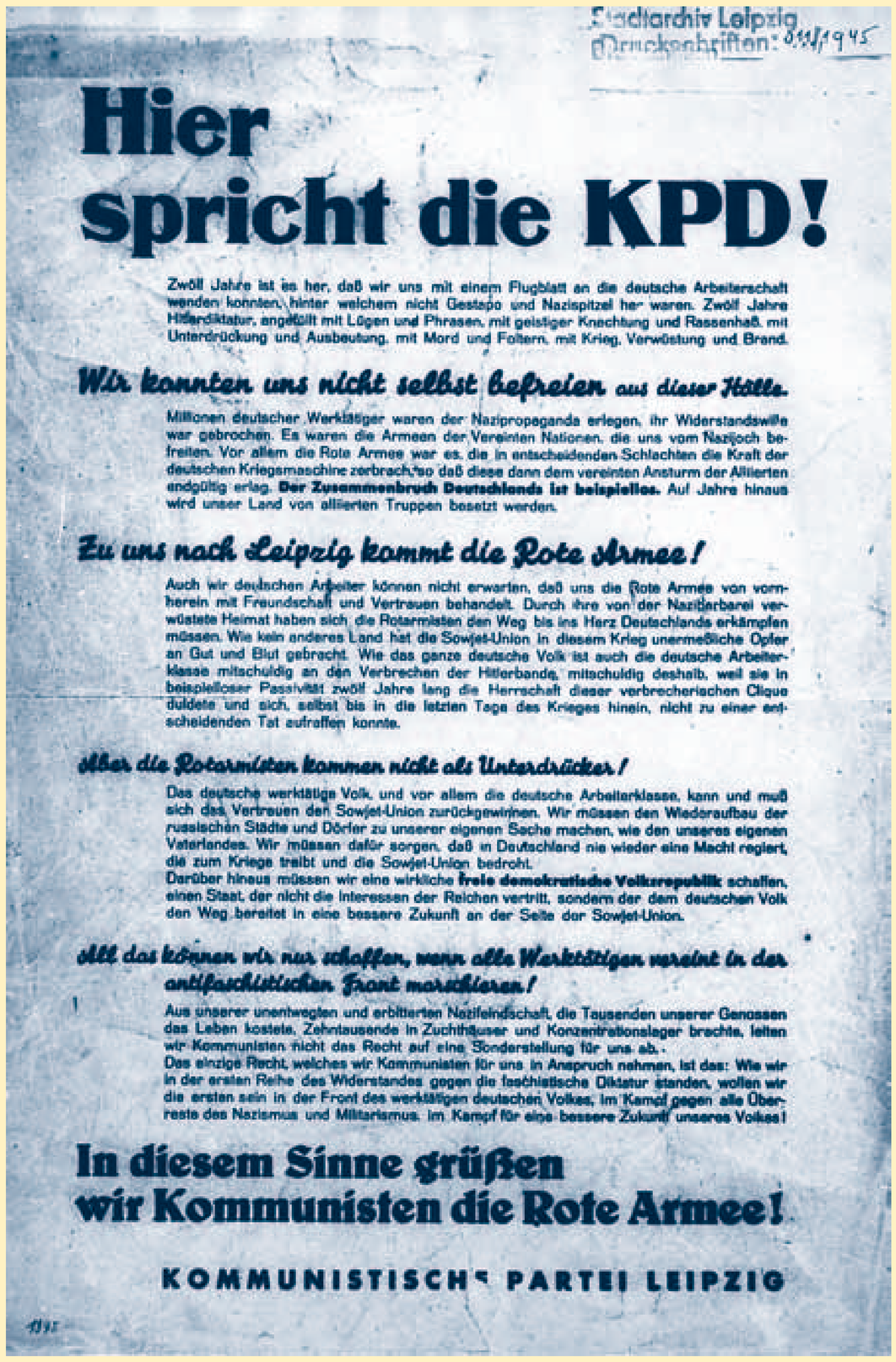
Gemeinsam mit den deutschen Kommunisten, die in ihrem Sinne und nach ihren Weisungen tätig wurden, gestaltete die SMAD das politische und gesellschaftliche Leben in ihrer Besatzungszone. Aufgabe der SMAD war die „Durchführung der Kontrolle über die Erfüllung der Deutschland durch die bedingungslose Kapitulation auferlegten Bedingungen und (die) Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland". Nach alliiertem Recht stand der SMAD die „oberste Regierungsgewalt (...) einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden" zu. Der zentralen Verwaltung der SMAD waren die SMA-Landes- und Kreisverwaltungen sowie die SMA-Kreis- und Ortskommandanturen unterstellt, denen jeweils die deutschen Verwaltungen entsprechend der Verwaltungshierarchie mit voller Befehls- und Kontrollgewalt unterstanden.

Mit der Errichtung einer „antifaschistisch-demokratischen" Ordnung schuf die SMAD die Voraussetzungen für eine Sowjetisierung der SBZ. Während auf der politischen Ebene ein kontrollierter Pluralismus den Anschein demokratischer Verhältnisse erwecken sollte, wurden auf der sozialen Ebene zügig tiefgreifende Umwandlungsprozesse nach sowjetischem Vorbild eingeleitet.

Pferdetransport durch Soldaten der Roten Armee an der ehemaligen Karl-Tauchnitz-Brücke (Ecke Harkort-/Karl-Tauchnitz-Straße).

Angehörige der Leipziger Kommandantur, in der Mitte der Generalleutnant der Roten Armee **Nikolaj Iwanovich Trufanow.** Trufanow (geb. 15.05.1900, gest. 22.02.1982) war vom 17. Juli bis zum 14. November 1945 Militärkommandant von Leipzig und entschied in dieser Zeit in Abstimmung mit der Sowjetischen Militärverwaltung in Dresden bzw. aufgrund der Stellung Leipzigs direkt mit der SMAD in Berlin-Karlshorst alle Fragen der politischen und sozialen Entwicklung in der Stadt. Mitte November 1945 übernahm Oberst Borissow die Funktion des sowjetischen Militärkommandanten.

Das Gebäude der sowjetischen Kommandantur in der Döllnitzer Straße 25 (heute Lumumbastraße). Fast täglich wurden der Leipziger Oberbürgermeister, der Polizeipräsident oder andere leitende Verwaltungskräfte auf die Kommandantur bestellt, um Befehle der Besatzungsmacht entgegen zu nehmen bzw. um über deren Umsetzung zu berichten. Nicht selten drohten bei der Nichterfüllung Zwangsmaßnahmen. Auf der anderen Seite unterstützten die für Sachfragen zuständigen Offiziere die städtische Verwaltung bei der Lösung der schwierigen Versorgungsfragen und der Bewältigung der Lenkung der Flüchtlingsströme.



Stadtarchiv Leipzig
Druckschriften: 8/1945

Hier spricht die KPD!

Zwölf Jahre ist es her, daß wir uns mit einem Flugblatt an die deutsche Arbeiterschaft wenden konnten, hinter welchem nicht Gestapo und Nazispitzel her waren. Zwölf Jahre Hitlerdiktatur, angefüllt mit Lügen und Phrasen, mit geistiger Knechtung und Rassenhaß, mit Unterdrückung und Ausbeutung, mit Mord und Foltern, mit Krieg, Verwüstung und Brand.

Wir konnten uns nicht selbst befreien aus dieser Hölle.

Millionen deutscher Werktätiger waren der Nazipropaganda erlegen, ihr Widerstandswille war gebrochen. Es waren die Armeen der Vereinten Nationen, die uns vom Nazijoch befreiten. Vor allem die Rote Armee war es, die in entscheidenden Schlachten die Kraft der deutschen Kriegsmaschine zerbrach, so daß diese dann dem vereinten Ansturm der Alliierten endgültig erlag. **Der Zusammenbruch Deutschlands ist beispiellos.** Auf Jahre hinaus wird unser Land von alliierten Truppen besetzt werden.

Zu uns nach Leipzig kommt die Rote Armee!

Auch wir deutschen Arbeiter können nicht erwarten, daß uns die Rote Armee von vornherein mit Freundschaft und Vertrauen behandelt. Durch ihre von der Naziherrschaft verwüstete Heimat haben sich die Rotarmisten den Weg bis ins Herz Deutschlands erkämpfen müssen. Wie kein anderes Land hat die Sowjet-Union in diesem Krieg unermeßliche Opfer an Gut und Blut gebracht. Wie das ganze deutsche Volk ist auch die deutsche Arbeiterklasse mitschuldig an den Verbrechen der Hitlerbande, mitschuldig deshalb, weil sie in beispielloser Passivität zwölf Jahre lang die Herrschaft dieser verbrecherischen Clique duldete und sich, selbst bis in die letzten Tage des Krieges hinein, nicht zu einer entscheidenden Tat aufraffen konnte.

Aber die Rotarmisten kommen nicht als Unterdrücker!

Das deutsche werktätige Volk, und vor allem die deutsche Arbeiterklasse, kann und muß sich das Vertrauen der Sowjet-Union zurückgewinnen. Wir müssen den Wiederaufbau der russischen Städte und Dörfer zu unserer eigenen Sache machen, wie den unseres eigenen Vaterlandes. Wir müssen dafür sorgen, daß in Deutschland nie wieder eine Macht regiert, die zum Kriege treibt und die Sowjet-Union bedroht.

Darüber hinaus müssen wir eine wirkliche **freie demokratische Volksrepublik** schaffen, einen Staat, der nicht die Interessen der Reichen vertritt, sondern der dem deutschen Volk den Weg bereitet in eine bessere Zukunft an der Seite der Sowjet-Union.

All das können wir nur schaffen, wenn alle Werktätigen vereint in der antifaschistischen Front marschieren!

Aus unserer unentwegten und erbitterten Nazifeindschaft, die Tausenden unserer Genossen das Leben kostete, Zehntausende in Zuchthäuser und Konzentrationslager brachte, leiten wir Kommunisten nicht das Recht auf eine Sonderstellung für uns ab.

Das einzige Recht, welches wir Kommunisten für uns in Anspruch nehmen, ist das: Wie wir in der ersten Reihe des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur standen, wollen wir die ersten sein in der Front des werktätigen deutschen Volkes, im Kampf gegen alle Überreste des Nazismus und Militarismus, im Kampf für eine bessere Zukunft unseres Volkes!

In diesem Sinne grüßen wir Kommunisten die Rote Armee!

KOMMUNISTISCHE PARTEI LEIPZIG

Während die Leipziger KPD-Mitglieder den Einmarsch der Roten Armee in die Stadt begrüßten, sah die Mehrheit der Bevölkerung dem Besatzungswechsel eher skeptisch entgegen und befürchtete massive Übergriffe.

1851

Действителен по 1. 3. 45 г. | Gültig bis 1. 3. 45

ПРОПУСК № 0098 | Passierschein Nr. 0098

Разрешено д-ру Цейснер Эрих хождение по гор. Лейпциг с 22⁰⁰–5⁰⁰ часов.

Das Passieren der Stadt Leipzig von 22⁰⁰ bis 5⁰⁰ Uhr ist Dr. Zeisner, Erich genehmigt.

ВОЕННЫЙ КОМЕНДАНТ гор. Лейпциг Генерал-майор ТРУФАНОВ „14" ноября 1945 г.

Militär-Kommandant der Stadt Leipzig General-Major TRUFANOW „17" Juli 1945

1850

Действителен по 31 августа 1947 г.

ПОСТОЯННЫЙ ПРОПУСК № 1418

Предъявителю д-р. Цейснер Эрих разрешается вход в здание Военной Комендатуры гор. Лейпциг.

ВОЕННЫЙ КОМЕНДАНТ гор. ЛЕЙПЦИГ Полковник БОРИСОВ

Durch Befehle der örtlichen Kommandanturen der SMAD wurden für die deutsche Bevölkerung Ausgangsregelungen erlassen. Seit 31. Mai 1945 bestand für die SBZ in der Zeit von 23.00 bis 4.30 Uhr eine Ausgangssperre, deren Nichtbefolgung streng geahndet wurde. Die Militärwachen konnten in derartigen Fällen vom Schießbefehl Gebrauch machen. Nur mit Sondererlaubnissen oder Passierscheinen war der Aufenthalt im Freien während der Ausgangssperren oder das Betreten der von den Militärverwaltungen besetzten Gebäude generell gestattet.

In besonderer Form wurden in der Stadt die sowjetischen Feiertage begangen, wie der 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1945. Dafür waren zentrale Plätze und öffentliche Gebäude in der Stadt zu schmücken. Außerdem befahl die sowjetische Kommandantur trotz der Schwierigkeiten in der Strom- und Gasversorgung eine festliche Beleuchtung der Innenstadt.

Zum 7. November 1945

Sachsens Bevölkerung nimmt freudig Anteil an dem höchsten Feiertag der Sowjetunion, den die Angehörigen der Besatzungsbehörden und der Roten Armee heute begehen. Am 28. Jahrestag können die Sowjetvölker im schwer erkämpften Frieden der großen sozialistischen Oktoberrevolution besonders festlich gedenken.

Der treubrüchige Ueberfall Hitler-Deutschlands hat den Sowjetvölkern tiefe Wunden geschlagen und den sozialistischen Aufbau gestört. Der 7. November 1917 hat in der Entstehung der Sowjetunion die Grundlagen und Voraussetzungen dafür geschaffen, den größten, gefährlichsten und brutalsten aller Kriege siegreich zu beenden und damit auch dem deutschen Volke den Frieden zu bringen.

Das deutsche Volk hat 1918 seine historische Aufgabe nicht erfüllt und bezahlte sein geschichtliches Versagen mit der größten Katastrophe. Die entscheidende Mitarbeit der Sowjetunion im Rate der freien demokratischen Staaten gibt einem neuen demokratischen Deutschland die feste Zuversicht, wieder aufgenommen zu werden in den Kreis der friedlichen Nationen.

Wir verbinden unsere Glückwünsche zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution mit dem Gelöbnis, alles zu tun, um die Freundschaft und das Vertrauen der Sowjetvölker zu gewinnen.

Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen
Der Präsident: Dr. h. c. Rudolf Friedrichs
Die Vizepräsidenten:
Kurt Fischer, Fritz Selbmann,
Walther Gäbler, Dr. Reinhard Uhle,
Gerhard Rohner

ПРИКАЗ
ВОЕННОГО КОМЕНДАНТА ГОРОДА ЛЕЙПЦИГ

13 АВГУСТА 1945 г. № 7 Г. ЛЕЙПЦИГ

До 20 августа всем гражданам и учреждениям зарегистрировать имеющиеся у них радиоприемники. При регистрации необходимо указать тип приемника, количество ламп и фабричную марку.

Регистрация производится в местных почтамтах.

...вшиеся
...твечаю-
...подле-

BEFEHL
DES MILITÄR-KOMMANDANTEN DER STADT LEIPZIG

13. AUGUST 1945 Nr. 7 LEIPZIG

Bis zum 20. August d. J. müssen alle Firmen und Zivilpersonen ihre Radioempfangsapparate registrieren lassen.

Bei der Registrierung ist unbedingt anzugeben: Marke, Zahl der Röhren und Type des Apparates.

Die Registrierung erfolgt in den zuständigen Postämtern.

Nach dem 20. August d. J. festgestellte Radioempfangsapparate, für die keine Registrierungskarten vorgelegt werden können, verfallen der Beschlagnahme.

MILITÄR-KOMMANDANT
DER STADT LEIPZIG
Generalleutnant TRUFANOW

71.88 Beih. 1

Nicht immer wurden die Anordnungen der Militärverwaltung und deren Umsetzung durch den Oberbürgermeister von der Bevölkerung widerspruchslos hingenommen. Als in Leipzig Ende August 1945 die Uhren entsprechend der Moskauer Zeit eine Stunde vorgestellt werden mussten, forderten mehrere Leipziger beim Oberbürgermeister die Rückgängigmachung dieser Weisung. Erst im November 1945 legte der Alliierte Kontrollrat die Wiedereinführung der „Normalzeit" für ganz Deutschland fest.

Dr.2./H.

Verordnung vom 23. August 1945.

Betr.: Die Einführung der Moskauer Uhrzeit.

Am Sonnabend, dem 25.8.1945, wird für den Bezirk der Stadt Leipzig die Moskauer Uhrzeit eingeführt. An diesem Tage sind alle Uhren nachts 0 Uhr um eine Stunde auf 1 Uhr vorzurücken.

Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Dr. Leipzig

Der Oberbürgermeister
-4. OKT. 1945
der Stadt Leipzig

An den Magistrat
der Stadt Leipzig!

Wäre es nicht zu empfehlen, jetzt von der Sommerzeit zur Normalzeit überzugehen? Man könnte dann morgens bei Tageslicht anfangen, statt wie jetzt, zu dunkeln aufstehen zu müssen. Außerdem würde es besser mit der Gasspar gehen. Wie es abends dann ohne Schlacht wird, fällt nicht so sehr ins Gewicht, wenn man ja bei der Sommerzeit alles Versäumte morgens noch nachholen muß.

Ich bitte, meinen Vorschlag wohlwollend in Erwägung zu ziehen.

Zwei Leipzigerin
von Stamm wieder.

Erledigt.

1.42

+ Hauptverwaltungsamt -

Herrn
Otto [illegible]
Leipzig [illegible]
Plateanstr. 1 I

[illegible].45 [illegible] 29.10.1945

Diese Anregung, die mittlerweile überholte Normalzeit wieder einzuführen, kann nicht örtlich geregelt werden, es bedarf vielmehr einer Anordnung für das gesamte Betätigungsfeld. Ihr Schreiben ist deshalb an die Landesverwaltung Sachsen weitergegeben worden.

Im Auftrage

[illegible]

[illegible]

Leipzig, am 3. [illegible] 1945

Herrn
Oberbürgermeister der Bezirksverwaltung Leipzig

Leipzig C 1

Betr.: Änderung der Sommerzeit / Normalzeit

Es war zu begrüßen, als die Uhrzeit mit der Moskauer Zeit in Übereinstimmung gebracht wurde, was auch besonders für den Eisenbahnverkehr vorteilhaft eingewirkt hat.

Es jedoch der Normalzeitlichkeit zu dienen, ist es aber notwendig, daß mit dem vorgenannten Datum auch die deutsche Sommerzeit [illegible] wird. Wie bei wasserpneumatischen Anlagen für den Haushalt, aber wie bei für das Wirtschaftsleben [illegible] Bedeutung, [illegible] es bleibt [illegible] 1 Stunde länger dunkel. Es ist also eine von Natur gegebene Tatsachlichkeit, in [illegible] die Sommerzeit wieder einzuführen. Bei Nicht [illegible] Tatsachlichkeit [illegible] Nachteile [illegible] werden, ebenso [illegible], vom der Wirtschaftsleben, Industriegewerbe, Handel, Gewerbe und Privatleben eine Stunde später begonnen.

Wollte Sie nicht im allgemeinen Interesse der gesamten Bevölkerung liegen, die von Natur gegebene, unabänderliche Tatsachlichkeit [illegible]

[illegible]
Hauptverwaltungsamt

am 26.10.45

An die Landesverwaltung
Sachsen - Inneres und
Volksbildung -

abgegeben. P. ist verständigt worden, daß seine Anregung nicht örtlich geregelt werden kann und deshalb sein Schreiben an die Landesverwaltung weitergeleitet worden ist.

Im Auftrage

Stadtdirektor.

1.42

Entnazifizierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung

Im Zuge der von den Alliierten beabsichtigten Umgestaltung des politischen Lebens in Deutschland bestimmten die Siegermächte im Potsdamer Abkommen vom August 1945 die Säuberung des öffentlichen Lebens von Anhängern des Nationalsozialismus. Äußere Zeichen und Symbole des NS-Regimes wie Straßennamen und Denkmäler sowie propagandistisches Schriftgut waren zu entfernen. Fragebogen dienten zur Feststellung ehemaliger NSDAP-Mitglieder und der Entlassung aus ihren Ämtern. Nationalsozialistische Verbrechen wie die Ermordung politischer Häftlinge und KZ-Insassen wurden untersucht und vor Gericht verurteilt.

Auf der Grundlage alliierter Gesetze, insbesondere der Direktiven 24 und 38 des Alliierten Kontrollrates, erfolgte die Entnazifizierung in der SBZ im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur (Bodenreform, Enteignungen, Verstaatlichungen). Die Besatzer unterschieden in „aktive" und „nominelle" NSDAP-Mitglieder, wobei höhere und mittlere Funktionäre und Amtsträger sowie Parteimitglieder, die schon vor 1933 in die NSDAP eingetreten waren, generell als aktive Träger des NS-Regimes galten. Die Kontrollratsdirektive 38 ermöglichte die Einziehung des Vermögens der „Hauptschuldigen" und „Belasteten". Ein Teil der als Kriegsverbrecher und „Naziaktivisten" bewerteten Personen, darunter auch Jugendliche wegen angeblicher „Werwolftätigkeit", wurde in Sonderlagern der sowjetischen Militärbehörden, meist ohne Gerichtsverfahren, inhaftiert oder zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.

Die von den Alliierten gemeinsam beschlossenen, aber in den Besatzungszonen verschieden gehandhabten Entnazifizierungsmaßnahmen benutzten SMAD und KPD/SED für weitergehende politische Zwecke. Neben der Inhaftierung von tatsächlichen Naziverbrechern und Kriegsgewinnlern beschuldigten sie auch politisch Andersdenkende zu Unrecht als NS-Täter, was in der Konsequenz weitere Enteignungen und Verhaftungen nach sich zog.

In den westlichen Besatzungszonen, aber auch in der SBZ wurden Entnazifizierungsmaßnahmen dann nicht konsequent umgesetzt, wenn diese scheinbar oder tatsächlich zu empfindlichen Störungen des Wirtschaftslebens oder der Reparationsleistungen geführt hätten. Auf der anderen Seite wurde versucht, dem Großteil der ehemaligen nominellen Mitglieder der NSDAP sowie deren Gliederungen und Organisationen nach entsprechenden Maßnahmen der Bewährung und Beschränkung (Arbeitseinsätze, Entzug des persönlichen Eigentums wie Sparguthaben oder Mobiliar) eine Integration in die neue Gesellschaftsordnung zu ermöglichen.

Zur Durchführung der Entnazifizierungsverfahren in Leipzig wurde unter Leitung der sowjetischen Kommandantur beim Oberbürgermeister Dr. Zeigner eine Entnazifizierungskommission eingerichtet, der Vertreter aller politisch zugelassenen Parteien und Organisationen angehörten. Entnazifizierungskommissionen in den acht Verwaltungsbezirken überprüften „vor Ort" gesamte Belegschaften von Betrieben und entschieden über die Entlassung oder Weiterbeschäftigung von Einzelpersonen entsprechend der konstatierten „politischen Belastung".

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY
FRAGEBOGEN
PERSONNEL QUESTIONNAIRE

A. PERSONAL PERSONNEL

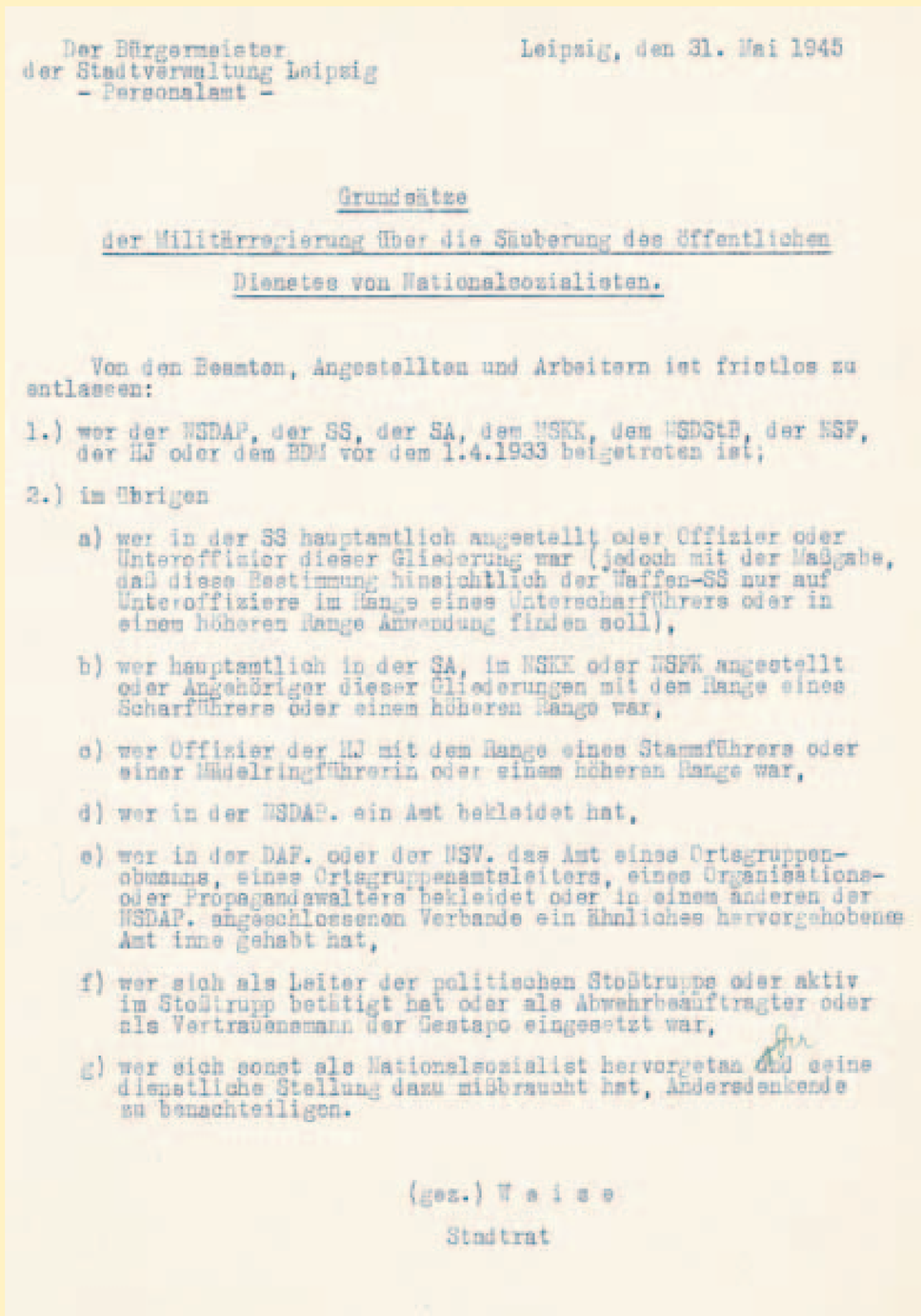
Name: Böhlert, Paul Richard
Geburtstag: 6. 3. 1881
Staatsangehörigkeit: deutsch
Ständiger Wohnsitz: Leipzig
Gegenwärtige Stellung: Ohne Beruf
Stellung vor dem Jahre 1933: Vorsitzender der Bezirksverwaltung im Bezirk Leipzig

B. MITGLIEDSCHAFT IN DER NSDAP / B. NAZI PARTY AFFILIATIONS

1. Waren Sie jemals ein Mitglied der NSDAP? Nein

C. TÄTIGKEITEN IN NSDAP HILFSORGANISATIONEN / C. NAZI AUXILIARY ORGANIZATION ACTIVITIES

LINKS.
Für die personelle Überprüfung wurden von der Besatzungsmacht genehmigte Fragebögen verwendet, die insbesondere Auskunft zur politischen Betätigungen enthielten.
Richard Böhlert war bis 1933 Mitglied der SPD und als Schriftsetzer bis zum Kriegsende bei der Fa. Teubner, Verlagsbuchhandlung und grafischer Großbetrieb, tätig. Im Mai 1945 bewarb er sich bei der Stadtverwaltung um die Stelle eines unbesoldeten Stadtrates. Seine Bewerbung wurde aber weder von der amerikanischen noch von der sowjetischen Kommandantur in den engeren Kreis der Bewerber aufgenommen, obwohl Böhlert auch Haftstrafen im KZ Oranienburg verbüßt hatte.



Der Bürgermeister
der Stadtverwaltung Leipzig
- Personalamt -

Leipzig, den 31. Mai 1945

Grundsätze
der Militärregierung über die Säuberung des öffentlichen
Dienstes von Nationalsozialisten.

Von den Beamten, Angestellten und Arbeitern ist fristlos zu entlassen:

1.) wer der NSDAP, der SS, der SA, dem NSKK, dem NSDStB, der NSF, der HJ oder dem BDM vor dem 1.4.1933 beigetreten ist;

2.) im Übrigen

a) wer in der SS hauptamtlich angestellt oder Offizier oder Unteroffizier dieser Gliederung war (jedoch mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung hinsichtlich der Waffen-SS nur auf Unteroffiziere im Range eines Unterscharführers oder in einem höheren Range Anwendung finden soll),

b) wer hauptamtlich in der SA, im NSKK oder NSFK angestellt oder Angehöriger dieser Gliederungen mit dem Range eines Scharführers oder einem höheren Range war,

c) wer Offizier der HJ mit dem Range eines Stammführers oder einer Mädelringführerin oder einem höheren Range war,

d) wer in der NSDAP. ein Amt bekleidet hat,

e) wer in der DAF. oder der NSV. das Amt eines Ortsgruppenobmanns, eines Ortsgruppenamtsleiters, eines Organisations- oder Propagandawalters bekleidet oder in einem anderen der NSDAP. angeschlossenen Verbande ein ähnliches hervorgehobenes Amt inne gehabt hat,

f) wer sich als Leiter der politischen Stoßtrupps oder aktiv im Stoßtrupp betätigt hat oder als Abwehrbeauftragter oder als Vertrauensmann der Gestapo eingesetzt war,

g) wer sich sonst als Nationalsozialist hervorgetan oder seine dienstliche Stellung dazu mißbraucht hat, Andersdenkende zu benachteiligen.

(gez.) W e i s e
Stadtrat

RECHTS.
Die amerikanische Militärverwaltung übergab dem Personalamt beim Rat der Stadt Leipzig „Grundsätze für die Säuberung des öffentlichen Dienstes", die auch für Banken, Versicherungen und Gewerbebetriebe galten. Diese wurden in der Beratung des Bürgermeisters Dr. Vierling mit dem Beirat am 12. Juni 1945 bekannt gegeben und festgelegt, gegen Betriebe in der privaten Wirtschaft, die nach wie vor NS-belastete Betriebsführer beschäftigten, mit Wirtschaftssanktionen in Form von Auftragsentzügen seitens der öffentlichen Verwaltungen vorzugehen.

Umbenennung von Straßen

Die nachstehend aufgeführten Straßen, Plätze usw. werden umbenannt:

1. in L.-Altstadt:

Anton-Bruckner-Str.	in Mendelssohnstraße
Ferdinand-Becker-Str.	in Eitingonstraße
Ludendorffstraße	in Elsterstraße (v. Dorotheenplatz b. z. Frankfurter Straße) Waldstr. (v. d. Frankfurter Straße b. z. Primavesistraße)
Maniettastraße	in Rackwitzer Straße
von-der-Pfordten-Str.	in Simsonstraße
Prendelstraße	in Karl-Rothe-Straße
Schichtstraße	in Moschelesstraße
Schreckstraße	in Davidstraße
Schulbrücke	in Poniatowskibrücke
Schulbrückenwehr	in Poniatowskiwehr
Walter-Blümel-Straße	in Löhrstraße

2. in L.-Altstadt und -Thonberg

Kaiser-Maximilian-Str.	in Philipp-Rosenthal-Str.

3. in L.-Altstadt und -Connewitz

Adolf-Hitler-Straße	in Südstraße

4. in L.-Probstheida

Walter-Flex-Straße	in Harnischstraße

5. in L.-Lindenau

Methfesselstraße	in Jadassohnstraße
Riemannstraße	in Spittastraße
Robert-Naumann-Str.	in Abrahamstraße

6. in L.-Lindenau und -Leutzsch

Brockdorff-Rantzau-St.	in Plautstraße
Schlageterstraße	in Gundorfer Straße
Theodor-Fritsch-Str.	in Karl-Goerdeler-Straße

7. in L.-Leutzsch

Kapitän-Haun-Straße	in Rathenaustraße

8. in L.-Schönefeld

Wilhelm-Gustloff-Str.	in Paul-Heyse-Straße

9. in L.-Sellerhausen

Schröterstraße	in Graßdorfer Straße

10. in L.-Volkmarsdorf

Horst-Wessel-Platz	in Volkmarsdorfer Markt

11. in L.-Volkmarsdorf, -Neuschönefeld, -Neustadt, -Schönefeld

Alfred-Kindler-Straße	in Kirchstraße

Fortsetzung umstehend

Umbenennung von Straßen

Ehre den sozialistischen Vorkämpfern!
Ehre den Opfern der Barbarei!

Die nachstehend aufgeführten Straßen, Plätze usw. werden umbenannt.

Augustusplatz in Karl-Marx-Platz	Bismarckstraße in Ferdinand-Lassalle-Straße
Fleischerplatz und Schulplatz in Friedrich-Engels-Platz	Yorckstraße in Hugo-Haase-Straße
Südstraße in Karl-Liebknecht-Straße	Yorckplatz in Hugo-Haase-Platz
Tauchaer Straße in Rosa-Luxemburg-Straße	Hallische Straße in Georg-Schumann-Straße
Eisenbahnstraße in Ernst-Thälmann-Straße	Ringstraße in Kurt-Kresse-Straße
Volkmarsdorfer Markt in Ernst-Thälmann-Platz	Gundorfer Straße in Georg-Schwarz-Straße
Kaiser-Wilhelm-Straße in August-Bebel-Straße	Bayrische Straße in Arthur-Hoffmann-Straße
Clausewitzstraße in Franz-Mehring-Straße	Ewaldstraße in Dornbergerstraße
Hindenburgstraße in Friedrich-Ebert-Straße	Karl-Goerdeler-Straße in William-Zipperer-Straße
Königsplatz in Wilhelm-Leuschner-Platz	Pegauer Straße in Wolfgang-Heinze-Straße
Blücherstraße in Rudolf-Breitscheid-Straße	Münchner Straße in Karl-Jungbluth-Straße
Kronprinzstraße in Kurt-Eisner-Straße	Moltkestraße in Alfred-Kästner-Straße
Hindenburgbrücke in Landauerbrücke	Oranienbaumer Straße in Arthur-Hausmann-Straße
Kaiser-Friedrich-Straße in Viktor-Adler-Straße	Ottostraße in Paul-Küstner-Straße
Potsdamer Straße in Friedrich-Adler-Straße	Reuterstraße in Karl-Ferlemann-Straße
[illegible]platz in Karl-Legien-Platz	Wurzner Straße in Erich-Ferl-Straße
Bismarckbrücke in Ferdinand-Lassalle-Brücke	Adelheidstraße in Otto-Runki-Straße

Bereits im Mai 1945 wurden im Leipziger Stadtbild Straßennamen getilgt, deren Vergabe einen nationalsozialistischen, militaristischen und monarchistischen Hintergrund hatte. Nach dem Besatzungswechsel fanden die in der SBZ einschneidenden politischen Veränderungen auch in der Straßenbenennung ihren Niederschlag. Neben dem bekannten Wechsel von Augustusplatz in Karl-Marx-Platz gab es in Leipzig außerdem Umbenennungen wie im Gohliser Kasernenviertel nach Personen des Kreises um Stauffenberg, den Attentätern des 20. Juli 1944. Später setzte sich unverkennbar der Trend durch, besonders Personen des Widerstands – fast ausschließlich des kommunistischen – zu ehren.

Entnazifizierung der städtischen Verwaltung

Gesamtbelegschaft im Mai 1945: 20.227 Beschäftigte (davon 5.735 Mitglieder der NSDAP)

Im Rahmen der Entnazifizierung wurden entlassen:

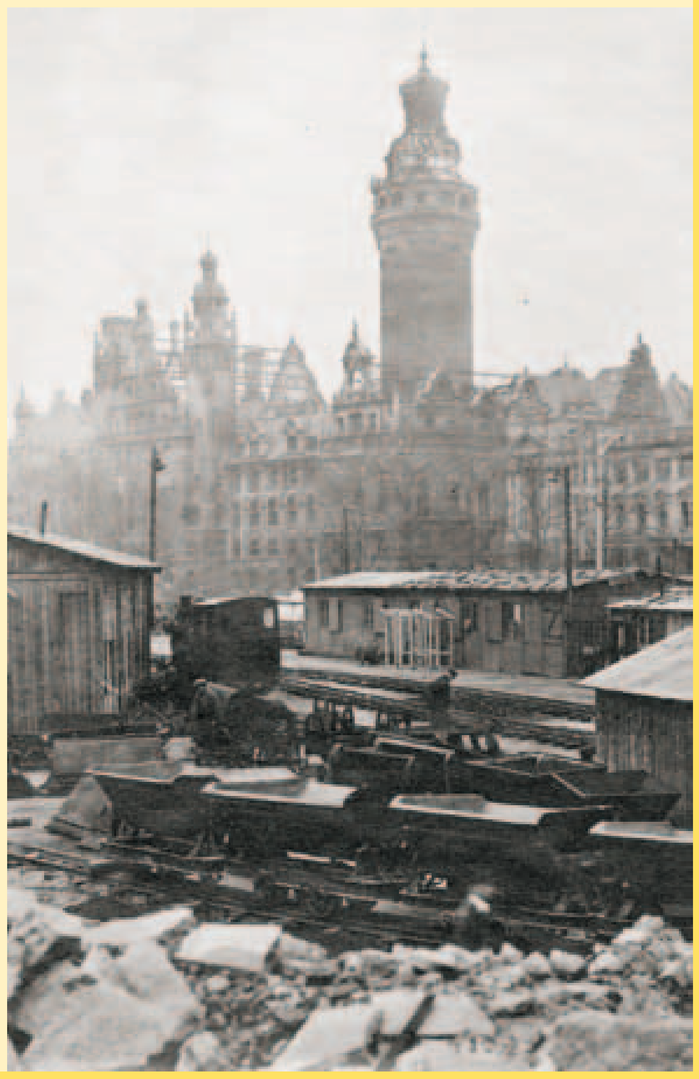
bis 19.7.1945
1.780 Beschäftigte

bis 3.8.1945
2.430 Beschäftigte

bis 31.10.1945
5.591 Beschäftigte

bis Juni 1946
5.675 Beschäftigte
(das entspricht 29,7%
der gesamten Belegschaft)

davon waren
1.360 Arbeiter (29,7%)
2.263 Angestellte (34,4%)
2.072 Beamte (61,8%)



Zu den sichtbaren Entnazifizierungsmaßnahmen gehörte die Entfernung der NS-Symbole aus dem Stadtbild, wie hier auf dem Querbahnsteig des Hauptbahnhofs.

Als Wiedergutmachung für ihre Aktivitäten im Dritten Reich wurden Mitglieder und Funktionäre der NSDAP über das Arbeitsamt zu besonderen zusätzlichen Leistungen wie der Straßenberäumung oder der Gewinnung von Baumaterial aus den Trümmern herangezogen.

Antifaschistischer Block
Ortskomitee Grosszschocher
Tel.46404

Leipzig 8.8.45
Bleckenstr. 1/6

Antifaschistischer Block
Leipzig - Zentralausschuß
Sekretariat

Kurzer Bericht vom Antif.Block Grosszschocher.

Die Hausbeauftragten sind bis auf kleine Lücken durchgeführt.Ausweise sind ausgegeben,und Karthotek angelegt. Unsere nächsten Aufgaben bestehen darin die Lücken zu schliessen,und die Hausbeauftragten zu politisieren. Ist es möglich grosse Versammlungen zu organisieren ohne die Genehmigung der Besatzungsbehörde.Wichtig ist es meiner Ansicht nach sofort nachzustossen. Bei der Überprüfung der Haushaltungslisten stellte sich heraus,dass nur 60% der Einwohnerschaft durch das polizeiliche Meldeamt erfasst ist. Wie wir diese Lücke schliessen muss erst überprüft werden.Ich denke hier an die Schaffung einer Karthotek im Block,so das Strasse für Strasse Haus für Haus durchgekämmt wird. Es wird sich da allerhand herausstellen. Schwierigkeiten ergeben sich mit der Kartenstelle für Lebensmittel,Kohle und Bekleidung,sie verbieten uns eine Kontrolle.Es ist ja auch kein Wunder diese Leute sind von den Nazis eingesetzt und sie werden Ihre Pfründe bis zuletzt verteidigen.Bei der Auffassung die diese Leute vertreten ist sowieso nicht zu erwarten,dass sie bei der Entwicklung der neuen Stadtverwaltung aktiven Anteil haben,sie werden sabotieren wo sie nur können.
Wir sind daher der Meinung,dass diese Nester auch sofortausgeräumt werden damit eine Zentralisierung der Stadt allerhand Ausgaben erspart werden können.Wir schlagen hierdurch vor,die Kartenstelle der 56. Volksschule in die Räume des Antif. Blocks zu verlegen.Räumlichkeiten sind vorhanden und können noch nutzbar gemacht werden.Büroeinrichtungen sind genügend da,so das dem nichts im Wege stehen würde.
Es lässt sich bei dieser Zusammenlegung alles besser verteilen und die Kräfte viel besser ausnutzen.Auf der anderen Seite wird die bürgerliche Idiologie,die diese Leute auf der Kartenstelle noch haben in der Behandlung der Einwohner,der Boden entzogen.
Das zusammenarbeiten mit der Polizei lässt auch sehr zu wünschen übrig.Solange hier auf dem 17.Polizeirevier noch Kom.Voigtmann war, ging es gut, Aktionen durchzuführen. Jetzt sind Hemmungen vorhanden.Wir werden diese beseitigen.
Zur Schippaktion ist zu sagen,dass sie gut organisiert ist.Aufsicht ist in genügenden Masse vorhanden.Karthotek und Erfassung der neu hinzukommenden Nazis findet laufend statt.Wir müssen nur feststellen,dass die Betriebsvertreter Ihre Macht reichlich missbrauchen in der Richtung,dass sie versuchen die Nazis zu befreien.Wir benachrichtigten die Betriebe und machten Ihnen den Vorschlag diese Leute zu entlassen und dafür Antif. einzustellen. Das nötige Verständnis bringt der Vorsitzende Pfau von der Fa.Meier & Weichelt in dieser Richtung nicht auf.
Jugendarbeit ist gut,es besteht jetzt eine Gruppe von 35 Mann. Die Kinder gruppe ist 32 Mann stark.
Die Frauenarbeit ist auch aus den Kinderschuhen heraus.Es sind Frauenabende eingeleitet und schon durchgeführt worden.
Der Sport rollt,sodass wir auch in dieser Richtung zufrieden sein können.
Das Zusammenarbeiten der Parteien war zu Beginn der Entwicklung des Antif. Bl Blocks nicht gut,es scheint sich aber jetzt einzuspielen. Man muss natürlich sehen, dass bis jetzt die Arbeit durchgeführt wurde von Genossen,welche Ihre gesamte Arbeitskraft den ganzen Tag restlos zur Verfügung gestellt haben. Wie dieses in Zukunft werden soll,ist nicht zu übersehen.Die Arbeiten und Aufgaben wachsen von Tag zu Tag,daneben werden die Arbeitskräfte durch Arbeitsaufnahme jeden Tag weniger.

Antifaschistischer Block
Ortskomitee Großzschocher

Presse und Verlagswesen

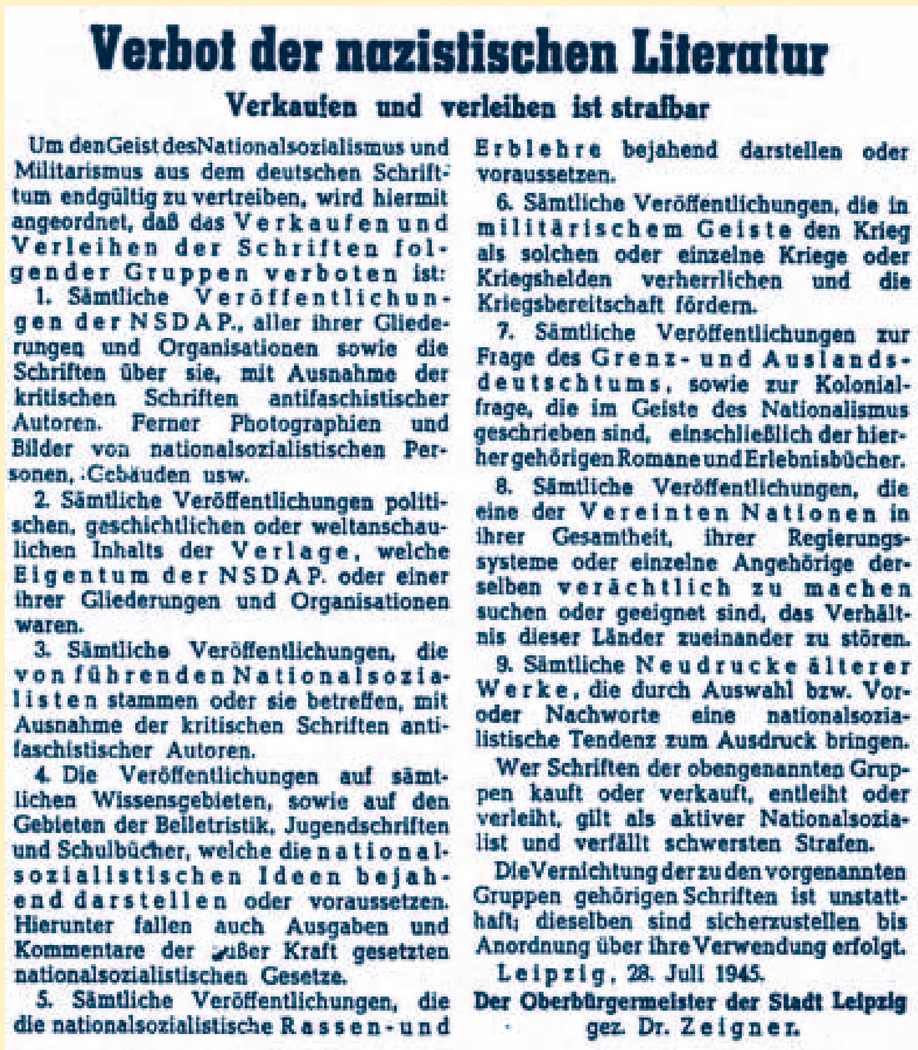
Im Rahmen der Demokratisierung bzw. der „Reeducation"-Programme verboten die alliierten Besatzungsmächte zunächst per Gesetz jede eigenständige deutsche Publikationstätigkeit. Rundfunkanstalten und Zeitungen wurden von den zuständigen Militärbehörden eingerichtet und kontrolliert, anfangs unter starker Beteiligung deutscher Emigranten. Zu den in Leipzig vertriebenen Zeitungen während der amerikanischen Besatzungszeit gehörte die „Hessische Post", deren Redaktion in Frankfurt am Main saß.

Auch in den Überlegungen der Moskauer KPD-Führung und ihrer sowjetischen Partner zur Neugestaltung Deutschlands spielten die Massenmedien eine entscheidende Rolle. Schließlich sollten große Teile der deutschen Bevölkerung politisch beeinflusst und „umerzogen" werden. Erste Personalvorschläge für die Besetzung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen legte die KPD bereits im Februar 1945 vor. Vor allem deutsche Kommunisten mit journalisitischer oder schriftstellerischer Qualifikation gehörten zu den Leitungen des ab 13. Mai 1945 sendenden Berliner Rundfunks und der ab 15. Mai 1945 als Organ der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegebenen Zeitung „Tägliche Rundschau".

Ab Herbst 1945 lizensierte die SMAD die von Parteien und Massenorganisationen des Antifaschistischen Blocks herausgegebenen Presseorgane. Am 23. April 1946 erschien die erste Ausgabe des „Neuen Deutschland" als Parteiorgan der SED für die gesamte sowjetische Besatzungszone. Daneben erschienen in unterschiedlicher Auflagenhöhe die von der CDU herausgegebene „Neue Zeit", „Der Morgen" von der LDP sowie die Zeitungen der FDJ „Junge Welt" und des FDGB „Tribüne" als überregionale Tageszeitungen.

In den Jahren 1945 bis 1949 erlebte Deutschland eine Blüte literarisch-politischer Zeitschriften, wie sie später nicht wieder erreicht wurde. In ihnen spiegelt sich die Suche nach neuen Orientierungen oder die Neuaufnahme bisheriger Traditionen deutschen Geisteslebens wider. Das Spektrum reichte von liberal-konservativen über christlich-kirchliche bis hin zu sozialistischen Publikationen.

Den Informationsbedarf der Bevölkerung deckten bald wieder verschiedene Zeitungen ab. Deren Erscheinen unterlag aufgrund der Lizenzhoheit der Alliierten ebenso wie die Vorzensur und Informationskontrolle unmittelbar der SMAD. Die Druckfahnen der in Leipzig herausgegebenen „Leipziger Zeitung", aber auch der „Leipziger Volkszeitung" mussten fast täglich zur Vorprüfung in die Kommandantur gebracht werden.



Verbot der nazistischen Literatur

Verkaufen und verleihen ist strafbar

Um den Geist des Nationalsozialismus und Militarismus aus dem deutschen Schrifttum endgültig zu vertreiben, wird hiermit angeordnet, daß das Verkaufen und Verleihen der Schriften folgender Gruppen verboten ist:

1. Sämtliche Veröffentlichungen der NSDAP., aller ihrer Gliederungen und Organisationen sowie die Schriften über sie, mit Ausnahme der kritischen Schriften antifaschistischer Autoren. Ferner Photographien und Bilder von nationalsozialistischen Personen, Gebäuden usw.

2. Sämtliche Veröffentlichungen politischen, geschichtlichen oder weltanschaulichen Inhalts der Verlage, welche Eigentum der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen und Organisationen waren.

3. Sämtliche Veröffentlichungen, die von führenden Nationalsozialisten stammen oder sie betreffen, mit Ausnahme der kritischen Schriften antifaschistischer Autoren.

4. Die Veröffentlichungen auf sämtlichen Wissensgebieten, sowie auf den Gebieten der Belletristik, Jugendschriften und Schulbücher, welche die nationalsozialistischen Ideen bejahend darstellen oder voraussetzen. Hierunter fallen auch Ausgaben und Kommentare der außer Kraft gesetzten nationalsozialistischen Gesetze.

5. Sämtliche Veröffentlichungen, die die nationalsozialistische Rassen- und Erblehre bejahend darstellen oder voraussetzen.

6. Sämtliche Veröffentlichungen, die in militärischem Geiste den Krieg als solchen oder einzelne Kriege oder Kriegshelden verherrlichen und die Kriegsbereitschaft fördern.

7. Sämtliche Veröffentlichungen zur Frage des Grenz- und Auslandsdeutschtums, sowie zur Kolonialfrage, die im Geiste des Nationalismus geschrieben sind, einschließlich der hierher gehörigen Romane und Erlebnisbücher.

8. Sämtliche Veröffentlichungen, die eine der Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit, ihrer Regierungssysteme oder einzelne Angehörige derselben verächtlich zu machen suchen oder geeignet sind, das Verhältnis dieser Länder zueinander zu stören.

9. Sämtliche Neudrucke älterer Werke, die durch Auswahl bzw. Vor- oder Nachworte eine nationalsozialistische Tendenz zum Ausdruck bringen.

Wer Schriften der obengenannten Gruppen kauft oder verkauft, entleiht oder verleiht, gilt als aktiver Nationalsozialist und verfällt schwersten Strafen.

Die Vernichtung der zu den vorgenannten Gruppen gehörigen Schriften ist unstatthaft; dieselben sind sicherzustellen bis Anordnung über ihre Verwendung erfolgt.

Leipzig, 28. Juli 1945.

Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
gez. Dr. Zeigner.

Teil der Entnazifizierung war die Aussonderung und Vernichtung von NS-Literatur. Nach der Veröffentlichung der Listen nicht mehr tragbarer Literatur mussten öffentliche und private Bibliotheken überprüft und nicht zugelassene Bücher ausgesondert werden. Allein 1945 wurden dabei in Leipzig rund 2 Millionen Bände (ca. 500 Tonnen) vernichtet. Die Deutsche Bücherei übernahm auf Anweisung der SMAD rund 4.000 Bände zur gesonderten Aufbewahrung.

Stadtverwaltung

Als die Amerikaner am 19. April 1945 das Neue Rathaus besetzten, waren der Oberbürgermeister und andere leitende Beamte tot aufgefunden worden oder befanden sich auf der Flucht.

Die amerikanische Militärregierung versuchte in den ersten Tagen der Besatzungszeit, die Stadtverwaltung wieder zu reorganisieren, was auf beträchtliche Schwierigkeiten stieß. Das Gebäude des Rathauses hatte durch die Verteidiungsmaßnahmen und den amerikanischen Artilleriebeschuss so erhebliche Schäden erlitten, dass die Dienststellen in verschiedenen Gebäuden untergebracht werden mussten. Fehlende Telefonverbindungen, die Einstellung des Postverkehrs sowie der Verlust von städtischen Verwaltungsakten durch die Luftangriffe oder bewusste Vernichtungen behinderten die Wiederaufnahme des Dienstbetriebes erheblich.

Zunächst ernannte der amerikanische Militärkommandant am 23. April 1945 Dr. Johannes (Hans) Vierling zum „vorläufigen Bürgermeister von Leipzig", der unmittelbar der Anleitung und Kontrolle seitens der Besatzungsmacht unterstand. Die personelle Neubesetzung der städtischen Ämter erfolgte auf Vorschlag des Bürgermeisters nach Genehmigung der Militärregierung. Rund ein Viertel der städtischen Beamten und Angestellten sowie der Arbeiter in den städtischen Betrieben wurde aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP bis Anfang Juli 1945 aus städtischen Diensten entlassen. In kürzester Zeit mussten Stellen mit zumeist fachlich nicht ausgebildetem Personal besetzt werden. Auch die Leipziger Polizei wurde entnazifiziert, neu aufgebaut und zahlenmäßig von 700 auf 2.400 Mann verstärkt.

Auf Anweisung des Militärkommandanten bildete der Bürgermeister neben dem neuen Stadtrat einen Beirat zur Beratung und Organisation der zugelassenen Arbeitsbereiche der städtischen Verwaltung. Dazu gehörten die Unterbringung, Ernährung und Fürsorge für die einheimische Bevölkerung, die sich in der Stadt aufhaltenden Evakuierten aus überwiegend westlichen Teilen Deutschlands, die Heimkehrenden von den Kriegsschauplätzen, aus Gefängnissen und KZ-Lagern, die ausländischen Kriegsgefangenen, Fremd- und Zwangsarbeiter sowie die Flüchtlinge und Vertriebenen. Teilweise war eine Neuverteilung der Aufgabenbereiche erforderlich. In den ersten drei Monaten nach dem Kriegsende nahmen Teile der städtischen Versorgungsbetriebe ihre Arbeit wieder auf. Ausbesserungsarbeiten an Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien und die Beräumung der Hauptverkehrsstraßen wurden begonnen, einsturzgefährdete Ruinen abgerissen und Blindgänger beseitigt. In dieser Zeit hatte die Leipziger Bevölkerung jedoch auch besonders einschneidende Kürzungen in der Lebensmittelversorgung sowie Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmacht zu ertragen.

Was hat Herr Vierling bisher getan?

Hat er die Nazis und Militaristen ausgerottet? – *Nein!*

Im Gegenteil, Herr Vierling ist es, hinter dem sich die Nazis in der Stadtverwaltung, in der Justiz und anderen Verwaltungskörperschaften noch immer verstecken. „Stahlhelmer" und ähnliche Militaristen sind die Mitarbeiter, die sich Herr Vierling herangezogen hat.

Hat er die Nazis schippen und aufräumen lassen? – *Nein!*

Wenn es nach Herrn Vierling gegangen wäre, würden wir jetzt noch alle schippen und die Nazis würden sich drücken und sich eins ins Fäustchen lachen, bestenfalls noch die Aufseher spielen, wie es in den ersten Tagen der „Schippaktion" der Fall war. Erst durch die Protestaktionen der Antifaschisten wurde er gezwungen, nur die Nazis schippen zu lassen.

Hat er die Nazis aus ihren Wohnungen setzen lassen? – *Nein!*

Noch immer wohnen Hunderte von politischen Gefangenen, die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern zurückgekehrt sind, in Untermiete, zerbombten Wohnungen und Gartenlauben, während die Nazis noch immer ungestört in ihren Wohnungen sitzen, als wäre nichts geschehen.

Hat er versucht, die Mißstände in der Lebensmittelversorgung Leipzigs zu beseitigen?

Nein! Noch immer sitzen im Schlachthof und der Großmarkthalle die alten Nazi-Großhändler und Großfleischer, die in erster Linie die Nazi-Kleinhändler und Fleischer mit Ware beliefern. Diese wiederum beliefern unter dem Ladentisch ihre Nazifreunde an erster Stelle und schmälern somit die ohnehin schon knappen Lebensmittel für die Gesamtbevölkerung Leipzigs.

Hat er sich um die Betreuung der Opfer des Nazi-Terrors gekümmert? – *Nein!*

Pfarrer Niemöller durfte, aus dem Konzentrationslager zurückgekehrt, in einem Dankgottesdienst empfangen werden. Das ist gut und freut uns. Aber 80 Leipziger Antifaschisten, die aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurückkehrten, durften von der Leipziger Bevölkerung nicht empfangen werden. Das interessierte Herrn Vierling nicht. Bei der Beerdigung der von der Gestapo in Lindenthal ermordeten Antifaschisten war kein Vertreter Herrn Vierlings vorhanden. Die Kosten für die Särge dieser Ermordeten waren für die Stadt Leipzig nicht tragbar, weil dafür im Etat keine Mittel vorhanden sind.

Hat er die Antifaschisten zur Mitarbeit herangezogen? – *Nein!*

Das geschah nur in lächerlich geringem Umfange. Leipzig ist eine Arbeiterstadt. Sind Herrn Vierling die Wahlergebnisse in Leipzig bis zum Jahre 1933 bekannt? Uns scheint nicht. Sonst könnte der politische Beirat des Bürgermeisters nicht ausschließlich aus Vertretern der Industrie, des Bankwesens und des Bürgertums zusammengesetzt sein. **Daran ändert auch nichts, wenn jetzt Herr Vierling versucht, 5 Minuten vor dem Einmarsch der Roten Armee schnell noch Arbeitervertreter in den politischen Beirat zu holen. Herr Vierling, das kann Sie nicht hinüberretten! Herr Vierling, wir denken nicht daran, Ihnen in letzter Minute für dieses Scheinmanöver die Krücken zu liefern.**

Herr Stahlhelm-Bürgermeister Vierling, Sie sind mit Ihren Stahlhelmfreunden in Leipzig fehl am Platze!

Der Wiederaufbau unserer Heimatstadt, die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, die völlige Ausrottung des Nazismus und Militarismus, die Ingangsetzung der Produktion und viele andere wichtige Fragen sind das Gebot der Stunde.

Kann Herr Vierling diese Aufgaben lösen? – *Wir sagen Nein!*

An der Spitze der zweitgrößten Stadt des Reiches müssen Männer stehen, die konsequente Antifaschisten sind, vom Vertrauen der Bevölkerung getragen werden, den Mut zur Verantwortung besitzen und tatkräftig ans Werk gehen.

Treten Sie ab, Herr Vierling, es ist höchste Zeit!

DIE LEIPZIGER ANTIFASCHISTEN

Dr. Vierling wurde in seiner Amtszeit vorgeworfen, sich nicht konsequent für die Ausrottung des Nazismus eingesetzt zu haben und eine „volksfeindliche Gewalt" auszuüben. Neben dem NKFD wandte sich auch Fritz Selbmann (KPD) am 10. Juni 1945 persönlich mit den gleichen Vorwürfen an den Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Deutschland, General Eisenhower. Die amerikanische Besatzungsmacht beließ Dr. Vierling als Bürgermeister und befahl lediglich, drei Vertreter der „Arbeiterschaft" in den Beirat der Stadtverwaltung, der als Beratungsgremium fungierte, aufnehmen.

Dr. Wilhelm Johannes Vierling

Johannes (Hans) Vierling wurde am 12. September 1889 in Nossen geboren. Im Jahr 1889 zog seine Familie nach Meerane, wo er die Realschule besuchte. Nach dem Umzug der Familie nach Wahren beendete Hans Vierling seine Schulausbildung am Leipziger König-Albert-Gymnasium und studierte anschließend von 1908 bis 1912 an den Universitäten in Leipzig und in Freiburg i. Breisgau Rechtswissenschaften. Der ersten juristischen Staatsprüfung 1912 folgte 1913 seine Promotion zum Dr. jur. an der Universität Leipzig. Seine Ernennung zum Assessor fand nach der zweiten juristischen Staatsprüfung 1915 in Dresden statt, worauf er seine berufliche Tätigkeit bei den Amtsgerichten in Zwenkau und Reichenbach, bei der Staatsanwaltschaft Leipzig und bei der Kreishauptmannschaft Leipzig begann. Nach seiner Militärzeit im Ersten Weltkrieg 1915-1919 wurde er im April 1919 beim Landgericht Leipzig als Rechtsanwalt zugelassen. 1920 trat er der Deutschnationalen Volkspartei bei, war hier aber nicht aktiv tätig. Dr. Hans Vierling wohnte seit 1916 in Leipzig-Eutritzsch und unterhielt in der Leipziger Innenstadt eine Kanzlei, da er 1931 auch zum Notar ernannt worden war. Nach 1933 war Vierling Mitglied in verschiedenen NS-Organisationen wie der DAF und der NSV, gehörte aber nie der NSDAP an. 1944 übernahm er als Wahlverteidiger, vor allem vor dem Volksgerichtshof und dem Sondergericht Leipzig, die Verteidigung in 57 politischen Prozessen (u. a. für den späteren demokratischen Bürgermeister Johannes Sachse, die Ärztin Dr. Margarete Blank oder die Familie Goerdeler).

Am 23. April 1945 wurde Dr. Hans Vierling vom amerikanischen Stadtkommandanten auf Vorschlag verschiedener Leipziger Persönlichkeiten, insbesondere aus Kreisen des Industrie- und Bankkapitals, als Bürgermeister eingesetzt. Am 16. Juli 1945 ernannte der sowjetische Stadtkommandant Dr. Erich Zeigner zum Oberbürgermeister. Am gleichen Tag wurde Vierling aus städtischen Diensten entlassen.

Dr. Hans Vierling war in den folgenden Jahren als Rechtsanwalt und Richter tätig und beteiligte sich aktiv in verschiedenen Berufsgremien der Rechtsanwälte und Notare, aber auch in gesellschaftlichen Gremien der Stadt Leipzig. Er verstarb am 22. September 1956 in Leipzig.

Leipzig, am 1. August 1945.

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Vierling
z. Zt.
Leipzig
Ziegelstr. 12.

Sehr geehrter Herr Dr. Vierling!

Nach langem Warten ist gestern endlich von der russischen Militärregierung die Genehmigung zur Ernennung der neuen Stadträte erteilt worden. Der Stadtregierung wird aufgegeben, sich sofort an ihren Aufgaben wieder vollzählig zu beteiligen. Und es ist beabsichtigt, die beteiligten Herren sofort in ihr Amt einzuführen.

Die Herren Dr. Blume, Fischer, Freytag und Dr. Schütz werden morgen von ihren Stadträten verabschiedet, und ich habe diesen Herren den Dank der Stadtverwaltung für ihre treuen Dienste ausgesprochen.

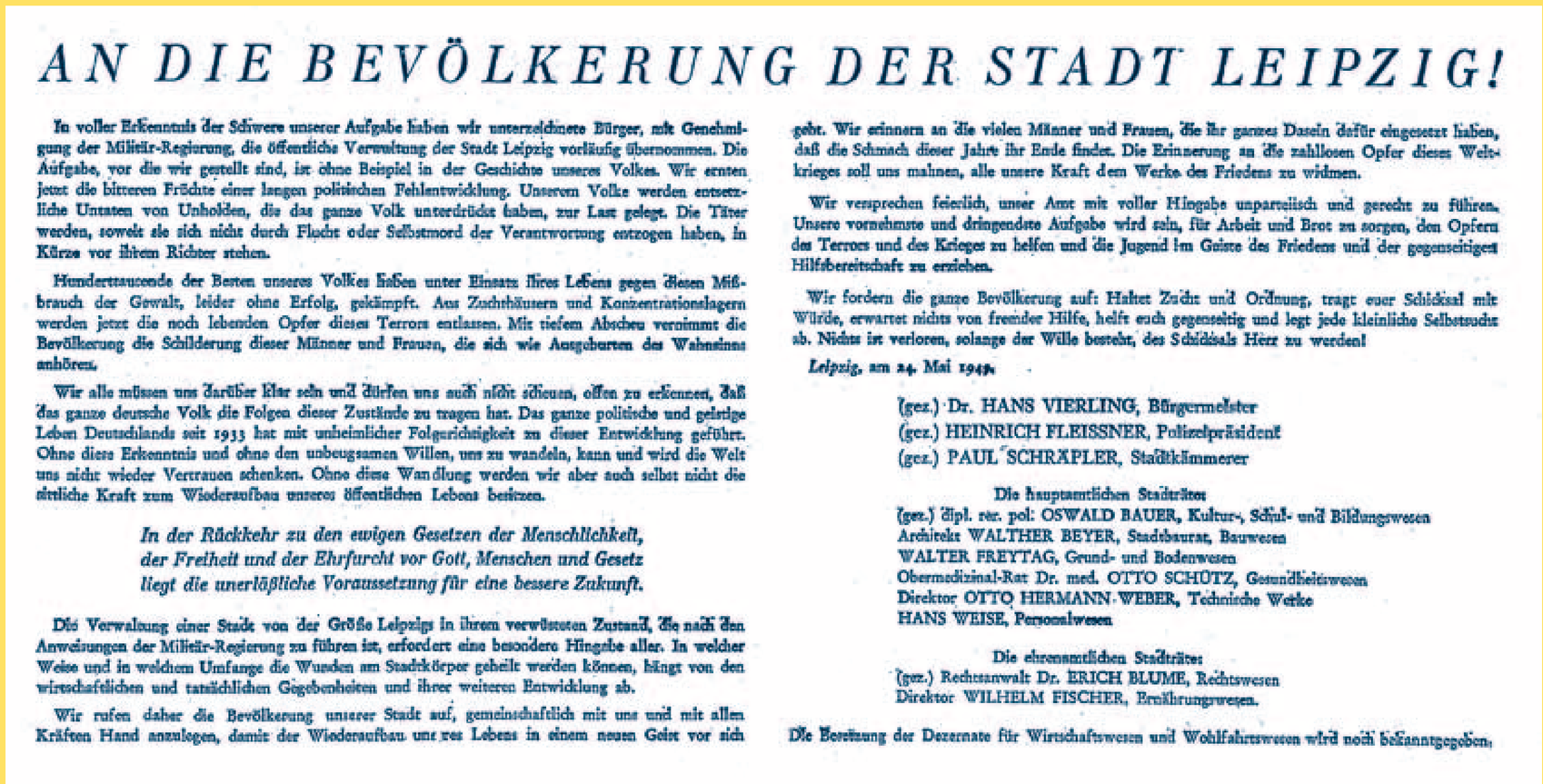
In diesem Zusammenhang darf ich nun noch einmal in Namen der Stadtverwaltung herzlichst danken, obwohl ich mir sicherer klar bin, daß dies vielleicht seine Entschlossenheit überschreitet, da es ein ganz nicht leichtes sein, daß der Nachfolger dem Vorgänger den Dank der Stadtverwaltung ausspricht. Ich widerstrebt mir jedoch, Sie, der Sie in der schwersten Zeit das Amt des Bürgermeisters übernommen, und es mit viel Geschick und Verantwortung führten, ausser ein- und Ihnen nur einen Dank nicht entziehen zu lassen.

Die ganze Situation war, wie Sie ja selbst einmal sagten, unerträglich leider so unerträglich, daß es keine andere Stelle gab, die Ihnen diesen Dank aussprechen konnte, auf jeden Fall glaube ich, nicht nur in Namen der Stadtverwaltung, sondern darüberhinaus auch im Namen der Leipziger Bevölkerung zu handeln, wenn ich mich unter Zurücklassung persönlicher Empfindungen, nunmehr dieser Aufgabe unterziehe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oberbürgermeister.

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen Anfang Juli 1945 blieb Dr. Vierling zunächst weiter im Amt. Offensichtlich erfolgte seine Abberufung durch den Stadtkommandanten Generalmajor Trufanow am 16. Juli 1945 direkt auf Anweisung der SMA in Berlin-Karlshorst. Während Polizeipräsident Heinrich Fleißner seine Funktion noch bis zu seiner Pensionierung am 31. August 1945 ausüben durfte, wurde Dr. Vierling dagegen am 17. Juli 1945 ohne eine Weiterbeschäftigung bei der Stadtverwaltung Leipzig entlassen. Einen offiziellen Dank für seine Tätigkeit als Bürgermeister in den ersten Nachkriegswochen erhielt er nicht, eine öffentliche Würdigung seiner Tätigkeit erfolgte nicht. Lediglich sein Amtsnachfolger Dr. Erich Zeigner wandte sich persönlich am 1. August 1945 an Vierling.



AN DIE BEVÖLKERUNG DER STADT LEIPZIG!

In voller Erkenntnis der Schwere unserer Aufgabe haben wir unterzeichnete Bürger, mit Genehmigung der Militär-Regierung, die öffentliche Verwaltung der Stadt Leipzig vorläufig übernommen. Die Aufgabe, vor die wir gestellt sind, ist ohne Beispiel in der Geschichte unseres Volkes. Wir ernten jetzt die bitteren Früchte einer langen politischen Fehlentwicklung. Unserem Volke werden entsetzliche Untaten von Unholden, die das ganze Volk unterdrückt haben, zur Last gelegt. Die Täter werden, soweit sie sich nicht durch Flucht oder Selbstmord der Verantwortung entzogen haben, in Kürze vor ihrem Richter stehen.

Hunderttausende der Besten unseres Volkes büßen unter Einsatz ihres Lebens gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, leider ohne Erfolg, gekämpft. Aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern werden jetzt die noch lebenden Opfer dieses Terrors entlassen. Mit tiefem Abscheu vernimmt die Bevölkerung die Schilderung dieser Männer und Frauen, die sich wie Ausgeburten des Wahnsinns anhören.

Wir alle müssen uns darüber klar sein und dürfen uns auch nicht scheuen, offen zu erkennen, daß das ganze deutsche Volk die Folgen dieser Zustände zu tragen hat. Das ganze politische und geistige Leben Deutschlands seit 1933 hat mit unheimlicher Folgerichtigkeit zu dieser Entwicklung geführt. Ohne diese Erkenntnis und ohne den unbeugsamen Willen, uns zu wandeln, kann und wird die Welt uns nicht wieder Vertrauen schenken. Ohne diese Wandlung werden wir aber auch selbst nicht die sittliche Kraft zum Wiederaufbau unseres öffentlichen Lebens besitzen.

In der Rückkehr zu den ewigen Gesetzen der Menschlichkeit,
der Freiheit und der Ehrfurcht vor Gott, Menschen und Gesetz
liegt die unerläßliche Voraussetzung für eine bessere Zukunft.

Die Verwaltung einer Stadt von der Größe Leipzigs in ihrem verwüsteten Zustand, die nach den Anweisungen der Militär-Regierung zu führen ist, erfordert eine besondere Hingabe aller. In welcher Weise und in welchem Umfange die Wunden am Stadtkörper geheilt werden können, hängt von den wirtschaftlichen und tatsächlichen Gegebenheiten und ihrer weiteren Entwicklung ab.

Wir rufen daher die Bevölkerung unserer Stadt auf, gemeinschaftlich mit uns und mit allen Kräften Hand anzulegen, damit der Wiederaufbau unseres Lebens in einem neuen Geist vor sich geht. Wir erinnern an die vielen Männer und Frauen, die ihr ganzes Dasein dafür eingesetzt haben, daß die Schmach dieser Jahre ihr Ende findet. Die Erinnerung an die zahllosen Opfer dieses Weltkrieges soll uns mahnen, alle unsere Kraft dem Werke des Friedens zu widmen.

Wir versprechen feierlich, unser Amt mit voller Hingabe unparteiisch und gerecht zu führen. Unsere vornehmste und dringendste Aufgabe wird sein, für Arbeit und Brot zu sorgen, den Opfern des Terrors und des Krieges zu helfen und die Jugend im Geiste des Friedens und der gegenseitigen Hilfsbereitschaft zu erziehen.

Wir fordern die ganze Bevölkerung auf: Haltet Zucht und Ordnung, tragt euer Schicksal mit Würde, erwartet nichts von fremder Hilfe, helft euch gegenseitig und legt jede kleinliche Selbstsucht ab. Nichts ist verloren, solange der Wille besteht, des Schicksals Herr zu werden!

Leipzig, am 24. Mai 1945.

(gez.) Dr. HANS VIERLING, Bürgermeister
(gez.) HEINRICH FLEISSNER, Polizeipräsident
(gez.) PAUL SCHRÄPLER, Stadtkämmerer

Die hauptamtlichen Stadträte:
(gez.) Dipl. rer. pol: OSWALD BAUER, Kultur-, Schul- und Bildungswesen
Architekt WALTHER BEYER, Stadtbaurat, Bauwesen
WALTER FREYTAG, Grund- und Bodenwesen
Obermedizinal-Rat Dr. med. OTTO SCHÜTZ, Gesundheitswesen
Direktor OTTO HERMANN WEBER, Technische Werke
HANS WEISE, Personalwesen

Die ehrenamtlichen Stadträte:
(gez.) Rechtsanwalt Dr. ERICH BLUME, Rechtswesen
Direktor WILHELM FISCHER, Ernährungswesen.

Die Besetzung der Dezernate für Wirtschaftswesen und Wohlfahrtswesen wird noch bekanntgegeben.

Dr. Erich Zeigner

Erich Richard Moritz Zeigner wurde am 17. Februar 1886 in Erfurt geboren. 1894 zog seine Familie nach Leipzig um. Hier beendete er seine Schulausbildung mit dem Abitur und studierte an der Leipziger Universität Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft. Nach Abschluss der juristischen Staatsprüfungen und seiner Dissertation begann Zeigner 1913 bzw. 1915 seine Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft Leipzig und später beim Landgericht Leipzig. Schon während seiner Studienzeit entstanden erste Kontakte zur SPD, der er im Frühjahr 1919 als Mitglied beitrat.

Auf Vorschlag der SPD übte er von 1921-1923 das Amt des sächsischen Justizministers aus. In dieser Zeit war er auch Abgeordneter des sächsischen Landtages. 1923 erfolgte seine Wahl zum sächsischen Ministerpräsidenten mit den Stimmen von KPD und SPD. Die verfassungsmäßige linkssozialdemokratische bzw. SPD-/KPD-Regierung Sachsens wurde im Oktober 1923 nach der Besetzung der Ministerien durch die Reichswehr abgesetzt, Erich Zeigner gerichtlich verfolgt und in Untersuchungshaft genommen. Nach der rechtskräftigen Verurteilung im März 1924 wurde Zeigner im August 1925 vorzeitig aus der Haft in Bautzen entlassen. Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 wurde Erich Zeigner arbeitslos und war illegal in verschiedenen Gruppierungen der SPD und KPD tätig, was seine mehrmalige Inhaftierung zur Folge hatte.

Nach dem Einmarsch der Amerikaner in Leipzig bemühte sich Zeigner zunächst vergeblich um eine Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft oder beim Rat der Stadt Leipzig. Trotz Widerspruchs des amerikanischen Stadtkommandanten arbeitete Zeigner unter Bürgermeister Dr. Vierling seit dem 1. Juni 1945 als Leiter des Kulturamtes. Am 16. Juli 1945 wurde Erich Zeigner per Befehl Nr. 6 des Militärkommandanten von Leipzig, Generalleutnant Trufanow, zum Oberbürgermeister ernannt. Zu seinen persönlichen Verdiensten gehört der allmähliche Neuaufbau der Verwaltung und die „Normalisierung" des Alltags. Gleichzeitig nahm er weiterhin aktiv Aufgaben in verschiedenen Gremien der SPD bzw. der SED wahr. Zu den Gemeindewahlen am 1. September 1946 fungierte Erich Zeigner als Spitzenkandidat der SED für das Amt des Oberbürgermeisters, zu dem er am 9. Oktober 1946 in der 2. Sitzung der neuen Gemeindevertretung einstimmig gewählt wurde. Parallel dazu hielt Zeigner Vorlesungen an der Leipziger Universität und nahm an Landtags- und Ausschusssitzungen teil. Im Frühjahr 1949 erkrankte Erich Zeigner schwer und verstarb am 5. April 1949. Unter großer Anteilnahme der Leipziger Bevölkerung fanden die Trauerfeierlichkeiten in der Leipziger Kongresshalle am 9. April 1949 und seine Beisetzung auf dem Leipziger Südfriedhof statt.

BEFEHL
DES MILITÄR-KOMMANDANTEN
DER STADT LEIPZIG

17. JULI 1945 Nr. 6 LEIPZIG

Auf Vorschlag der demokratischen Parteien der Stadt Leipzig wurden von mir am 16. Juli 1945 anerkannt als

1. Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Dr. ZEIGNER

2. Erster Vertreter des Oberbürgermeisters
ROSSBERG

3. Zweiter Vertreter des Oberbürgermeisters
SACHSE

MILITÄR-KOMMANDANT
DER STADT LEIPZIG
Generalleutnant TRUFANOW

ПРИКАЗ
ВОЕННОГО КОМЕНДАНТА
ГОРОДА ЛЕЙПЦИГА

17 ИЮЛЯ 1945г. № 6 г. ЛЕЙПЦИГ

По предложению демократических организаций города, мною с 16 Июля 1945 г. допущены к исполнению обязанностей:

1. Обербургомистра г. Лейпциг
г. ЦАЙГНЕР

2. Первого заместителя Обербургомистра г. Лейпциг
г. РОЗБЕРГ

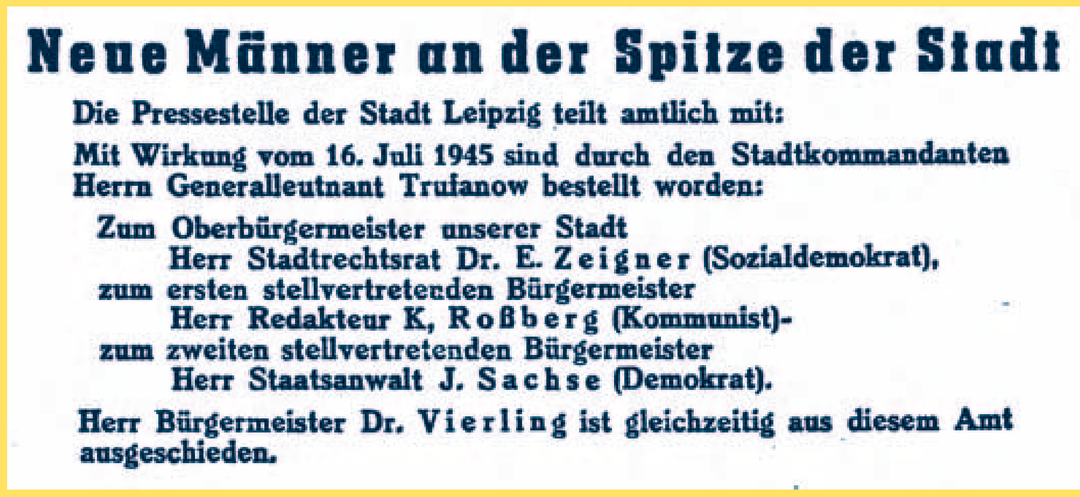
3. Второго заместителя Обербургомистра г. Лейпциг
г. ЗАКСЕ

ВОЕННЫЙ КОМЕНДАНТ
Г. ЛЕЙПЦИГА
Генерал-Лейтенант ТРУФАНОВ

Am 14. Juli 1945, mit Wirkung ab 16. Juli 1945, besetzte die sowjetische Kommandantur die Leipziger Stadtverwaltung auf Vorschlag der antifaschistisch-demokratischen Parteien neu. Dr. Erich Zeigner (SPD) wurde durch den Stadtkommandanten zum Oberbürgermeister, Kurt Roßberg (KPD) zum ersten Stellvertreter und Johannes Sachse (Demokrat) zum zweiten Stellvertreter ernannt.

Nach dem Wechsel der Besatzungsmacht Anfang Juli 1945 blieben der von den Amerikanern eingesetzte Bürgermeister Dr. Hans Vierling, Polizeipräsident Heinrich Fleißner und die Stadträte auf ausdrückliche Anweisung des sowjetischen Stadtkommandanten zunächst weiter im Amt. Der KPD-Elite gelang es jedoch mit massiver Unterstützung der SMAD, in der Stadtverwaltung ihre eigenen Machtinteressen durchzusetzen. Vertreter der KPD schlugen eine Neubesetzung der Stadtratsämter mit jeweils sechs Vertretern aus der KPD und der SPD sowie der bürgerlichen Richtung vor. Repräsentative Posten wurden dabei häufig „bürgerlichen" Politikern überlassen, während die Funktionen des Stellvertreters und die Kontrolle über die Personalabteilung, die Schulen und die Polizei dagegen auch in Leipzig in kommunistischer Hand lagen. Die durch die sowjetische Besatzungsmacht eingesetzten Bürgermeister waren für die „genaue Durchführung aller Befehle und Anordnungen seitens der Bevölkerung persönlich verantwortlich ". Dies traf auch auf die Tätigkeit Dr. Erich Zeigners als neu ernannter Oberbürgermeister 1945 und als gewählter Oberbürgermeister ab Oktober 1946 zu.

Nach der „Verordnung über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung" vom 17. August 1945 wurde die Entnazifizierung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben bis zum Juni 1946 mit einschneidenden personellen Veränderungen weitergeführt. Bevorzugt sollten Opfer der nationalsozialistischen Diktatur eingestellt werden, auch wenn diese über keine fachliche Erfahrung verfügten. Das Manko sollte durch Schnellkurse und Verwaltungslehrgänge in den städtischen Schulungseinrichtungen ausgeglichen werden. Die Verwaltungsstruktur des Rates der Stadt veränderte sich nur in den Bereichen, wo Arbeitsaufgaben durch Befehle und Anweisungen der SMAD entfielen (Kriegssachschädenerstattung) oder neue Aufgaben zugewiesen wurden (z.B. Kommunalabteilung für die Opfer des Faschismus; Amt für Reparationen).



Neue Männer an der Spitze der Stadt

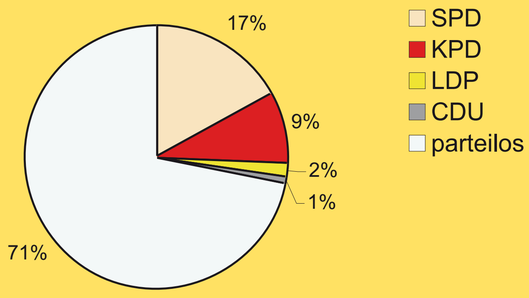
Die Pressestelle der Stadt Leipzig teilt amtlich mit:

Mit Wirkung vom 16. Juli 1945 sind durch den Stadtkommandanten Herrn Generalleutnant Trufanow bestellt worden:

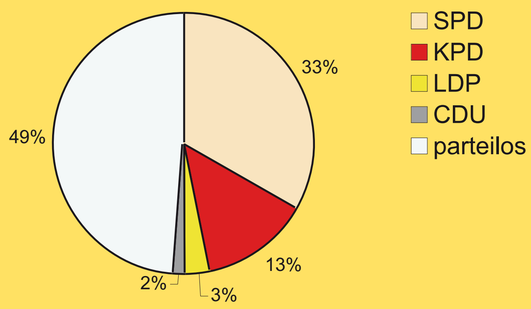
Zum Oberbürgermeister unserer Stadt
Herr Stadtrechtsrat Dr. E. Zeigner (Sozialdemokrat),
zum ersten stellvertretenden Bürgermeister
Herr Redakteur K, Roßberg (Kommunist)-
zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister
Herr Staatsanwalt J. Sachse (Demokrat).

Herr Bürgermeister Dr. Vierling ist gleichzeitig aus diesem Amt ausgeschieden.

Personal der Stadtverwaltung zum 15.12.1945
insgesamt 17.323 Beschäftigte



Personal der Stadtverwaltung zum 31.3.1946
insgesamt 19.111 Beschäftigte



Teilnehmer eines Verwaltungslehrganges im Schulungszentrum der Stadt Leipzig in Wasewitz, 1946.

Bereits im Entwurfsstadium mussten alle Gesetze und Verordnungen der Landesverwaltungen in der SBZ, aber auch Anordnungen der Kreis-, Stadt- und Gemeinde- sowie der örtlichen Polizeiverwaltungen den SMA-Landesverwaltungen bzw. den zuständigen Kommandanturen vorgelegt werden.

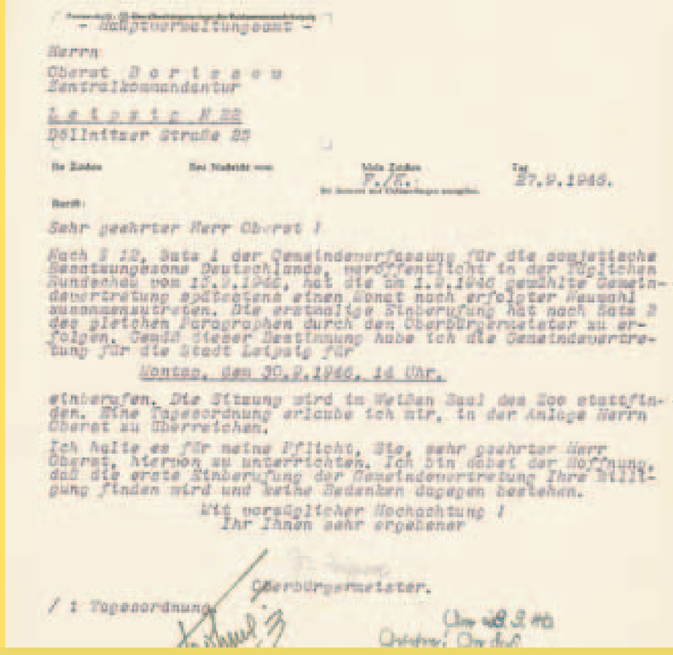
Dies traf in besonderem Maße auf die Erarbeitung der Hauptsatzung vom 10. August 1945 zu, mit der personelle und strukturelle Grundsätze des Verwaltungsaufbaus in der Stadt Leipzig geregelt wurden.

Für den Entwurf der Hauptsatzung erstellte die Stadtverwaltung mehrere Ausfertigungen, auch in russischer Sprache, die an die Kommandantur zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen waren. Die städtischen Vorschläge hinsichtlich der Anzahl der zu besetzenden Stadtrats- und Dezernentenstellen stießen bei der Kommandantur auf Ablehnung. Auf Anordnung des Stadtkommandanten war der vorgesehene Verwaltungsapparat einzuschränken, das heißt die Anzahl der Dezernate und Stadträte zu vermindern und gleichzeitig die Verwaltungsarbeit auf dezentrale Ebenen zu verteilen. Dafür wurde das Stadtgebiet in acht Bezirke eingeteilt, die aus jeweils mehreren Distrikten bestanden. Von den antifaschistisch-demokratischen Parteien vorgeschlagene Bezirksvorsteher arbeiteten hauptamtlich unter der Leitung des Oberbürgermeisters, während die Distriktleiter ehrenamtlich tätig waren. Zur Integration weitester Bevölkerungsteile bei der Umsetzung der gefassten Beschlüsse für den künftigen Aufbau der Verwaltungsarbeit wies die Kommandantur die Ernennung antifaschistischer Hausbeauftragter mit beratender und vollstreckender Funktion für die Distriktleiter an.

Gemeindewahlen 1946

Einen weiteren wichtigen Schritt zur Demokratisierung stellten die Wahlen im Herbst 1946 auf Gemeinde-, Stadt- und Landesebene dar. Der bereits im Jahr zuvor festzustellende Mitgliederzulauf zur SPD aus allen Teilen der Bevölkerung hatte deren Landesvorstand veranlasst, auf baldige Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen im Frühjahr 1946 – vor einem Zusammenschluss mit der KPD – zu drängen, weil zu diesem Zeitpunkt für die SPD die besten Aussichten bestanden, stärkste Partei zu werden. Aus dem gleichen Grund forcierte die KPD, von der SMAD bestärkt, die organisatorische Vereinigung mit der SPD. Die entscheidende Voraussetzung zur „Lösung der Machtfrage" war mit der Bildung der SED Ende März 1946 geschaffen worden.

Die ersten noch relativ freien Wahlen auf der kommunalen Ebene fanden am 1. September 1946 in Sachsen auf der Grundlage der „Wahlordnung für die Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone" statt. Stimmberechtigt waren alle Personen, die das 21. Lebensjahr erreicht hatten und mindestens drei Monate vor dem Wahltag ihren Wohnsitz im Gemeindegebiet hatten. Gewählt werden konnten Personen, die das 23. Lebensjahr erreicht hatten und seit mindestens sechs Monaten im Gemeindegebiet ansässig waren. Vom Wahlrecht ausgeschlossen wurde der im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen als „politisch belastet" eingestufte Personenkreis, insbesondere Kriegsverbrecher, ehemalige Mitglieder der NSDAP sowie ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände und sonstige Personen, die durch die Blockparteien namentlich benannt worden waren.


- Hauptverwaltungsamt -

Herrn
Oberst Borissow
Zentralkommandantur
Leipzig N 22
Dölnitzer Straße 25

Ihr Zeichen | Bei Antwort wenn: | Mein Zeichen F./K. | Tag 27.9.1946.

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Oberst !

Nach § 10, Satz 1 der Gemeindeverfassung für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, veröffentlicht in der Täglichen Rundschau vom 13.9.1946, hat die am 1.9.1946 gewählte Gemeindevertretung spätestens einen Monat nach erfolgter Neuwahl zusammenzutreten. Die erstmalige Einberufung hat nach Satz 2 des gleichen Paragraphen durch den Oberbürgermeister zu erfolgen. Gemäß dieser Bestimmung habe ich die Gemeindevertretung für die Stadt Leipzig für

Montag, den 30.9.1946, 14 Uhr,

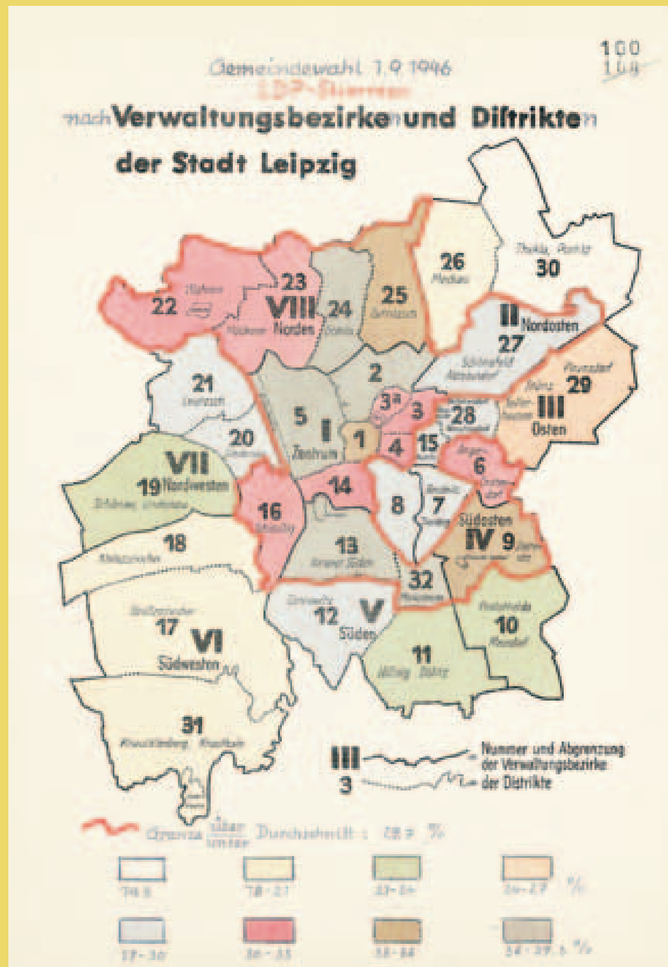
einberufen. Die Sitzung wird im Weißen Saal des Zoo stattfinden. Eine Tagesordnung erlaube ich mir, in der Anlage Herrn Oberst zu überreichen.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie, sehr geehrter Herr Oberst, hiervon zu unterrichten. Ich bin dabei der Hoffnung, daß die erste Einberufung der Gemeindevertretung Ihre Billigung finden wird und keine Bedenken dagegen bestehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !
Ihr Ihnen sehr ergebener

Oberbürgermeister.

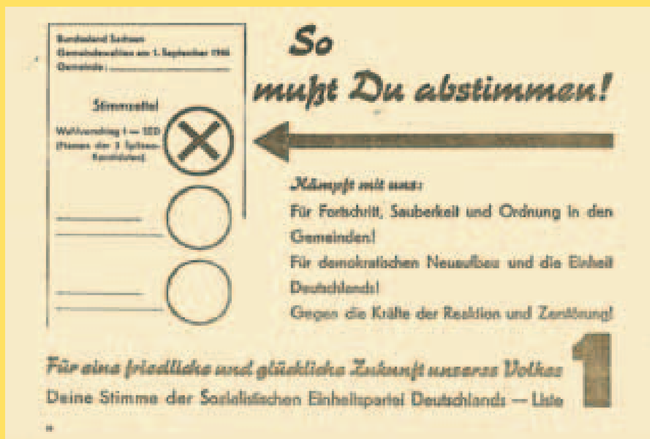
/ 1 Tagesordnung



Die Gemeindewahlen in der Stadt Leipzig fanden unter Leitung des Oberbürgermeisters statt. Wahlvorschläge konnten nur für die in der SBZ zugelassenen Parteien und Organisationen eingereicht werden. Entsprechend der Einwohnerzahl waren in Leipzig 90 Gemeindevertreter zu wählen. Am Wahltag gaben in Leipzig von 435.539 Wahlberechtigten insgesamt 401.457 Personen (92,3 Prozent) ihre Stimme ab. Sitze in der Gemeindevertretung erhielten entsprechend der Stimmenverteilung die Kandidaten von SED, LDP, CDU und des Kulturbundes. Die SED hatte ähnlich wie in anderen Städten und wie bei den nachfolgenden Landtagswahlen ihr Ziel einer absoluten Mehrheit verfehlt.

Die Leipziger Gemeindevertretung konstituierte sich im Beisein des sowjetischen Stadtkommandanten Oberst Borissow auf ihrer ersten Sitzung am 30. September 1946 im Weißen Saal des Zoos. Der als Spitzenkandidat der SED aufgestellte Dr. Erich Zeigner wurde in der zweiten Sitzung der Gemeindevertretung am 9. Oktober 1946 zum Oberbürgermeister, Johannes Sachse (LDP), Ernst Eichelbaum (CDU) und Helmut Holtzhauer (SED) zu Bürgermeistern gewählt. Die Besetzung der Dezernenten erfolgte wie die Wahl der drei Bürgermeister nach der Stärke der Fraktionen.

LINKS. Wahlwerbung der SED zu den Gemeindewahlen. RECHTS. Die Christlich-demokratische Union (CDU) hatte sich als dritte Partei bei der SMAD registrieren lassen. Sie bekannte sich zu einer christlich, demokratischen und sozialen Politik. Ihre Zulassung erfolgte am 10. Juli 1945 unter der Bedingung, dem „Einheitsblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien" beizutreten.



Trotz massiver Behinderungen durch die SMAD erzielte die CDU bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 beachtliche Erfolge.

Neue Parteien und Organisationen

PARTEIENSYSTEM

Die Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland war eines der wichtigsten Ziele der Alliierten auf den Konferenzen von Teheran und Jalta – auch wenn ihre Auffassungen von Demokratie sehr unterschiedlich waren. Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 sah die Dezentralisierung der politischen Strukturen und eine lokale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen vor. In ganz Deutschland sollten alle demokratischen Parteien zugelassen werden. Amerikaner und Briten gestatteten in ihren Besatzungszonen aber erst im August bzw. September 1945 offiziell die Bildung von Parteien.

Der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erlaubte die Gründung von Parteien und Organisationen, „die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten... zum Ziel setzten."

Sie hatten „für die ganze Zeit des Besatzungsregimes ... unter Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen" zu arbeiten. Die intensive Anleitungs- und Kontrolltätigkeit der SMAD-Organe umfasste die Vorzensur sämtlicher Referate ebenso wie die Genehmigungspflicht für alle Versammlungen und die Vervielfältigung von Schriftstücken sowie den direkten Eingriff bei der Besetzung (Absetzung oder zuweilen sogar Verhaftung) von Führungskräften der bürgerlichen Parteien. Zusätzlich gesichert wurde sie durch die Pflicht zur Abgabe umfassender monatlicher Berichte durch die Orts-, Kreis-, Landes- und Zonengeschäftsstellen der Parteien und Verbände über die organisatorische und politische Entwicklung, innerparteiliche Stimmung, Versammlungstätigkeit und andere Aktivitäten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) trat am 12./13. Juni mit ihrem auf den 11. Juni 1945 datierten Aufruf als erste Nachkriegspartei an die Öffentlichkeit. Mit der Gründung und Zulassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Liberaldemokratischen Partei (LDP) im Juni und Juli 1945 wurden auch in der SBZ Grundzüge eines pluralistischen Parteiensystems erkennbar.

Alle Parteien distanzierten sich eindeutig von der Gewaltherrschaft der NSDAP. Dieser Konsens trug dazu bei, dass die neu entstandenen Parteien zur engen Kooperation bereit waren. Allerdings schaltete die KP-Führung mit Unterstützung der SMAD innerhalb eines knappen Jahres alle potentiellen Konkurrenten aus bzw. „neutralisierte" diese, indem zunächst im Sommer und Herbst 1945 die „antifaschistischen Komitees und Ausschüsse" aufgelöst wurden, die sich wie in den Westzonen auch in der SBZ als überparteiliche lokale Organisationen spontan zum Kriegsende gebildet hatten. Schon im Juli 1945 gelang KPD und SMAD außerdem ein entscheidender Schritt zur Neutralisierung der anderen Parteien: am 14. Juli 1945 bildete sich eine Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die Vorläuferorganisation des späteren Demokratischen Blocks, in der sich KPD, SPD, CDU und LDP zur ständigen Zusammenarbeit verpflichteten. In der „Einheitsfront" bzw. im „Block" galt nicht das Mehrheits-, sondern das Konsensprinzip, das der KPD/SED ein Vetorecht sicherte, ohne sie selbst zu binden.

Aufruf
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land!

Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Als erste Partei trat die KPD mit ihrem Gründungsaufruf vom 11. Juni 1945 an die Öffentlichkeit. Darin sprach sie sich für die Errichtung einer „demokratischen Republik" und eines „antifaschistisch-demokratischen Regimes" aus. Der organisatorische Aufbau der KPD war bereits in den letzten Kriegswochen durch eine Initiativgruppe unter Leitung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann (später für Sachsen zuständig) und Gustav Sabottka eingeleitet worden. Auf der Basis des Gründungsaufrufs setzte eine breite Massenbewegung ein, so dass die kommunistischen „Volksparteien" bald mehr neue Mitglieder als Altkader aufweisen konnte.

BEFEHL Nr. 2
des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945 — Berlin

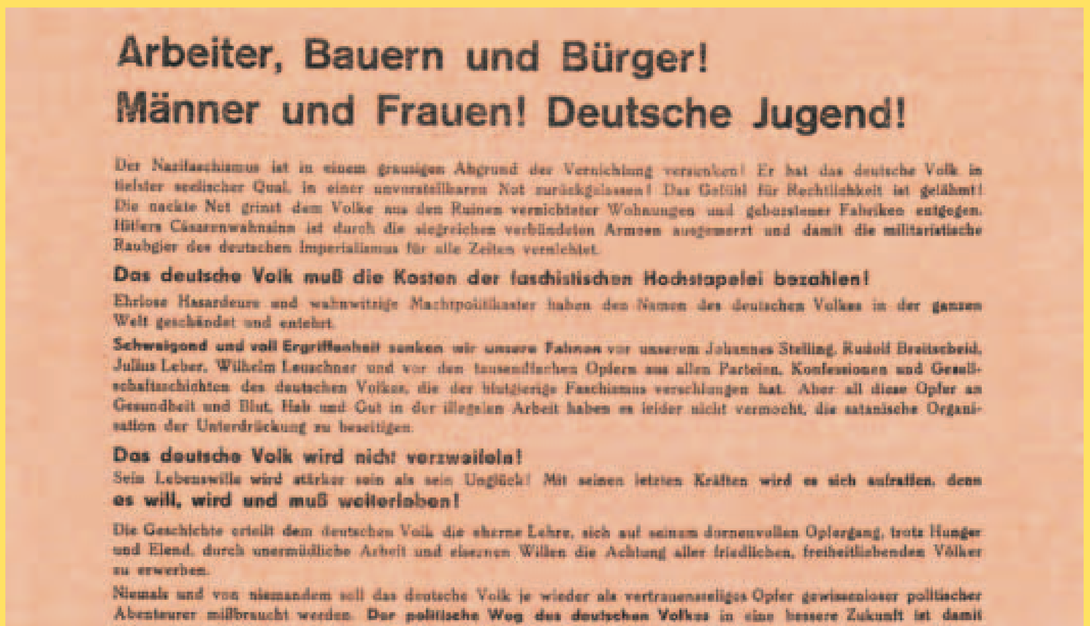
Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Uebernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die obengenannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Uebereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Uebereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst W. W. Kurasow



Arbeiter, Bauern und Bürger!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Der Nazifaschismus ist in einem grausigen Abgrund der Vernichtung versunken! Er hat das deutsche Volk in tiefster seelischer Qual, in einer unvorstellbaren Not zurückgelassen! Das Gefühl für Rechtlichkeit ist gelähmt! Die nackte Not grinst dem Volke aus den Ruinen vernichteter Wohnungen und geborstener Fabriken entgegen. Hitlers Cäsarenwahnsinn ist durch die siegreichen verbündeten Armeen zerschmettert und damit die militaristische Raubgier des deutschen Imperialismus für alle Zeiten vernichtet.

Das deutsche Volk muß die Kosten der faschistischen Hochstapelei bezahlen!

Ehrlose Hasardeure und wahnwitzige Machtpolitikaster haben den Namen des deutschen Volkes in der ganzen Welt geschändet und entehrt.

Schweigend und voll Ergriffenheit senken wir unsere Fahnen vor unserem Johannes Stelling, Rudolf Breitscheid, Julius Leber, Wilhelm Leuschner und vor den tausendfachen Opfern aus allen Parteien, Konfessionen und Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes, die der blutgierige Faschismus verschlungen hat. Aber all diese Opfer an Gesundheit und Blut, Hab und Gut in der illegalen Arbeit haben es leider nicht vermocht, die satanische Organisation der Unterdrückung zu beseitigen.

Das deutsche Volk wird nicht verzweifeln!

Sein Lebenswille wird stärker sein als sein Unglück! Mit seinen letzten Kräften wird es sich aufraffen, denn **es will, wird und muß weiterleben!**

Die Geschichte erteilt dem deutschen Volk die eherne Lehre, sich auf seinem dornenvollen Opfergang, trotz Hunger und Elend, durch unermüdliche Arbeit und eisernen Willen die Achtung aller friedlichen, freiheitlichenden Völker zu erwerben.

Niemals und von niemandem soll das deutsche Volk je wieder als vertrauensseliges Opfer gewissenloser politischer Abenteurer mißbraucht werden. **Der politische Weg des deutschen Volkes** in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet:

Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!

Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zu [illegible] Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentral-Komitees der Kommunistischen [illegible] arbeitslosen Ein- vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß **der Weg** für [illegible] Verzinsung aus mobilem **gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands** [illegible] der ihnen von der deutschen [illegible] des deutschen Volkes in der gegenwärtigen [illegible] Erbrechtes auf die unmittelbaren Verwandten. [illegible] demokratische Staatsauffassung. Staatlicher Schutz der Person. Freiheit [illegible] in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers. Gesinnungsfreiheit und Religionsfreiheit. Strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung.

Unser armes und gequältes Volk muß durch die Schuld Hitlers durch unsägliches Elend und ein tiefes Tal des Leides gehen!

Wir wollen mithelfen, es wieder emporzuführen zu den Höhen einer menschenwürdigen Kultur, zu der Freundschaft mit allen Völkern der Welt.

Wir wollen vor allem den **Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse** führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben. Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden! Wir bieten unsere Bruderhand allen, deren Losung ist:

Kampf gegen den Faschismus, für die Freiheit des Volkes, für Demokratie, für Sozialismus!

Darum rufen wir alle unsere Freunde, Genossinnen und Genossen in Stadt und Land auf, mit der alten Hingabe und neuem Mut **sofort mit dem Aufbau der Organisation zu beginnen.**

Vorwärts! An die Arbeit!

Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Max Fechner, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Karl Germer, Bernhard Göring, Hermann Harnisch, Helmuth Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Richard Weimann

Am 15. Juni 1945 veröffentlichte ein Kreis Berliner SPD-Funktionäre, der sich als Zentralausschuss konstituiert hatte, einen Gründungsaufruf, der weit offensivere sozialpolitische Ziele enthielt als das erste KPD-Programm. Gefordert wurde nicht nur „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft" auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage", sondern auch „ den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse (zu) führen". Der Verstaatlichungskatalog berücksichtigte Banken und Versicherungen, Bodenschätze und Bergwerke, den Großgrundbesitz und die Kriegsgewinne. Außerdem trat die SPD für starke kommunale Selbstverwaltungen ein.

LINKS. Geschäftsstelle der KPD in Kleinzschocher. MITTE. Die entscheidende Voraussetzung zur Formierung des ostdeutschen Parteiensystems wurde mit der erzwungenen Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED am 21./22. April 1946 geschaffen. Die Grundsatzerklärung des Vereinigungsparteitages proklamierte einen „demokratischen Weg zum Sozialismus", die Mitglieder waren gleichzeitig nach dem sozialdemokratischen Wohngebiets- und dem kommunistischen Betriebszellenprinzips organisiert, die unteren Parteigliederungen behielten Reste politischer Handlungsfreiheit, die Benennung der Führungsgremien folgte sozialdemokratischen Traditionen. Alle Parteifunktionen wurden zunächst paritätisch mit ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt. RECHTS. Demonstrationszug vom Thomaskirchhof zum Markt am 31. März 1946 anläßlich der Vereinigung von KPD und SPD. An der „Massenkundgebung" nahmen über 100.000 Leipziger teil.

GRÜNDUNG GESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN

Die Demokratisierung der Gesellschaft orientierte sich in der SBZ am Modell der „Volksdemokratie“: Nicht nur Parteien erlangten politische Entscheidungsrechte, sondern auch die sogenannten Massenorganisationen, die nach Gründungsinitiativen der KPD bzw. der SED als Interessenvertreter berufsständischer oder gesellschaftlicher Gruppen, allerdings unter der später immer absoluter werdenden Führung der SED, fungieren sollten.

Der SMAD-Befehl Nr. 2 schuf nicht nur die besatzungsrechtliche Grundlage für die Bildung von Parteien, sondern ebenso für die Gründung gesellschaftlicher Organisationen. Unter diesen Sammelbegriff fielen insbesondere die Gewerkschaften, für die ebenfalls eine Konzeption der „Einheitsgewerkschaft“ unter Vorherrschaft der KPD vorgesehen war. Auf Initiative der KPD konstituierte sich bereits im Mai 1945 in Berlin ein Gremium zur Vorbereitung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes. Am 15. Juni wandte sich der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss mit seinem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Seine programmatischen Forderungen zielten auf die Entnazifizierung von Betrieben und Verwaltungen, auf die Mitarbeit der Gewerkschaften beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, auf Sicherung demokratischer Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten sowie auf die „Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus“. Auf dem Gründungskongress des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) im Februar 1946 in Berlin erzielte die KPD bei den Vorstandswahlen die Hälfte der Vorstandssitze, vier Vorstandsmitglieder gehörten der SPD an, die CDU erhielt einen Sitz.

Durch die gelenkte Bildung einer Vielzahl weiterer Organisationen wollten SMAD und KPD/SED den Aufbau unabhängiger und pluralistischer Verbände verhindern. Diese Organisationen erhielten formal einen überparteilichen Anstrich, waren aber von Beginn an kommunistisch dominiert. Zu den wichtigsten Organisationen gehörten der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Juli 1945) und der zentrale Jugendausschuss für die SBZ zur Vorbereitung der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im März 1946 als der einzig zugelassenen Jugendorganisation in der SBZ.

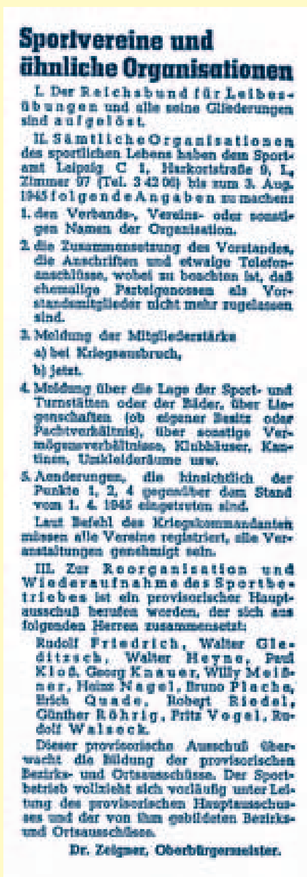
Zur organisatorischen Erfassung der gesamten Bevölkerung in der SBZ rief die SED zur Gründung weiterer Massenorganisationen auf. So entstand im Zuge der Bodenreform im Herbst 1945 die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB).

LINKS. In der SBZ wurde am 7. März 1946 mit der FDJ eine einheitliche Jugendorganisation geschaffen. Wie das 1. Parlament im Juni 1946 bestätigte, sollte die FDJ eine Organisation der ganzen Jugendgeneration, auch religiös gebundener Jugendlicher, mit dem parteiübergreifenden Bezugspunkt des Antifaschismus sein. Die FDJ setzte sich für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, die Verbesserung des Arbeitsschutzes, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und das Recht auf Bildung ein. Erst in den folgenden Jahren verwandelte sich die FDJ zur uniformierten Staatsjugend unter der Ägide der SED.

RECHTS. Feierstunde in der Leipziger Kongresshalle anläßlich des Gründungskongresses des FDGB, Februar 1946.

Kundgebung am 1. Mai 1946 auf dem Karl-Marx-Platz mit über 200.000 Teilnehmern.

Am 5. August 1945 fand auf Initiative der KPD die erste große Massendemonstration gegen Militarismus und Faschismus, für ein freies demokratisches Deutschland auf dem Marktplatz statt.



Sportvereine und ähnliche Organisationen

I. Der Reichsbund für Leibesübungen und alle seine Gliederungen sind aufgelöst.

II. Sämtliche Organisationen des sportlichen Lebens haben dem Sportamt Leipzig C 1, Harkortstraße 9, I, Zimmer 97 (Tel. 3 42 06) bis zum 3. Aug. 1945 folgende Angaben zu machen:

1. den Verbands-, Vereins- oder sonstigen Namen der Organisation.
2. die Zusammensetzung des Vorstandes, die Anschriften und etwaige Telefonanschlüsse, wobei zu beachten ist, daß ehemalige Parteigenossen als Vorstandsmitglieder nicht mehr zugelassen sind.
3. Meldung der Mitgliederstärke
   a) bei Kriegsausbruch,
   b) jetzt.
4. Meldung über die Lage der Sport- und Turnstätten oder der Bäder, über Liegenschaften (ob eigener Besitz oder Pachtverhältnis), über sonstige Vermögensverhältnisse, Klubhäuser, Kantinen, Umkleideräume usw.
5. Aenderungen, die hinsichtlich der Punkte 1, 2, 4 gegenüber dem Stand vom 1. 4. 1945 eingetreten sind.

Laut Befehl des Kriegskommandanten müssen alle Vereine registriert, alle Veranstaltungen genehmigt sein.

III. Zur Reorganisation und Wiederaufnahme des Sportbetriebes ist ein provisorischer Hauptausschuß berufen worden, der sich aus folgenden Herren zusammensetzt:

Rudolf Friedrich, Walter Gleditzsch, Walter Heyne, Paul Kloß, Georg Knauer, Willy Meißner, Heinz Nagel, Bruno Plache, Erich Quade, Robert Riedel, Günther Röhrig, Fritz Vogel, Rudolf Walseck.

Dieser provisorische Ausschuß überwacht die Bildung der provisorischen Bezirks- und Ortsausschüsse. Der Sportbetrieb vollzieht sich vorläufig unter Leitung des provisorischen Hauptausschusses und der von ihm gebildeten Bezirks- und Ortsausschüsse.

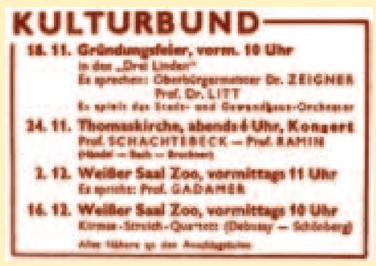
Dr. Zeigner, Oberbürgermeister.

Die Sächsischen Sporttage im August 1946 wurden gemeinsam von der Leipziger Volkszeitung und der Volkssolidarität organisiert. Die Wettkämpfe fanden in verschiedenen Sportstätten statt: im Sportstadion Probstheida Boxen, Fußball, Ringen, Tennis usw., im Südostbad an der Osttrasse die Schwimmwettkämpfe einschließlich Wasserball sowie am Stausee in Knautkleeberg die Ruder- und Kanuregatta.

Demonstration zum Weltfriedenstag am 1. September 1945, Friedrich-Ebert-Straße.

Auch die Bildung des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ ging von Moskauer Exilkommunisten aus. Die Gründungskundgebung am 3. Juli 1945 proklamierte u. a. „die Bildung einer nationalen Einheitsfront der deutschen Geistesarbeiter“, die „Vernichtung der Nazi-Ideologie“ sowie die „Wiederentdeckung und Förderung der freiheitlichen, humanistischen, wahrhaft nationalen Traditionen unseres Volkes“ als Ziele.

Die Leipziger Ortsgruppe des Kulturbundes konstituierte sich am 18. November im Opernsaal „Drei Linden.“ Bis August 1946 stieg die Mitgliederzahl in Leipzig auf rd. 1.200 an.



KULTURBUND

18. 11. Gründungsfeier, vorm. 10 Uhr
in den „Drei Linden“
Es sprechen: Oberbürgermeister Dr. ZEIGNER
Prof. Dr. LITT
Es spielt das Stadt- und Gewandhaus-Orchester

24. 11. Thomaskirche, abends 4 Uhr, Konzert
Prof. SCHACHTEBECK — Prof. RAMIN
(Händel — Bach — Brahms)

2. 12. Weißer Saal Zoo, vormittags 11 Uhr
Es spricht: Prof. GADAMER

16. 12. Weißer Saal Zoo, vormittags 10 Uhr
Kirmse-Streich-Quartett (Debussy — Schönberg)
Alles Nähere ist den Anschlagsäulen

Demontagen und Reparationen

ENTMILITARISIERUNG UND DEKARTELLISIERUNG beinhaltete nach sowjetischem Verständnis nicht allein die Zerschlagung der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie, sondern vor allem eine Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie der SBZ. Die Beschlagnahme von Industriebetrieben (ab Sommer 1945), ihre Überführung in Volkseigentum (ab Sommer 1946) sowie die Gründung sowjetischer Aktiengesellschaften (ab Anfang 1946) schufen einen dominanten staatlichen Sektor in der Volkswirtschaft der SBZ, der diese bis 1990 prägen sollte. Zusätzlich vollzog sich mit der Bodenreform ab September 1945 und der späteren Kollektivierung 1952 bis 1960 auch in der Landwirtschaft eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse.

Die Rote Armee begann bald nach ihrem Einmarsch mit Beschlagnahmen, die sich auf alle Rüstungswerke, öffentlichen Regiebetriebe, Unternehmen der Schlüsselindustrie, Versorgungsbetriebe, Rohstoff- und Fertigwarenlager, Banken, Versicherungen und auf alle Führungs-Unternehmen von überbetrieblichen Unternehmenszusammenschlüssen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften erstreckten. Diese „Beuteaktionen" wurden offiziell weder registriert noch später auf die Reparationen angerechnet, gleichwohl können sie als Beginn der Demontagen gewertet werden, die offiziell ab Mitte des Jahres 1945 begannen.

DEMONTAGEN UND REPARATIONEN

Die vier Alliierten Mächte hatten als oberste Instanz den Alliierten Kontrollrat mit Sitz in Berlin errichtet, der nur bei einstimmiger Beschlussfassung handeln konnte. Gleichzeitig übte jeder der alliierten Militäroberbefehlshaber in seiner Besatzungszone eigenverantwortlich die Besatzungsherrschaft aus. Unter anderen war geregelt worden, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche zunächst aus ihrer eigenen Besatzungszone befriedigen sollte.

Bereits vor dem Abmarsch der amerikanischen Truppen waren wichtige Industrieausrüstungen und wissenschaftlich-technische Apparaturen aus Leipziger Betrieben und Einrichtungen entnommen worden. Die amerikanische Besatzungsmacht nahm, teilweise unter Ausübung von Druck, außerdem wissenschaftliche Kräfte, Konstrukteure und Ingenieure mit in die westlichen Besatzungszonen und später in die USA.

Unmittelbar nach der militärischen Besetzung durch die Rote Armee gingen mehrere Demontagewellen, die anfangs eher wahllos, später gezielt wichtige Unternehmen betrafen, über die SBZ. In den Jahren 1945/46 war im besonderen Maß auch die Stadt Leipzig betroffen. Die Demontagen von Fabrikanlagen wurde durch die Gründung Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) ersetzt, die ursprünglich zur Demontage vorgesehene Betriebe übernahmen. Lieferungen aus der laufenden Produktion bei den Reparationsleistungen stellten aufgrund der Höhe und der kurzfristigen Terminstellung bei teilweise drastischen Sanktionen im Falle der Nichterfüllung eine enorme quantitative sowie qualitative Belastung dar. „Befehlsverstöße" gegen die von der sowjetischen Militärverwaltung auferlegten Demontagen und Reparationen waren nach Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3. Dezember 1945 im Schnellverfahren als Diversions- und Sabotageakte mit bis zu 15 Jahren Gefängnis, in schweren Fällen mit der Todesstrafe zu ahnden.

13.8.1946

Lfd. Nr.	Name und Anschrift der Firma	Erzeugung	G-Betr. 6.Dez.	Wiederanlauf Anfg.	Wiederanlauf Ltd.	Wiederanlauf Bew.	Wiederanlauf gest.	Wiederanlauf gen.	Wiederanlauf empf.	Bemerkungen: 21
1.	"Artur" Alfons Chwalisewski, Leipzig O.3, Gerichtsstr.	Auto-Separator	100%		nein		nein		ja	
2.	Alb-Gewächshaus GmbH, Leipzig N 22 Schönauer Weg 161 mit 5 Zweigwerken in Leipzig	Reparatur v. Gegenstände	100%		16.5. 46		nein		nein	
3.	Atlas-Werke Kurt & Ingeb Gruhl, Leipzig O.27, Gohlisschaestr.69	Schuhmasch.	100%		19.7. 46		nein		ja	
4.	Beton-u.Steinwerk AG Leipzig W33, Becker-str.3	Betonbau			nein		nein		ja	nur Baumasch. demontiert
5.	Oscar Brandstetter Leipzig C 1 Tauborstr.	Graph.Grosse-betrieb			nein		nein		ja	nur kleines Zweigwerk demontiert
6.	Büssing-NAG Vereinigte Nutzkraftwagen AG, Leipzig N 26, Lindenstr.99	Separator von Lkw	100%		nein		nein		ja	zum.Betrieb
7.	Cyriaxus & Mitzel Leipzig N 21 Eisenbahnallee 63	Holzwerkw-fabrik spez.	100%		3.6. 46		nein		ja	
8.	A.Degner Leipzig O 1 Selmannstr.4	Fensterfa-brik u. Bautischler-ei	100%		18.5. 46		nein		ja	
9.	Deutsche Armaturen-fabrik Rich.A Max Rost, Leipzig O.3, Naturstr.35	sen.Arma-turen	95%		23.5. 46		nein		ja	
10.	Deutsche Holzwerk. Masch.Fabrik Jacobi & Kiesbau, Leipzig N 35, Franz-Flemming-Str.25	Holzwerk. Masch.Fabr.	100%		8.5. 46		nein		ja	
11.	J.A.Stotzold, Leipzig N 35, Franz-Flemming-Str.9	Drahtstift-fabrik	100%		nein		nein		nein	
12.	Dyckerhoff & Widmann Leipzig N 35, Plauter.42	Tief- und Hochbau			nein		nein		ja	54 div.Ma-schinen de-montiert
13.	G.Uhlhorn, Leipzig O 5 Heinrichstr.14	Maschinen für Turbon-fabr.	100%		26.4. 46		nein		ja	

-2-

Am 12. August 1946 meldete der Rat der Stadt Leipzig an die Landesverwaltung Sachsen die vollständige oder teilweise Demontage von 66 Leipziger Betrieben. Viele Firmen stellten trotz der fast 100-prozentigen Entnahme von Maschinen, Anlagen und Rohstoffen einen Antrag auf Fortsetzung der Produktion.

Reparationsleistungen der Stadt Leipzig 1945/46
Stand 15. Juli 1946

Gesamtsoll 1945/1946	**116.472.986 RM**
abzgl. der Aufträge von 8 demontierten Betrieben	5.205.761 RM
abzgl. Demontage und Produktionsstörung Fa. Spieß	304.850 RM
Soll	**100.962.375 RM**
Gesamtsoll 1945/1946	**35.395.294 RM**
Fertiggestellt bis 30.06.1946	21.030.274 RM
zzgl. Beschlagnahmen bei Reparationsfirmrn bis Juni '46	749.478 RM
Erfüllungsstand 30.06.1946	**21.779.752 RM**
Plan 1947	**6.490.193 RM**

Reparationsaufträge

Auf Befehl der Russischen Militär-Kommandantur haben sich sämtliche Betriebe des Stadt- und Landkreises Leipzig in der Zeit vom 14.—16. 1. 1946, von 8—18 Uhr, bei der Wirtschaftskammer Leipzig (Industrie- und Handelskammer), Leipzig C 1, Lessingstr. 7, Zimmer 6, zu melden und die Aufträge registrieren zu lassen. Die Aufträge sind bei der Registrierung vorzulegen. Nichtbefolgung des Befehles zieht Maßnahmen seitens der Kommandantur nach sich.

Wirtschaftskammer Leipzig
(Industrie- und Handelskammer Leipzig)

Die Firma Chr. Mansfeld in der Riesaer Straße wies zum Kriegsende schwere Schäden auf. Sie wurde auf der Grundlage des Befehls Nr. 124 der SMAD enteignet und unter sowjetische Verwaltung gestellt.

Verpacken von Maschinen für Reparationszwecke.

Die Firma Louis Schopper (später VEB Werkzeugmaschinenfabrik), in der Alfred-Kästner-Straße 69, gehörte zu den von der sowjetischen Militärverwaltung als „Sowjetische Aktiengesellschaft" (SAG) geführten Betrieben.

Bodenreform

In der Landwirtschaft gründete sich der Wandel in den Eigentumsverhältnissen auf die Bodenreform, die im Herbst 1945 durch aufwändige Propagandaaktionen von SMAD und KPD eingeleitet wurde. Die Enteignung des Großgrundbesitzes war eine der Hauptforderungen des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945 und sollte auf persönliche Anweisung Stalins unverzüglich durchgeführt werden. Die SMAD überließ der KPD und den deutschen Verwaltungsbehörden die Anordnung und Durchführung der Maßnahme. Maßstäbe zur Durchführung der Bodenreform hatte bereits die konstituierende Sitzung des Blocks antifaschistisch-demokratischer Parteien am 29. August 1945 in Sachsen gesetzt. Privater Bodenbesitzes durfte die Höchstgrenze von 100 Hektar nicht übersteigen. Enteignet wurden aber nicht nur die über diese Marke hinausgehenden Bodenflächen, sondern der jeweilige Gesamtbesitz. Eine Entschädigung war nicht vorgesehen. Prinzipiell enteignet werden sollten darüber hinaus Wirtschaften und Inventar von NS-Aktivisten und Kriegsverbrechern, unabhängig von deren Größe. In der SBZ galt (adliger) Großgrundbesitz als Hort des deutschen Militarismus, dem de facto durch die Bodenreform die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden sollte.

Am 10. September 1945 erließ die Landesverwaltung Sachsen die „Verordnung über die Durchführung der Bodenreform im Land Sachsen". Die sächsische Verordnung diente später als Vorlage für die anderen Länder und Provinzen; unter der Losung „Junkerland in Bauernhand" wurden landesweite Enteignungen eingeleitet, bei denen die Betroffenen ihr gesamtes Privatvermögen verloren und von ihrem ehemaligen Besitz vertrieben wurden.

Das beschlagnahmte Land kam mit staatlichem Grundbesitz in einen Bodenfonds, aus dem vor allem Landarbeiter, landlose oder landarme Bauern sowie „Umsiedler" (aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie oder dem Sudetengebiet) ohne Prüfung ihrer Eignung vielfach zu klein geratene Parzellen mit Inventar als Privateigentum erhielten. Ein Drittel des Bodenfonds bewirtschafteten Länder, Kreise und Gemeinden als Volkseigene Güter (VEG). Einige Güter blieben in unmittelbarer Verwaltung der Besatzungsmacht und dienten deren Versorgung. Die Enteignung der Großgrundbesitzer beseitigte in der SBZ gleichzeitig die jahrhundertealte Agrarverfassung. Es entstanden vergleichsweise kleine und damit ökonomisch schwache Neubauernwirtschaften, die allerdings auch für Flüchtlinge und Vertriebene eine neue Existenzgrundlage schufen. Ein niedrigeres Ablieferungssoll und ein privilegierter Zugang zu Maschinen und Ausrüstungen dienten der Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung kleiner und mittlerer Bauern gegenüber den Betreibern größerer Höfe. Seit Herbst 1945 entstanden „Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe" (VdgB), die genossenschaftlich die Bodenreform durch Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), Produzentengemeinschaften, Reparaturwerkstätten, gemeinsame Saatgut- und Düngemittelverwaltung, Kreditvergabe u.a. absichern sollten.

00081

Leipzig, 15. September 1945

Informationsblatt

Nr. 31. Preis 30 Pfennig

Amtliches Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Leipzig und des Landrates zu Leipzig

MIT GENEHMIGUNG DES MILITÄR-KOMMANDANTEN DER STADT LEIPZIG

Verordnung der Landesverwaltung Sachsen:

Liquidierung des Großgrundbesitzes

Aufteilung der Rittergüter – Schaffung neuer Bauernhöfe

Verordnung über die landwirtschaftliche Bodenreform vom 11. September 1945

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Großgrundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern und Landarbeiter, darunter auch an diejenigen deutschen Bauern, die aus anderen Staaten umgesiedelten, hat die Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen folgende Verordnung beschlossen:

Artikel 1

Artikel 2

Artikel 3

Artikel 4

Artikel 5

Artikel 6

Artikel 7

Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen

Der Präsident Friedrichs, der 1. Vizepräsident Fischer,
die Vizepräsidenten Dr. Lenhardt, Dr. Uhlig, Prof. Dr. Woldt, Rohner

Der im Zuge der Bodenreform verteilte Besitz an Acker- und Waldflächen war in Leipzig verhältnismäßig gering. Mehr Flächen wurden durch die „Brachlandaktion" gewonnen, bei der nicht genutzte Flächen geteilt und in kleineren Einheiten an Siedler zum Kartoffel- und Gemüseanbau vergeben wurden. Für die Zuteilung von Land- oder Gartenflächen musste der Erwerber vorab seine antifaschistisch-demokratische Grundhaltung belegen bzw. seine politische Unbedenklichkeit gegenüber den Mitgliedern der Bodenkommissionen nachweisen. Ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wurden dagegen im Zuge der Entnazifizierung Gärten in den Kleingartenvereinen entschädigungslos entzogen.

Landwirtschaftliche Arbeiten (Getreidedreschen) auf einem Bauernhof.

Die von Kurt Birnbaum verfasste Broschüre wurde von der KPD, Bezirk Sachsen, herausgegeben und enthielt u. a. einen Abdruck der „Forderung der antifaschistischen Parteien des demokratischen Blocks" zur Durchführung der Bodenreform sowie Erläuterungen zur Verordnung der Landesverwaltung. Bereits im Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 wurde die „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter, der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres gesamten Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- und Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern" gefordert.

Ergebnisse der Bodenreform in der Stadt Leipzig

Im gesamten Stadt- und Landkreis Leipzig gab es 49 Güter mit je über 100 Hektar Land (insgesamt 5.057 ha); davon gehörten 14 Güter der Stadt Leipzig oder waren Bestandteil von Stiftungen, die die Stadt Leipzig verwaltete (2.880 ha).

IN LEIPZIG AUFGETEILT WURDEN:
• • • Grundbesitz der Fa. Rudolf Sack • • • Grundbesitz der Fa. Zickmantel • • • Grundbesitz der Leipziger Westend-Baugesellschaft • • • Grundbesitz der Ebersteinschen Mariannenstiftung • • • Rittergüter Abtnaundorf, Großzschocher und Paunsdorf • • • Städtische Güter in Klinga, Canitz, Taucha, Naunhof u. a. • • • sowie 42 ha Boden aus dem Besitz von politisch belasteten Personen.

ES ERHIELTEN LAND:
• • • 198 Neubauern je 5 ha • • • 106 Gärtner je 1 ha • • • 1.009 Siedler je 100 qm.
Damit wurden an 1.313 Familien rund 1.196,9 ha Land aus dem Bodenfonds der Stadt Leipzig verteilt. Außerdem erhielten in den Landgemeinden aus stadteigenem Besitz 150 Neubauern 764 ha sowie einzelne Siedler weitere 471,1 ha Boden.

Volksentscheid in Sachsen

Mit den Befehlen Nr. 124 und 126 vom 30. Oktober 1945 begann die SMAD die grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft. Sie verfügte die Beschlagnahme des gesamten Eigentums des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie der Wehrmacht. Betroffen waren jedoch nicht nur Unternehmen aktiver Nationalsozialisten und der Kriegsverbrecher (Sequestrierung), sondern darüber hinaus wurde jeder Betrieb enteignet, der mittelbar oder unmittelbar Aufträge der Wehrmacht erhalten hatte. Außerdem sollten „Personen, die von dem sowjetischen Militärkommando durch besondere Listen oder auf andere Weise bezeichnet" wurden, ebenfalls enteignet werden. Oft diente eine angebliche politische Belastung des Betriebseigentümers durch Denunziationen als Vorwand für den Eigentumsentzug. Die von November 1945 bis April 1946 beschlagnahmten Firmen mussten bis zur endgültigen Entscheidung über die Enteignung unter der Aufsicht von eingesetzten Treuhändern weiter produzieren.

Zur Legalisierung der Enteignungen leitete die KPD eine Kampagne zur Sozialisierung und Planung der Wirtschaft ein, die in einen Volksentscheid in Sachsen mündete. Der von der Landesverwaltung zum Volksentscheid vorbereitete Gesetzesentwurf „über die Übergabe von Betrieben der Nazi- und Kriegsverbrecher in das Eigentum des Volkes" wurde durch den Volksentscheid vom 30. Juni 1946 legitimiert, bei dem sich rund drei Viertel der Abstimmungsberechtigten für die entschädigungslosen Enteignungen aussprachen. Danach wurden insgesamt 1.730 Betriebe in das Eigentum der Landesverwaltung Sachsen, der Selbstverwaltungen der Stadt- und Landkreise und der Stadt- und Dorfgemeinden, der Genossenschaften oder Gewerkschaften überführt. Aus vorwiegend kleineren Betrieben wurden später „Kommunale Wirtschaftsunternehmen" (KWU) gebildet. Die Konsumgenossenschaften gliederten hauptsächlich Nahrungsmittelbetriebe ein.

Die Beendigung des Sequesterverfahrens in der SBZ wurde durch den Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 eingeleitet, der jede weitere Sequestrierung von Eigentum verbot. Trotzdem fanden bis 1952 weitere Enteignungen durch die deutschen Behörden statt, die von der SMAD geduldet wurden.

Mit dem Befehl Nr. 167 der SMAD vom 5. Juni 1945 erfolgte die Übernahme der 1945 unter Militärverwaltung gestellten Betriebe in sowjetisches Staatseigentum. Zu diesen „Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) gehörte auch ein Teil der durch den Sequester-Befehl Nr. 124 neu beschlagnahmten Betriebe. Den Übergang von Industrieunternehmen in SAG-Eigentum sah die Militärverwaltung als Teil der Befriedigung der Reparationsansprüche der UdSSR an.

Werbetafel in der Innenstadt, Nähe Hauptbahnhof.

Sichtwerbung zum Volksentscheid, Frühsommer 1946.

Oberbürgermeister Dr. Erich Zeigner bei der Stimmabgabe am 30. Juni 1946 im Wahllokal (Schule am Nordplatz).

Leipziger!

Vollzieht das Volksgericht!

Am 30. Juni entscheidet die Leipziger Bevölkerung über ihre Kriegsverbrecher. Es geht um die friedliche Arbeit des Volkes, es gilt den demokratischen Neuaufbau zu sichern. Die Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher ist zur nationalen Notwendigkeit geworden. Der Krieg und die zwölfjährige Nazizeit haben unserer Heimatstadt die größten Schrecken gebracht. Von 225000 Wohnungen sind 50000 zerstört. Gibt es einen eindeutigeren Beweis für die Schuld derjenigen, die den Krieg organisiert und unterstützt haben? Auf 100 männliche Einwohner zwischen 19 und 50 Jahren kommen in unserer Stadt 211 Frauen und Mädchen. Wo sind die Männer und Jünglinge geblieben? Krieg und KZ haben sie gemordet! Täglich neu erleben wir die bösen Auswirkungen des Krieges. So wie die Kriegsverbrecher in Nürnberg müssen wir die bestrafen, die ihre Betriebe in den Dienst des faschistischen Krieges stellten.

Die Bestrafung der Kriegsverbrecher ist unsere Absage an die Nazivergangenheit

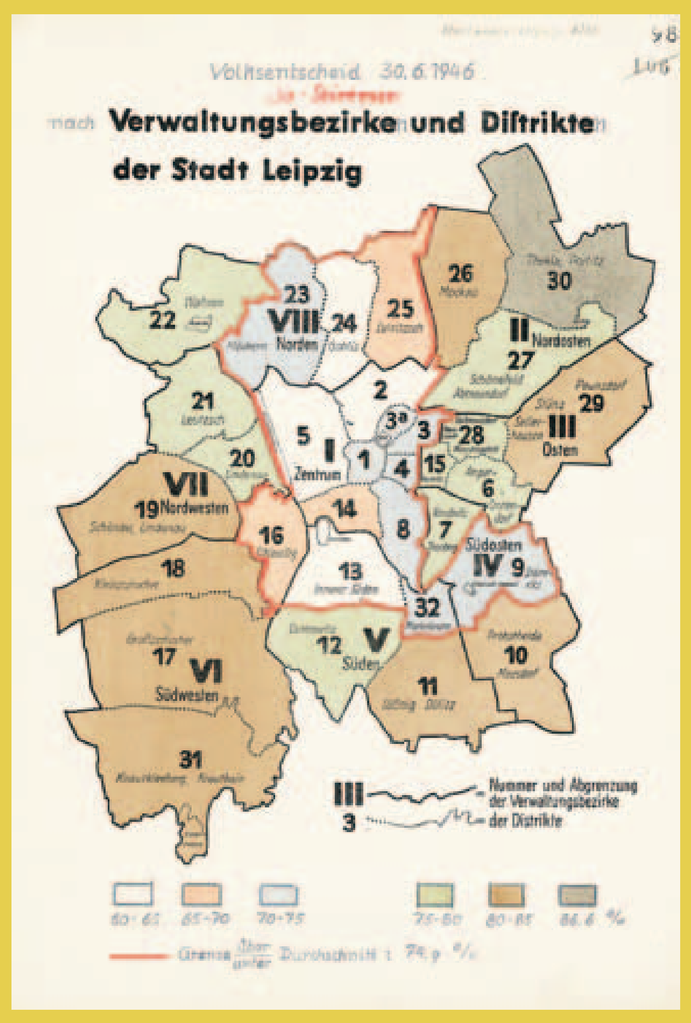
ist der erste Schritt zum demokratischen Leben. Deshalb ist unser »Ja« zum Volksentscheid auch ein Bekenntnis für die Sicherung des Friedens. Wenn die Besatzungsbehörde die beschlagnahmten Unternehmen von Kriegsverbrechern und aktiven Verfechtern faschistischer Kriegspolitik dem Volke zur Verfügung stellt, so würdigen wir diese hochherzige Handlung vollauf und betrachten es als unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe in den Dienst der Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse gestellt werden. In zwei Weltkriege haben uns die Militaristen und Kriegsgewinnler gestürzt; und diese Feinde des Volkes werden ihr Verbrechen wiederholen, solange wir ihnen ihre wirtschaftlichen Machtmittel belassen. Die drei antifaschistischen Parteien und der FDGB sind sich einig, daß mit der Entmachtung der Kriegsverbrecher die Festigung einer friedlichen und demokratischen Entwicklung gesichert ist. Der mit »Ja« erst Wirklichkeit gewordene Volksentscheid ist das gerechte Urteil über die Kriegsverbrecher. Mit dem Volksentscheid beseitigen wir die Wurzel jeder Kriegsstiftung. Der Volksentscheid dient dem friedlichen und demokratischen Neuaufbau Deutschlands.

Die Leipziger Bevölkerung stimmt deshalb auch nur mit »Ja«!

SED LDP CDU FDGB

Ein Großteil der Leipziger Betriebe und Unternehmen war bereits gemäß Befehl Nr. 124 der SMAD im Rahmen der „Sequestrierungen" beschlagnahmt wurden. Ein Teil der Betriebe wurde an die Eigentümer zurückgegeben. 57 Betriebe bleiben unter Zwangsverwaltung der SMAD und wurden beim Volksentscheid in der „Liste C" ausgewiesen. Zu diesen Unternehmen gehörten v.a. Firmen aus der Metall- aber auch aus der Textilbranche (z. B. Kammgarnspinnerei Stöhr & Co, Leipziger Wollkämmerei), dem Verlagswesen (Verlag J.J. Weber) oder der Nahrungsmittelproduktion (Fleischwarenfabrik Otto Berthold).

Züge der Leipziger Straßenbahn wurden zu allen Zeiten bei politischen Höhepunkten zu Werbeträgern umfunktioniert. Dies setzte sich auch nach dem Kriegsende, wie zur propagandistischen Vorbereitung des Volksentscheids, fort.



In Leipzig waren 428.106 Personen als Stimmberechtigte zum Volksentscheid zugelassen. Nicht abstimmen durften über 4.600 Personen, denen wegen politischer Belastung das Stimmrecht entzogen worden war. Am Volksentscheid beteiligten sich 92,0 Prozent der Stimmberechtigten. Bei ca. 23.000 ungültigen Stimmen votierten 74,9 Prozent der Stimmberechtigten mit „Ja" für die Durchführung der Enteignungen (280.592 Stimmen), rund ein Viertel der abgegebenen Stimmen (93.894 = 25,1 Prozent) waren gegen die vorgesehenen Enteignungen.

Die Grafik weist aus, in welcher prozentualen Höhe die Stimmabgabe mit „Ja" in den Leipziger Verwaltungsbezirken erfolgte und hebt Bezirke hervor, die über dem Stadtdurchschnitt von 74,9 Prozent lagen.

In Leipzig wurden über 100 Betriebe in der Liste A erfasst und enteignet. Bei der Abstimmung konnte nicht über einzelnen Firmen entschieden werden, die Stimmabgabe mit „Ja" oder „Nein" erfolgte pauschal als Zustimmung oder Ablehnung zum Verfahren. Im Ergebnis des Volksentscheids wurden in Leipzig 104 Betriebe mit über 10.000 Beschäftigten in Volkseigentum überführt.

Wirtschaftlicher Neuanfang

Ein kaum zu bewältigendes Problem entstand aus der Vertreibung der alten Wirtschaftselite und der Flucht von Fachkräften in den Westen. Die neuen ökonomischen Führungskräfte wie auch die Planungskader waren meist nur unzureichend ausgebildet und mussten in Schulungskursen erst für ihre Aufgaben qualifiziert werden. Sowohl der Mangel an Fachleuten als auch die materiellen Verluste der Wirtschaft durch Kriegszerstörungen, Reparationen und Demontagen erwiesen sich als schwere Hypothek für den Wiederaufbau in der SBZ.

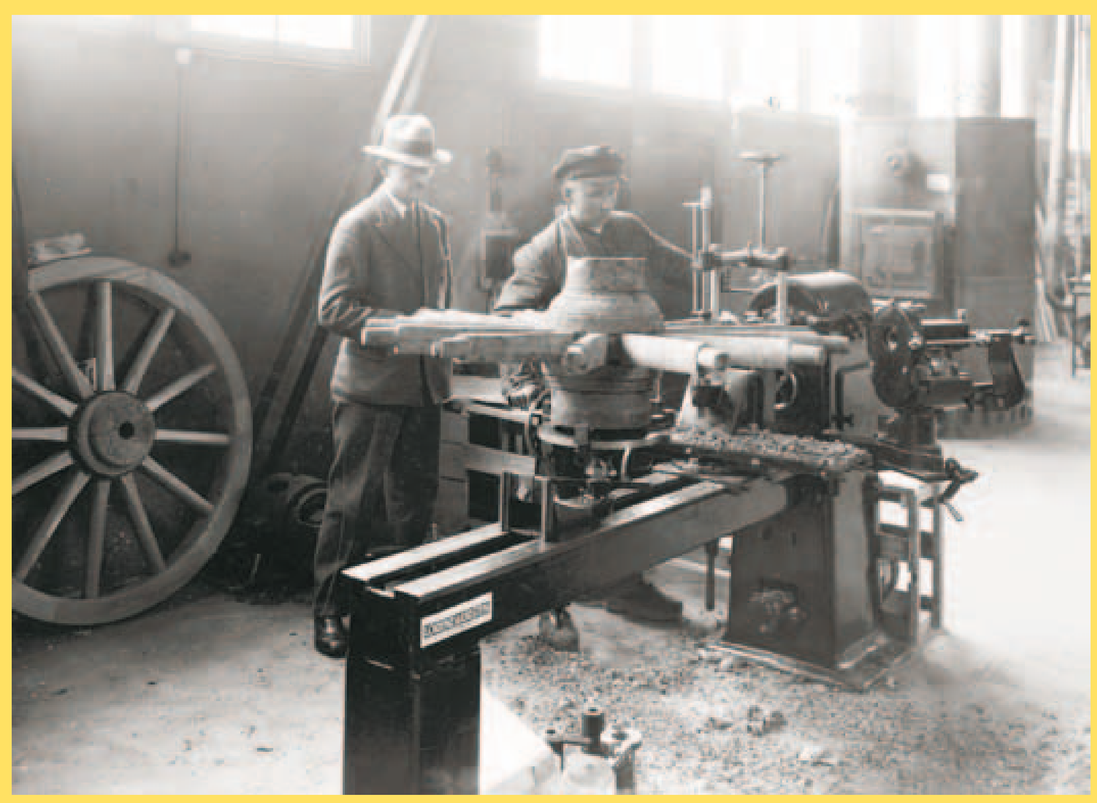
Der Überhang an Bargeld und Buchgeld in Reichsmark und die Sperrung der Sparguthaben in der SBZ im Zusammenhang mit der Bankenschließung 1945 erschwerten den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der Volkswirtschaft zusätzlich. Die Haushalte der Städte und Gemeinden und der Landesverwaltungen in der SBZ mussten nicht nur den Reparationsforderungen nachkommen und die Besatzungskosten finanzieren, sondern die zentral von der SMAD gesteuerten Investitionen zudem vorwiegend in den Betrieben einsetzen, die Lieferungen in die Sowjetunion zu leisten hatten.

Blick in eine Gießereihalle, 1946.

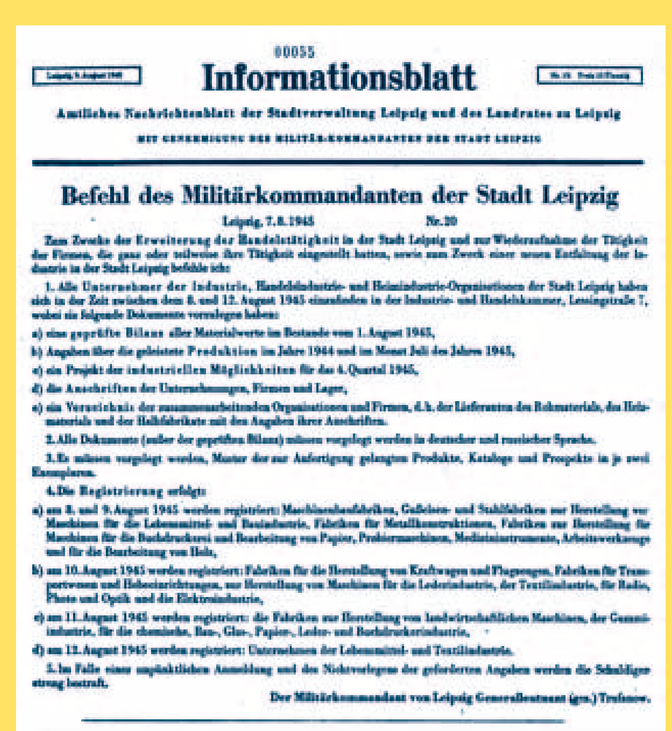
Besichtigung landwirtschaftlicher Geräte der Fa. Rudolf Sack auf dem Gelände der Technischen Messe. Die Firma Rudolf Sack stand ebenfalls unter sowjetischer Verwaltung.

Werbung der Firma Gotthard Köhler, Kraftfahrzeuge, Zugmaschinen. Handlung und Reparaturen, Inselstraße 28.

Bergen von Maschinen aus dem Schrott, 1946. (Aufnahme Karl-Heinz Mai; Fotothek Karl Detlef Mai).



Vorführung von Maschinen der Fa. Lorenz & Kirsten auf der Leipziger Messe.



00055

Informationsblatt

Amtliches Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Leipzig und des Landrates zu Leipzig

MIT GENEHMIGUNG DER MILITÄR-KOMMANDANTEN DER STADT LEIPZIG

Befehl des Militärkommandanten der Stadt Leipzig

Leipzig, 7.8.1945 Nr. 20

Zum Zwecke der Erweiterung der Handelstätigkeit in der Stadt Leipzig und zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Firmen, die ganz oder teilweise ihre Tätigkeit eingestellt hatten, sowie zum Zwecke einer neuen Entfaltung der Industrie in der Stadt Leipzig befehle ich:

1. Alle Unternehmer der Industrie, Handelsindustrie- und Heimindustrie-Organisationen der Stadt Leipzig haben sich in der Zeit zwischen dem 8. und 12. August 1945 einzufinden in der Industrie- und Handelskammer, Lessingstraße 7, wobei sie folgende Dokumente vorzulegen haben:

a) eine geprüfte Bilanz aller Materialwerte im Bestande vom 1. August 1945,

b) Angaben über die geleistete Produktion im Jahre 1944 und im Monat Juli des Jahres 1945,

c) ein Projekt der industriellen Möglichkeiten für das 4. Quartal 1945,

d) die Anschriften der Unternehmungen, Firmen und Lager,

e) ein Verzeichnis der zusammenarbeitenden Organisationen und Firmen, d.h. der Lieferanten des Rohmaterials, des Hilfsmaterials und der Halbfabrikate mit den Angaben ihrer Anschriften.

2. Alle Dokumente (außer der geprüften Bilanz) müssen vorgelegt werden in deutscher und russischer Sprache.

3. Es müssen vorgelegt werden, Muster der zur Anfertigung gelangten Produkte, Kataloge und Prospekte in je zwei Exemplaren.

4. Die Registrierung erfolgt:

a) am 8. und 9. August 1945 werden registriert: Maschinenbaufabriken, Gußeisen- und Stahlfabriken zur Herstellung von Maschinen für die Lebensmittel- und Bauindustrie, Fabriken für Metallkonstruktionen, Fabriken zur Herstellung für Maschinen für die Buchdruckerei und Bearbeitung von Papier, Prägemaschinen, Medizininstrumente, Arbeitswerkzeuge und für die Bearbeitung von Holz,

b) am 10. August 1945 werden registriert: Fabriken für die Herstellung von Kraftwagen und Flugzeugen, Fabriken für Transportwesen und Hebeeinrichtungen, zur Herstellung von Maschinen für die Lederindustrie, der Textilindustrie, für Radio, Photo und Optik und die Elektroindustrie,

c) am 11. August 1945 werden registriert: die Fabriken zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, der Gummiindustrie, für die chemische, Bau-, Glas-, Papier-, Leder- und Buchdruckerindustrie,

d) am 12. August 1945 werden registriert: Unternehmen der Lebensmittel- und Textilindustrie.

5. Im Falle einer unpünktlichen Anmeldung und des Nichtvorlegens der geforderten Angaben werden die Schuldigen streng bestraft.

Der Militärkommandant von Leipzig Generalleutnant (gez.) Trufanow.

Wiederbelebung der Messetraditionen

MUSTERSCHAU 1945

Nach Kriegsbeginn 1939 fand die Leipziger Messe zunächst noch regulär zweimal im Jahr statt und wurde erst auf Verfügung der Reichsregierung 1942 abgesetzt. Von da an diente das Gelände der Technischen Messe der Unterbringung von Rüstungsbetrieben, die in das vermeintlich bombensichere Leipzig verlegt worden waren.

Nach dem Kriegsende war es nicht möglich, sofort an die Traditionen Leipzigs als internationale Messestadt anzuknüpfen. Das Gros der Messehäuser in der Innenstadt und der Hallen auf dem Gelände der Technischen Messe lag durch die Bombardements seit 1943 in Trümmern.

Im Interesse des wirtschaftlichen Austausches zwischen den Besatzungszonen wies der Leipziger Stadtkommandant Generalleutnant Trufanow im August 1945 an, „zur Wahrung der örtlichen Tradition der Messe eine Musterschau von Friedenswaren aller Art von Leipziger Firmen“ zu organisieren. Diese fand vom 18. bis 23. Oktober 1945 als „Musterschau Leipziger Erzeugnisse“ in einer wiederhergestellten Halle der Technischen Messe und Baumesse sowie auf dem angrenzenden Freigelände unter Beteiligung von 751 Firmen, vorwiegend aus der Klein- und Mittelindustrie aus Leipzig und Umgebung, statt. Die Ausstellung zählte rund 89.250 Besucher, davon kamen 28.000 von auswärts.

Blick in die Ausstellung zur Leistungsschau Leipziger Betriebe auf dem Messegelände.

Zur Musterschau Leipziger Erzeugnisse vom 18. bis 21. Oktober 1945

Halle 21 a des Messegeländes stellt aus:

Adressen-Verlag Carl Rasch
Vervielfältigungen, Fotokopien
Leipzig C 1, Felixstraße 3, Ecke Schützenstraße, Ruf 6 12 45

alja
fertigt aus Ihren Stoffen u. repariert
Leibbinden, Hüftformer
Annahme 14—18 Uhr
Untergrundmessehalle, Koje 72

Atlas-Werke
Kurt & Magda Grohl
Schuhmaschinen, Landmaschinen
Leipzig O 27, Schönbachstraße 65
Ruf 6 43 86

Hugo Aurig G.m.b.H.
Kartonnagen- u. Wellpappenfabrik
Engelsdorf b. Leipzig
Ruf 4 17 66, 4 17 67

Auto-Kühler G.m.b.H.
Leipzig N 21, Delitzscher Str. 34b
Ruf 5 43 71

Otto Barth
Kürschnerei
Leipzig C 1, Ritterstraße 15

Berger & Wirth
Druckfarbenfabrik
Leipzig N 24, Waldbaurstraße 3
Ruf 6 42 81

Bleichert-Transportanlagen
G. m. b. H., Leipzig

Felix Böttcher
Druckwalzenfabrik
Leipzig O 27, Schönbachstraße 91
Ruf 6 43 81

Gebrüder Brehmer
Papierverarbeitungsmaschinen
Leipzig W 31, Karl-Heine-Str. 107-111
Ruf 4 40 91

Curt Brömmer
Leipzig C 1, Postfach 280
Mehrfarbiges Millimeterpapier D.R.P.
Zum Aufbau ca. 35 % Arbeitszeitersparnis
Ausstellungsgelände in der Halle 21 A, Gruppe 9

Walther Bühnert
Fabrik für Werbebedarf
Pappen und Papiere für Bau- und Dekorationsbedarf, Stanzbuchstaben / Preisschilder / Schaufensterblickfänge / Dekorationsmaterial
Leipzig O 1, Ranstädter Steinweg 28-33

Diesings Fabrik vegetabiler Präparate
Leipzig N 21, Bleicherstraße 3
Ruf 5 66 68, 5 66 69

Paul Engelmann G.m.b.H.
Fahrzeugfedern
Leipzig N 21, Delitzscher Str. 15-17
Ruf 5 50 42

FELSCHE-SCHOKOLADEN
seit 1821

Rudolf Fiedler
Fabrik chem.-techn., pharmazeut. und kosm. Produkte
Leipzig S 3, Kronprinzstraße 74
Ruf 3 32 95

Gelo-Gummiwaren
Gerhard Loose
Leipzig W 33, Lindenauer Markt 2
Telephon 4 58 33

Gerischer & Schröder
Leipzig O 27, Ferd.-Jost-Str. 39
Holzbearbeitungs-Maschinen

Gliata-Krawattenfabrik
Felix Lips
Leipzig C 1, Hainstraße 16

Rosa Graf
Leipzig C 1, Barfußgasse 2-8
Kosmetische Spezialpräparate

Albert Heine
Fabrik feiner Lederwaren
Leipzig N 22, Schillerweg 34
Ruf 5 13 60

Dr. Th. Horn
Leipzig W 34, Dieskauerstraße 155
Fabrik elektr. Messinstrumente, Tachometer, Kleinelektromotoren

Hupfeld-Zimmermann A.-G.
Möbel und Haushaltgeräte
Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig
Ruf 4 46 91

IDEA-Maschinenfabrik
Hans Michaelis
Bleistiftspitzmaschinen
Papierschneidemaschinen
Reißschienenführungen
Leipzig O 5, Lilienstr. 25, Ruf 6 53 43

Janick & Klein
Chem.-techn., kosmet. u. pharm. Fabrikation
Leipzig C 1, Otto-Schill-Str. 3—5
Tel. 3 17 94

Fritz Jähnig
Kürschnermeister
Fachgeschäft für eleg. Pelzmoden
Leipzig C 1, jetzt König-Johann-Str. 2 (Eingang Frankfurter Str.)
Fernruf 4 15 16

C. F. Kahnt
Musik- u. Buchverlagswerke
Leipzig W 31, Karl-Heine-Str. 10
Ruf 4 06 00

Kerzler & Dittelbach
Elektrotechn. Zubehör für Bagger und Krane
Böhlitz-Ehrenb., Ludwig-Hupfeld-Straße 6, Ruf 4 30 56 / 4 30 96

Otto Kirchhof
Inh. Dipl.-Kfm. Otto Kirchhof
Vertretungen und Großhandel in Werbe- und Verpackungsmitteln
Neue Anschrift: Leipzig C 1, Fregestr. 33
Zur Musterschau: Halle 21a

Oscar Kirsten
Pelzwaren
Leipzig C 1, Kleine Fleischergasse 8
Treppe B, IV. Stock

Klotz, Wunderlich & Co.
Fabrik von Essenzen
Leipzig W 33, Lützner Straße 312
Ruf 4 34 16 und 4 34 49

Koch & Schilling
Schuhgelenke, Hinterkappen
Böhlitz-Ehrenberg
Friedrich-Engels-Straße 53
Ruf 4 25 58

Köllmann-Werke A.-G.
Leipzig O 5, Torgauer Straße 74
Zahnräder-Getriebe
Werkzeuge

Richard Krüger G.m.b.H.
Spezial-Hustenmittel
Krügerol
Leipzig W 33, Luppenstraße 24
Ruf 4 65 84

La Roche & Co.
Fabrik feiner Spirituosen und pharmaz. Tinkturen und Extrakte
Leipzig C 1, Hohe Straße 36

Gustav Lehmann G.m.b.H.
Ladenbau
und Geschäftseinrichtungen
Leipzig W 31, Ernst-Mey-Str. 11
Ruf 4 14 17

Leipziger Baumwollspinnerei
Textilien
Leipzig W 33, Spinnereistraße 7
Ruf 4 45 71 und 4 39 74

Leipziger Chromo-u. Kunstdruck-Papierfabrik vorm. Najork A.-G.
Chromo - Kunstdruckpapiere und -Karton, imprägnierte Papiere für Lebensmittelpackungen
W 31, Zschochersche Str. 46, Ruf 4 45 41

Leipziger Stahlfederfabrik Herm. Müller A.-G.
Schreibfedern
Leipzig W 33, Lützner Str. 134/36
Ruf 4 32 39

Leipziger Strohkranzfabrik Martin Lindner
Strohkränze
Leipzig N 21, Wittenberger Str. 60
Ruf 5 54 13

Paul Ludwig
Aromen und Essenzen
Leipzig S 3, Mathildenstraße 10
Ruf 3 18 75

Metallgußgesellschaft
Leichtguß und Haushaltgeräte
Leipzig W 33, Ruf 4 46 31

August Müller, Leipzig C 1
Briefumschlag- u. Papierausstatt.-Fabrik, Papiergroßhandlung
Dresdner Straße 17 — Ruf 6 55 44

Georg Nitzke & Co.
Kalte und keramische Abziehbilder für alle Zwecke
Leipzig W 31, Karl-Heine-Str. 55/59
Ruf 4 03 65

Chemische Fabrik
Heinz Pabst & Co., Komm.-Ges.
Leipzig C 1, Albertstraße 1
Pharmazeut. u. kosm. Erzeugnisse

Emil Plarre
Patentliegemöbel
Leipzig O 5, Kapellenstraße 11
Ruf 6 15 77

Irmgard Schäfer
Mode - Kunst - Handwerk
Leipzig C 1, Reichsstraße
Riquethaus, II. Stock

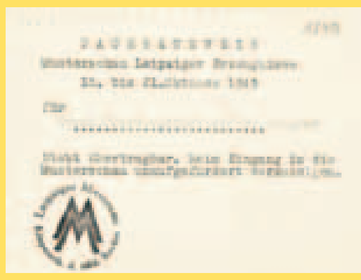
„Sprimag“ Spritzmaschinenbau
Otto Helarich, Engelsdorf
Friedrich-List-Str. Tel. 6 40 96

LLW
Leipziger Leichtmetallwerk Rackwitz
in vorderster Front beim Wiederaufbau
Walz- u. Strangpress-Halbzeuge aus Aluminium- u. Magnesium-Legierungen

Besuchen Sie unseren Stand auf der *Musterschau Leipziger Erzeugnisse* 18. bis 21. Oktober 1945, Halle 21 a
Wir beraten Sie gern und unverbindlich
Verlangen Sie den Besuch unseres Vertreters!
Leipziger Leichtmetallwerk Rackwitz
Rackwitz b. Leipzig *Telefon: Rackwitz 201*

Das Gelände der Technischen Messe, 1945.

Zu den Messebesuchern gehörten auch Vertreter der Besatzungsmacht.



Leipziger Musterschau

Brücke zwischen Hersteller und Erzeuger

Einer Durchführung der Leipziger Messe im alten Sinne stehen noch lange Zeit große Schwierigkeiten entgegen. Aber die Kräfte, denen sie Ursprung und Entwicklung verdankt, sind auch heute lebendig. Das zeigt die Leipziger Musterschau, die den Gedanken der Messe in diesem Augenblick wenigstens programmatisch verkünden und manifestieren will.

Die Schau soll zwischen Erzeuger und Verbraucher eine erste lebendige Brücke herstellen, sie soll zeigen, was unsere Stadt und unser Bezirk noch zu leisten imstande sind, sie soll Wege für unsere bessere Versorgung durch Anbahnung von Geschäften erschließen.

Ich hege die Hoffnung, daß die Musterschau Leipziger Erzeugnisse zu einem Meilenstein unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues wird!

Leipzig, den 17. Oktober 1945.

Dr. Zeigner
Oberbürgermeister

FRÜHJAHRSMESSE 1946

Aufgrund des Erfolges der Musterschau bestimmte der Oberste Chef der sowjetischen Militärverwaltung mit Befehl Nr. 58 vom 6. März 1946 die „Wiedereinführung der Leipziger Messe“. Die erste, als „Friedensmesse“ deklarierte Exposition fand vom 8. bis 12. Mai 1946 mit 2.771 Ausstellern, davon 2.531 aus der SBZ, 130 aus der amerikanischen, 82 aus der britischen und 28 aus der französischen Besatzungszone, statt. Für die Aussteller waren in der Innenstadt fünf Messehäuser sowie Flächen auf der Technischen Messe wiederhergestellt worden. Trotz der äußerst schwierigen Bedingungen durch Engpässe in der Lebensmittelversorgung, Transportschwierigkeiten und Probleme in der Strom- und Gasversorgung durch die Demontagen von Bahnanlagen und von Versorgungstechnik zählte die Frühjahrsmesse 1946 über 170.000 Besucher. Betrug das Auftragsvolumen bei der Musterschau 1945 lediglich 11,2 Millionen Reichsmark konnte dieses bei der Technischen und Konsumgütermesse 1946 bereits auf 150 Millionen Reichsmark gesteigert werden.

Haupteingang zur Technischen Messe.

Der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, Fritz Selbmann mit seiner Frau Käthe auf dem Weg zur Eröffnung der Leipziger Friedensmesse am 8. Mai 1946 im Schauspielhaus.

Messebetrieb auf dem Marktplatz, Mai 1946. Im Vordergrund der Werbekiosk der Leipziger Volkssolidarität.

Nachkriegsalltag

Bevölkerungsentwicklung / Demographische Veränderungen

Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu Bevölkerungsverschiebungen in einem bisher unbekannten Ausmaß. Den Einberufungen zur Wehrmacht und den Dienstverpflichtungen folgten Evakuierungen aus dem Westen und Osten Deutschlands. Besonders aus dem Ruhrgebiet strömten seit 1943 Tausende Evakuierte nach Mitteldeutschland und wurden auch in Leipzig aufgenommen. Nach dem ersten schweren Luftangriff auf die Messestadt am 4. Dezember 1943 evakuierten die NS-Behörden vor allem Leipziger Schulkinder, Frauen mit Kindern und ältere, nichtarbeitsfähige Personen in das Umland. Das Kriegsende mit der militärischen Besetzung Deutschlands und die Aufteilung in vier Besatzungszonen zogen wiederum umfangreiche Bevölkerungsbewegungen nach sich.

Trotz der hohen Zahl von Kriegstoten und Opfern des Nationalsozialismus nahm die Bevölkerungszahl in Leipzig zu. Allein von Januar bis Juli 1945 erhöhte sie sich von 477.676 auf 574.892 Personen. Kriegsbedingt hatte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Männern und Frauen stark verändert. Bei der Volkszählung am 3. November 1945 wurden in Leipzig 584.593 Personen, davon weiblich 351.019 (60,0 Prozent) und männlich 233.574 (40,0 Prozent), gezählt.

Bevölkerungszahlen, Wohnraum- und Gebäudeschäden

Das Stadtgebiet umfaßte 1940 eine Gesamtfläche von 14.112 ha.

BEVÖLKERUNGSZAHLEN:

1925:	679.159
1933:	713.470
1939:	707.365
1945:	584.593 (Stand November 1945)

BEVÖLKERUNGSDICHTE: Einwohner/qkm

1939:	9.800
1945:	8.100

WOHNUNGSBESTAND

am 31.12.1941: 224.720 Wohnungen

am 3.11.1945: 189.243 Wohnungen
(in 34.197 bewohnten Gebäuden
bewohnt von 244.596 Haushaltungen)

am 31.12.1945: 186.829 Wohnungen (mit 779.786 Wohnräumen)

DAUERVERLUSTE AN WOHNUNGEN DURCH KRIEGSEINWIRKUNGEN:

1943:	23.965
1944:	5.895
1945:	8.711

Anmerkung:
Angaben über Abbrüche und Neubauten von Grundstücken für die Jahre 1942 und 1943 sind nicht möglich, da die Unterlagen durch Kriegseinwirkung vernichtet wurden.

Quellen:
Statistisches Jahrbuch der Messestadt Leipzig. 9. Band 1929/1945. Hrsg. im Auftrag des Rates der Stadt Leipzig vom Statistischen Amt. Leipzig, 1948.
Messestadt Leipzig. Monatsberichte des Statistischen Amtes. Januar-März 1946. Leipzig, 1946;
Ergebnisse der Volkszählung vom 3. November 1943. Zusammengestellt vom Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, Dr. G. Harig. Hrsg. vom Nachrichtenamt der Stadt Leipzig. Leipzig, o.J. (Stadtarchiv Leipzig, ZGS. 1945-1990, Nr. 1198)

Wie das Geschäftshaus der Fa. Thorer und Co., Ritterstraße 31-35 ging ein Großteil der traditionellen Pelzgeschäfte und -firmen in der Innenstadt durch die Luftangriffe verloren. Die Firmen Thorer & Co, Rauchwarenzurichterei, und Theodor Thorer, Rauchwarenhandel, wurden beim Volksentscheid 1946 enteignet (siehe Liste A Nr. 72 und 73).

Die Ruine der Johanniskirche zum Kriegsende.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Messestadt Leipzig, 9. Band 1929/1945, im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig hrsg. vom Statistischen Amt, 1948, S. 26.

Ehemalige Fremd- und Zwangsarbeiter

Der Einmarsch der Amerikaner am 18. April 1945 und die Einstellung der Kampfhandlungen in Leipzig am 20. April 1945 beendete den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Raum Leipzig. Kurz darauf füllten sich die Krankenhäuser mit Ausländern aus allen Nationen. Besonders häufig mussten Tbc, allgemeine Erschöpfung und Mangelerscheinungen behandelt werden. Während sich viele der nunmehrigen Displaced Persons, soweit möglich, auf eigene Faust auf den Weg in die Heimat machten, waren alle ehemaligen Fremd- und Zwangsarbeiter, die vorerst nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, von den örtlichen Behörden mit Lebensmitteln und Bekleidung zu versorgen. Plünderungen durch Ausländer wurden aus Leipzig, Engelsdorf, Holzhausen und Kleinpösna gemeldet.

Die amerikanische Militärverwaltung versuchte seit Mai 1945 alle Displaced Persons aus Leipzig zu repatriieren und bestimmte deshalb einige Lager zu nach Nationen getrennten Sammelpunkten, in denen sich alle Ausländer einzufinden hatten. Dabei rechneten die amerikanischen Offiziere mit etwa 200.000 betroffenen Personen für den Distrikt (Stadt- und Landkreis) Leipzig. Im Verlauf des Monats Juni gelang es, einzelne Ausländergruppen (u.a. Niederländer und Polen, die nach Westen wollten) und fast alle Kriegsgefangenen zu repatriieren.

Die sowjetische Militäradministration begann im August 1945 erneut mit der Erfassung aller noch in Leipzig lebenden Ausländer und deren schrittweiser Rückführung. Mitte August 1945 hielten sich hier nur noch 17.900 der ehemaligen ausländischen Arbeitskräfte auf.

Nach dem Befehl Nr. 163 der SMAD vom 7. Dezember 1945 erfolgte bis Mai 1946 die Erfassung aller Daten ausländischer Bürger, die während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland arbeiteten. Allerdings zog sich die Suche nach adoptierten Kindern ausländischer Arbeitskräfte und die Erfassung von Begräbnisstätten für Fremd- und Zwangsarbeiter bis Anfang der fünfziger Jahre hin. Bereits im Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 über die Beschlagnahme und Verwaltung von Privateigentum spielte der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und besonders deren Behandlung in den jeweiligen Betrieben bzw. durch die betroffenen Personen beim Volksentscheid 1946 sowie bei der Entnazifizierung eine wesentliche Rolle.

Franzosen und Niederländer vor der Heimkehr (Leihgeber: Jacques Scheepers, Den Haag, Niederlande).

Flüchtlinge und Vertriebene

Im Oktober 1944 begannen Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ostdeutschen Gebieten und aus den südosteuropäischen deutschen Siedlungsgebieten. Um das Ende des Zweiten Weltkrieges flohen zwischen 11 und 18 Millionen Menschen vor der Roten Armee, wurden gezwungenermaßen evakuiert oder nach Vereinbarungen zwischen der UdSSR und Polen 1945 bzw. nach Artikel 13 des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 zwangsweise aus- oder umgesiedelt.

Der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945/46 stellte die Behörden der Nachkriegszeit vor nahezu unlösbare Probleme. Verschärft wurde insbesondere die Situation bei der Versorgung mit Wohnungen, Einrichtungsgegenständen, Arbeitsplätzen und Lebensmitteln. Überall versuchte man offen oder verdeckt, weitere Zuzüge zu verhindern. Unzulängliche Voranmeldungen, ungeregelte Ankünfte oder Koordinationsschwierigkeiten mit den zuständigen Dienststellen in anderen Ländern und Provinzen der SBZ oder den westlichen Besatzungszonen erschwerten die Situation. Die SBZ musste gleichzeitig als Durchgangs- und Ansiedlungsgebiet fungieren. Von den fast 4,5 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, die in der SBZ unterzubringen waren, nahm Sachsen mehr als eine Million auf. Innerhalb Sachsens wurden im Stadtkreis Leipzig im Vergleich zu anderen Städten rein zahlenmäßig die meisten Personen angesiedelt: Von den 633.325 Leipziger Einwohnern im Mai 1948 waren allein 72.954 „Umsiedler“ (amtliche Bezeichnung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ).

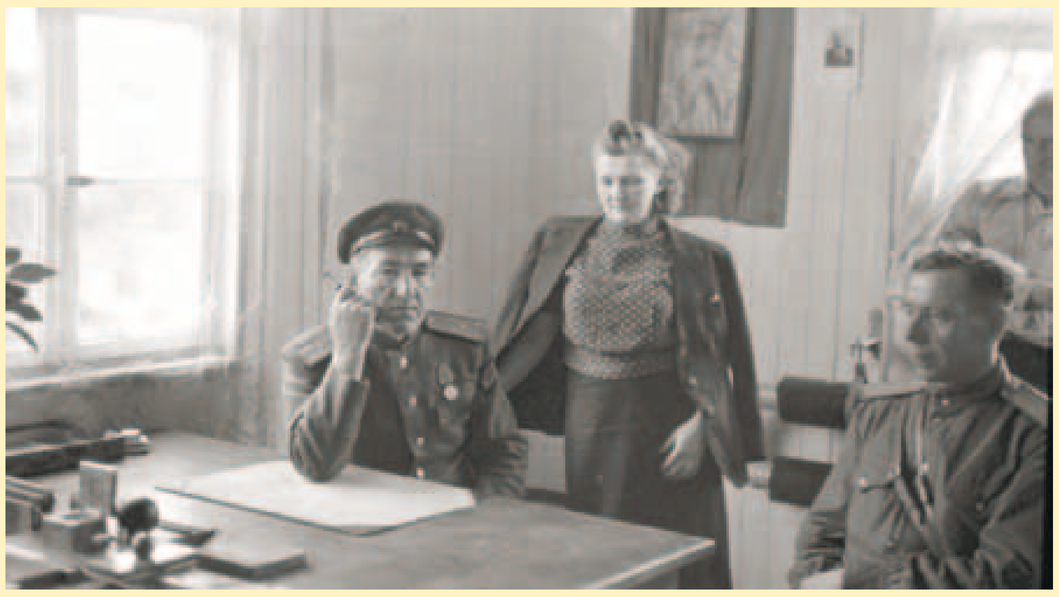
Krankenstation im Lager Diezmannstraße.

Der Kindergarten im Lager Diezmannstraße.

Im Umsiedlerlager warteten Flüchtlinge und Vertriebene auf die Zuweisung von Wohnraum.

Essenausgabe im Lager Diezmannstraße.

Tausende Flüchtlinge und Vertriebene trafen mit dem Rest ihrer Habe auf dem zerstörten Leipziger Hauptbahnhof ein.



Neben einer deutschen gab es auch eine sowjetische Verwaltung im Umsiedlerlager Diezmannstraße.

Fürsorge für die „Opfer des Faschismus“

Vor allem durch den alliierten Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg, aber auch durch Untersuchungen und Verurteilungen von Nazi- und Kriegsverbrechern im lokalen Umfeld wurden die Deutschen zum Kriegsende mit den Greueltaten der NS-Diktatur, den Misshandlungen und Folterungen der Gestapo, den Vergasungen und Verbrennungen in den Konzentrationslagern konfrontiert.

In Leipzig konstituierte sich bereits Mitte April 1945 mit der Rückkehr der ersten Häftlinge aus den Konzentrationslagern ein „Hilfswerk der Nazigegner“, um Maßnahmen zur Wiedergutmachung an allen aus politischen, Rasse- oder Glaubensgründen in Haft Gewesenen zu organisieren. Beim städtischen Wohlfahrtsdezernat wurde eine Abteilung zur Betreuung der politischen Gefangenen gebildet, deren Aufgabe die Beschaffung von Kleidung sowie die Gewährung und die Zuteilung von zusätzlichen Lebensmitteln war. Insbesondere mussten Wohnraum beschafft, ärztliche Hilfen organisiert und die über Leipzig führenden Transporte betreut werden.

Zeitgleich mit den Fürsorgemaßnahmen erfolgte die statistische Erfassung der von der NS-Herrschaft betroffenen Opfer. Allein bis Mitte Juni 1945 meldeten sich bei der städtischen Betreuungsbehörde 1.273 Leipziger, die insgesamt 36.906 Monate in Schutzhaft, im KZ, im Gefängnis oder Zuchthaus und in Untersuchungshaft wegen Hoch- und Landesverrat, Wehrkraftzersetzung, Abhören fremder Sender oder der Tätigkeit für die „Bibelforscher“ inhaftiert waren. In den Jahren 1933 bis 1945 wurden in Leipzig insgesamt 5.592 Personen, davon 1.176 Frauen aus diesen Gründen verhaftet. Mitte des Jahres 1946 lagen in Leipzig über 10.7.00 Registrierungen vor, von denen nicht alle positiv wie bei Witwen und Waisen der Opfer des Faschismus beschieden wurden.

Die in Sachsen erlassene „Verordnung über die Fürsorge für die Opfer des Faschismus...“ vom 24. September 1945 gewährte in ihren Durchführungsbestimmungen den Betroffenen zahlreiche Sozialleistungen und Unterstützungen. Doch bereits im § 2 dieser Verordnung wurden als „Opfer des Faschismus“ ausdrücklich nur „alle Personen, die (sich) als Kämpfer gegen den Faschismus in Strafhaft, Untersuchungshaft, Schutzhaft oder sonstiger Haft befunden haben“, anerkannt. Dadurch kam es zu einer frühzeitigen politischen Differenzierung zwischen kommunistischen Kämpfern und den „nur“ aus rassischen oder religiösen Gründen verfolgten Insassen der Konzentrationslager des Dritten Reiches. Die Verfolgung von Homosexuellen und „Zigeunern“ wurde überhaupt nicht thematisiert, ebenso die außerordentlich harte Bestrafung von „Kleinkriminellen“, die als „Asoziale“ stigmatisiert wurden.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde den Juden als „Opfer des Faschismus“ eine bewusste Aufmerksamkeit gewidmet. Schätzungen zu den Opferzahlen der NS-Diktatur unter der jüdischen Bevölkerung Leipzigs gehen von rund 10.000 Personen aus. Im Sommer 1945 zeichnete sich ein zaghafter Neubeginn in den ehemals blühenden Zentren des jüdischen Lebens ab. Auch nach Leipzig waren einige ehemalige jüdische Mitbürger aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern zurückgekehrt. Verstärkt durch die Zuwanderung aus Osteuropa wurde im Dezember 1945 durch 300 Juden in Leipzig die „Israelitische Religionsgemeinde“ neu gebildet. Allerdings wurde durch die konsequente Anwendung der Verordnung vom September 1945 die gewollte Benachteiligung und subtile Diskriminierung der Juden gegenüber den während der NS-Diktatur politisch Verfolgten wie auch den Mitgliedern der KPD rasch sichtbar.

Arbeitsvermittlung für entlassene politische Gefangene

Im Verfolg der Durchführung unserer Aufgaben, die Wiedergutmachung allen den Antifaschisten seitens des Naziregimes zugefügten Unrechtes zu erreichen, haben wir neben den anderen augenblicklich gelösten Betreuungsarbeiten jetzt uns auch mit der bevorzugten Unterbringung derselben in den Arbeitsprozeß befaßt.

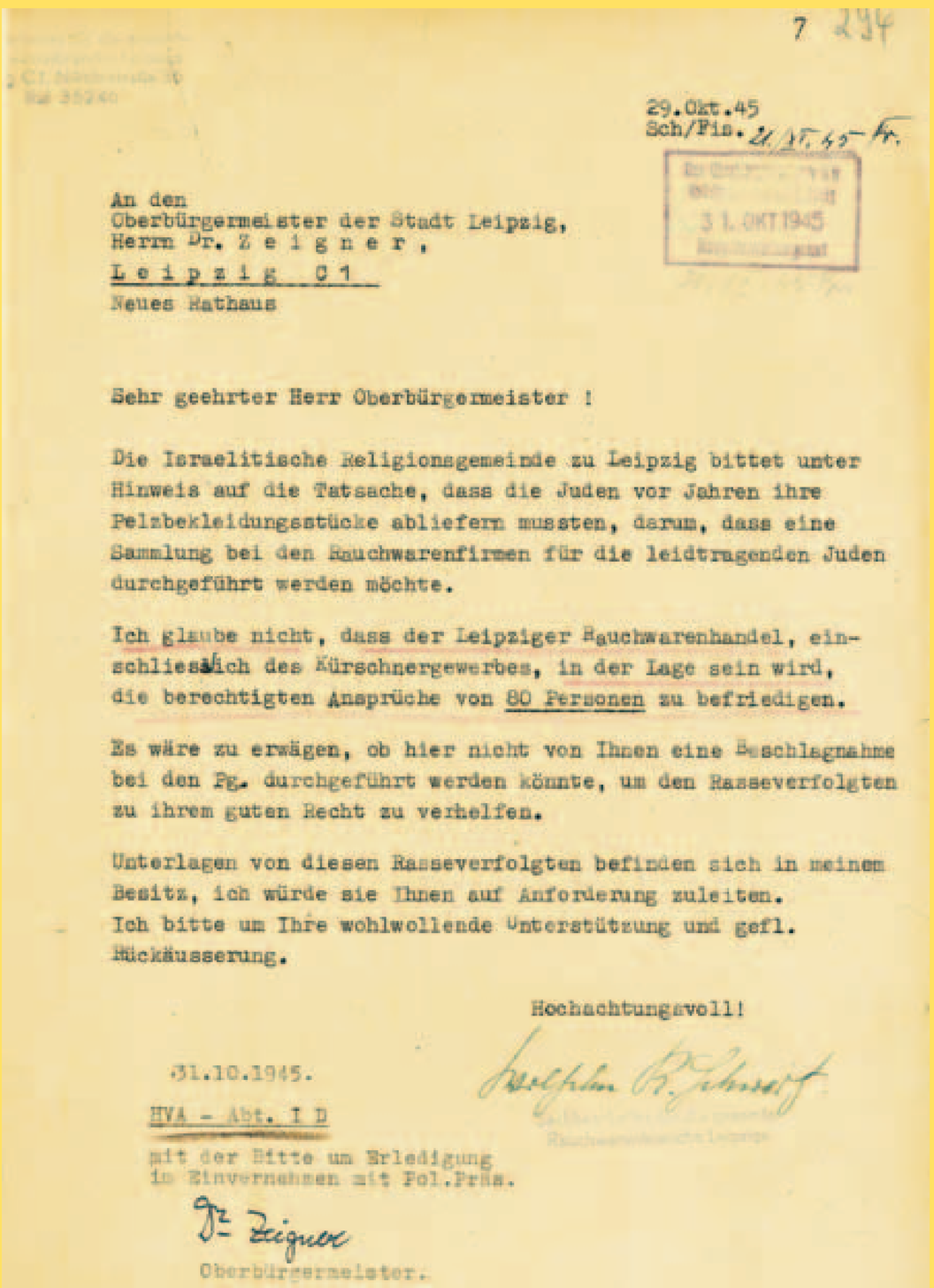
Nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt ist folgendes vereinbart:

1. Alle aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Haft Gewesenen werden bevorzugt in den Arbeitsprozeß eingereiht.

   Es wird unbedingt dafür gesorgt, daß jeder nach seinen beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten unbeschadet der bisher ausgeübten Tätigkeit eingesetzt wird. Dabei ist natürlich die augenblickliche Arbeitslage zu berücksichtigen.
2. Auf dem Arbeitsamt wird eine besondere Stelle geschaffen, die sich nur mit der Unterbringung der oben erwähnten Arbeitsuchenden befassen wird. Die Stelle wird von einem vom Wiedergutmachungswerk bestimmten Vertrauensmann besetzt. Derselbe hat selbst Zuchthaus und Konzentrationshaft durchgemacht und bietet dadurch allen inhaftiert Gewesenen die Garantie für eine bevorzugte Arbeitsvermittlung unter Berücksichtigung der einzelnen persönlichen Wünsche.
3. Die Meldung und Registrierung aller der genannten Personen beim Arbeitsamt erfolgt nur bei dieser Stelle, und zwar auf Grund eines von uns ausgestellten Ausweises. Jeder, der also Arbeit sucht, muß sich bei uns zur Ausstellung einer Anweisung für das Arbeitsamt melden.

Wiedergutmachungswerk
Hilfsausschuß für die Opfer des faschistischen Terrors.

Die soziale Fürsorge für anerkannte Opfer des Faschismus erstreckte sich auf eine bevorzugte Beschaffung von Wohnung, Möbeln, Kleidung, Lebensmitteln, Arbeitsvermittlung, die Gewährung finanzieller Hilfen, die Zuteilung von Schrebergärten und die Einweisung in Krankenhaus- und Kuraufenthalte, die nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch Witwen und Waisen von Hingerichteten oder im KZ und Zuchthaus Umgekommenen zugute kamen.



7 234

29.Okt.45
Sch/Fis. 21.10.45 Fr.

An den
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig,
Herrn Dr. Zeigner,
Leipzig C1
Neues Rathaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig bittet unter Hinweis auf die Tatsache, dass die Juden vor Jahren ihre Pelzbekleidungsstücke abliefern mussten, darum, dass eine Sammlung bei den Rauchwarenfirmen für die leidtragenden Juden durchgeführt werden möchte.

Ich glaube nicht, dass der Leipziger Rauchwarenhandel, einschliesslich des Kürschnergewerbes, in der Lage sein wird, die berechtigten Ansprüche von 80 Personen zu befriedigen.

Es wäre zu erwägen, ob hier nicht von Ihnen eine Beschlagnahme bei den Pg. durchgeführt werden könnte, um den Rasseverfolgten zu ihrem guten Recht zu verhelfen.

Unterlagen von diesen Rasseverfolgten befinden sich in meinem Besitz, ich würde sie Ihnen auf Anforderung zuleiten.
Ich bitte um Ihre wohlwollende Unterstützung und gefl. Rückäusserung.

Hochachtungsvoll!

31.10.1945.

HVA - Abt. I D

mit der Bitte um Erledigung
in Einvernahmen mit Pol.Präs.

Dr. Zeigner
Oberbürgermeister.

Kommunalabteilung
Opfer des Faschismus

Rat der Stadt Leipzig

Fernruf: 30638, 36631 — Postscheckkonto: Leipzig 9609 — Bankkonto: Sächsische Landesbank Leipzig 37 003
Betrifft: Sozialamt A/13 — Betrifft: Sozialamt A/13

An das
Ministerium für Wirtschaft u. Arbeit des Landes Sachsen
Ref. VdN

Dresden A 50
August-Bebel-Str.19

2193

30. November 1951

/Ja 2015

Anlagen

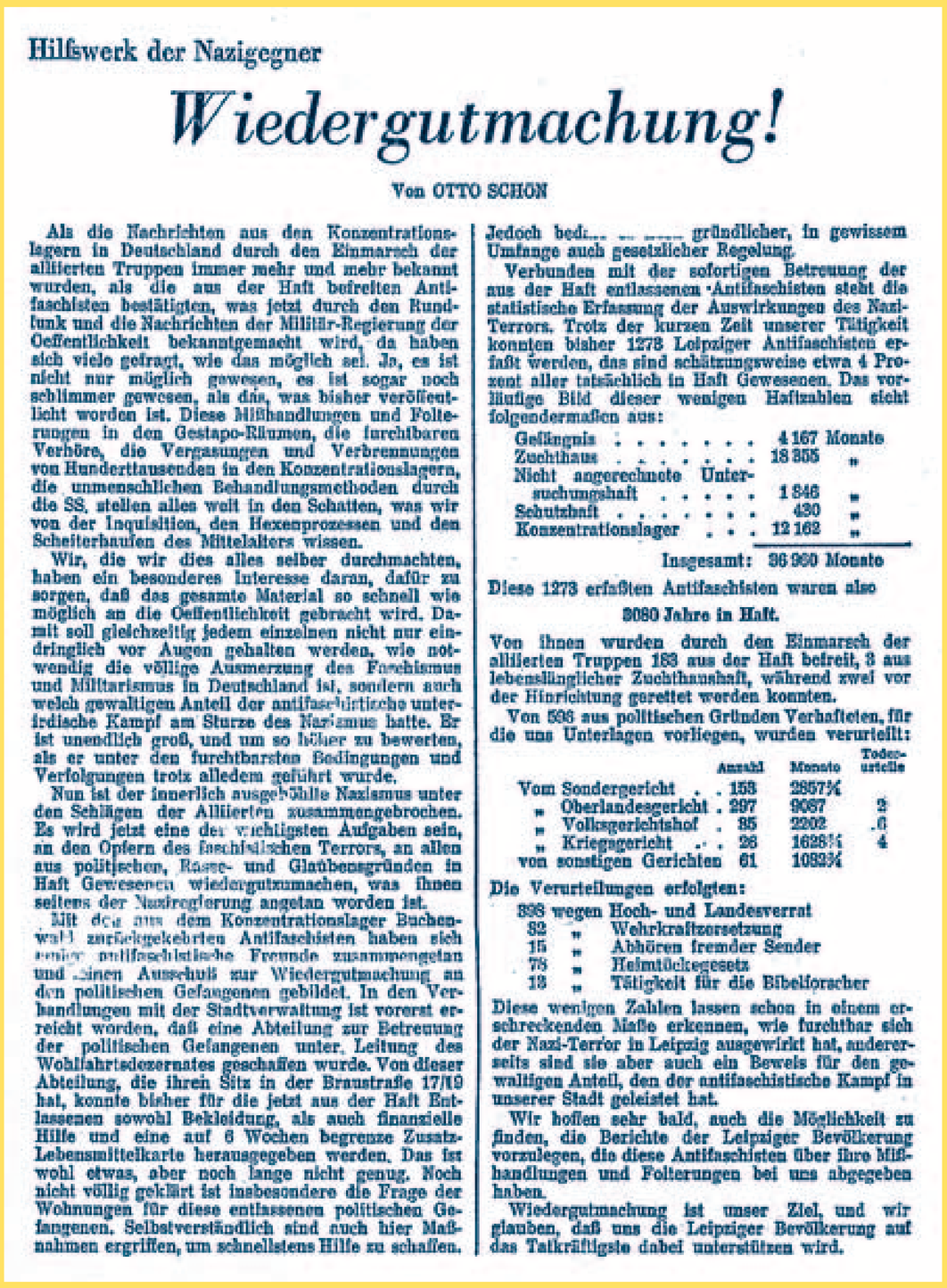
VdN
20 Mai 1952

KAMPFER GEGEN DEN FASCHISMUS

01156

Für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus waren zunächst die kommunale Sozialämter in enger Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität zuständig. Diese Aufgaben nahm die 1945 gebildete „Kommunalabteilung Opfer des Faschismus Leipzig“ beim Rat der Stadt Leipzig wahr, die acht Bezirksstellen innerhalb des Stadtgebietes unterhielt. Ein Ortsausschuss koordinierte die Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Parteien.

Voraussetzung für die Anerkennung als „Kämpfer des Faschismus“ waren die Registrierung des betroffenen Personenkreises und der Nachweis der Inhaftierungen, z. B. durch die Vorlage der Urteile. Neben der Karteikarte gehörten Fragebögen zu den als „OdF“-, später als VdN-Akten (Verfolgte des Naziregimes) bezeichneten Unterlagen.



Hilfswerk der Nazigegner

Wiedergutmachung!

Von OTTO SCHÖN

Als die Nachrichten aus den Konzentrationslagern in Deutschland durch den Einmarsch der alliierten Truppen immer mehr und mehr bekannt wurden, als die aus der Haft befreiten Antifaschisten bestätigten, was jetzt durch den Rundfunk und die Nachrichten der Militär-Regierung der Oeffentlichkeit bekanntgemacht wird, da haben sich viele gefragt, wie das möglich sei. Ja, es ist nicht nur möglich gewesen, es ist sogar noch schlimmer gewesen, als das, was bisher veröffentlicht worden ist. Diese Mißhandlungen und Folterungen in den Gestapo-Räumen, die furchtbaren Verhöre, die Vergasungen und Verbrennungen von Hunderttausenden in den Konzentrationslagern, die unmenschlichen Behandlungsmethoden durch die SS, stellen alles weit in den Schatten, was wir von der Inquisition, den Hexenprozessen und den Scheiterhaufen des Mittelalters wissen.

Wir, die wir dies alles selber durchmachten, haben ein besonderes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß das gesamte Material so schnell wie möglich an die Oeffentlichkeit gebracht wird. Damit soll gleichzeitig jedem einzelnen nicht nur eindringlich vor Augen gehalten werden, wie notwendig die völlige Ausmerzung des Faschismus und Militarismus in Deutschland ist, sondern auch welch gewaltigen Anteil der antifaschistische unterirdische Kampf am Sturze des Nazismus hatte. Er ist unendlich groß, und um so höher zu bewerten, als er unter den furchtbarsten Bedingungen und Verfolgungen trotz alledem geführt wurde.

Nun ist der innerlich ausgehöhlte Nazismus unter den Schlägen der Alliierten zusammengebrochen. Es wird jetzt eine der wichtigsten Aufgaben sein, an den Opfern des faschistischen Terrors, an allen aus politischen, Rasse- und Glaubensgründen in Haft Gewesenen wiedergutzumachen, was ihnen seitens der Naziregierung angetan worden ist.

Mit den aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurückgekehrten Antifaschisten haben sich einige antifaschistische Freunde zusammengetan und einen Ausschuß zur Wiedergutmachung an den politischen Gefangenen gebildet. In den Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ist vorerst erreicht worden, daß eine Abteilung zur Betreuung der politischen Gefangenen unter Leitung des Wohlfahrtsdezernates geschaffen wurde. Von dieser Abteilung, die ihren Sitz in der Braustraße 17/19 hat, konnte bisher für die jetzt aus der Haft Entlassenen sowohl Bekleidung, als auch finanzielle Hilfe und eine auf 6 Wochen begrenzte Zusatz-Lebensmittelkarte herausgegeben werden. Das ist wohl etwas, aber noch lange nicht genug. Noch nicht völlig geklärt ist insbesondere die Frage der Wohnungen für diese entlassenen politischen Gefangenen. Selbstverständlich sind auch hier Maßnahmen ergriffen, um schnellstens Hilfe zu schaffen. Jedoch bedürfen [illegible] gründlicher, in gewissem Umfange auch gesetzlicher Regelung.

Verbunden mit der sofortigen Betreuung der aus der Haft entlassenen Antifaschisten steht die statistische Erfassung der Auswirkungen des Nazi-Terrors. Trotz der kurzen Zeit unserer Tätigkeit konnten bisher 1273 Leipziger Antifaschisten erfaßt werden, das sind schätzungsweise etwa 4 Prozent aller tatsächlich in Haft Gewesenen. Das vorläufige Bild dieser wenigen Haftzahlen sieht folgendermaßen aus:

Gefängnis	4 167	Monate
Zuchthaus	18 355	„
Nicht angerechnete Untersuchungshaft	1 846	„
Schutzhaft	430	„
Konzentrationslager	12 162	„
Insgesamt:	36 960	Monate

Diese 1273 erfaßten Antifaschisten waren also

3080 Jahre in Haft.

Von ihnen wurden durch den Einmarsch der alliierten Truppen 183 aus der Haft befreit, 3 aus lebenslänglicher Zuchthaushaft, während zwei vor der Hinrichtung gerettet werden konnten.

Von 596 aus politischen Gründen Verhafteten, für die uns Unterlagen vorliegen, wurden verurteilt:

	Anzahl	Monate	Todesurteile
Vom Sondergericht	153	2857¼	
„ Oberlandesgericht	297	9087	2
„ Volksgerichtshof	85	2202	6
„ Kriegsgericht	26	1628¼	4
von sonstigen Gerichten	61	1032¾	

Die Verurteilungen erfolgten:

398 wegen Hoch- und Landesverrat
82 „ Wehrkraftzersetzung
15 „ Abhören fremder Sender
78 „ Heimtückegesetz
13 „ Tätigkeit für die Bibelforscher

Diese wenigen Zahlen lassen schon in einem erschreckenden Maße erkennen, wie furchtbar sich der Nazi-Terror in Leipzig ausgewirkt hat, andererseits sind sie aber auch ein Beweis für den gewaltigen Anteil, den der antifaschistische Kampf in unserer Stadt geleistet hat.

Wir hoffen sehr bald, auch die Möglichkeit zu finden, die Berichte der Leipziger Bevölkerung vorzulegen, die diese Antifaschisten über ihre Mißhandlungen und Folterungen bei uns abgegeben haben.

Wiedergutmachung ist unser Ziel, und wir glauben, daß uns die Leipziger Bevölkerung auf das Tatkräftigste dabei unterstützen wird.

LINKS. Dieser Antrag von der Israelitischen Gemeinde wurde nach Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten und nach Stellungnahme des Informationsdienstes beim Hauptverwaltungsamt im November 1945 abgelehnt. Dies entsprach der damaligen Auslegung der Wiedergutmachungsverordnung.

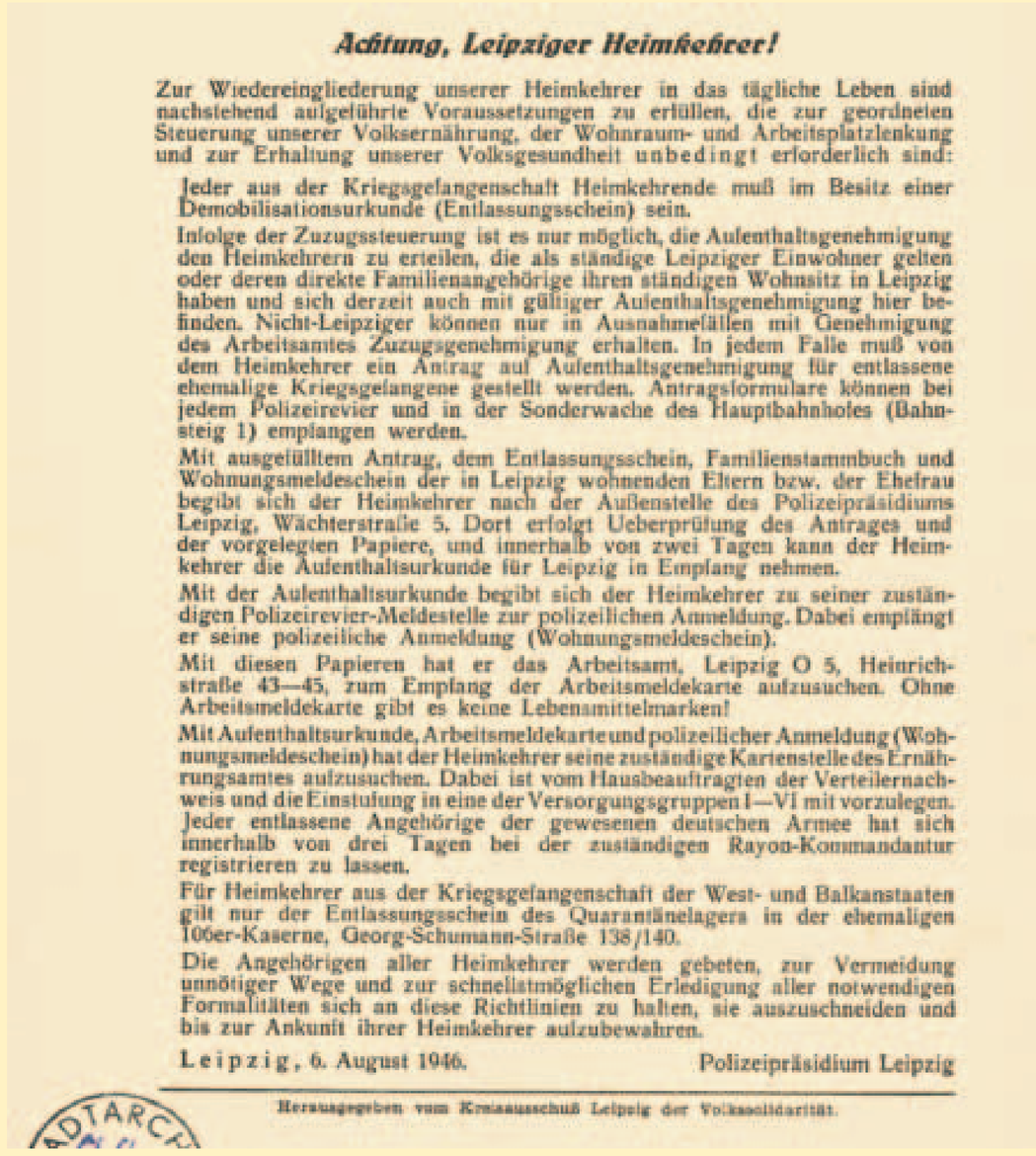
RECHTS. Die Aufnahme zeigt eine Gruppe von Häftlingen des KZ Buchenwald, die am 17. Mai 1945 mit insgesamt 100 Personen nach Leipzig zurückkehren konnte. Unter ihnen Rolf Kralovitz (in der offenen Autobustür stehend), der sich gemeinsam mit seiner Frau Brigitte für die Aufarbeitung der Geschichte der Leipziger Juden engagiert und dafür am 19. Februar 2005 mit der Ehrenmedaille der Stadt ausgezeichnet wurde.

Kriegsheimkehrer

Neben den in ihre Heimatgebiete zurück zu transportierenden Luftkriegsevakuierten, den „Opfern des Faschismus“, den Umsiedlern und Vertriebenen gehörten auch die aus den Kriegsgefangenenlagern Heimkehrenden zu den Personengruppen, die durch die Stadtverwaltung zu betreuen waren. Mit teilweise schweren körperlichen Schäden kamen deutschlandweit 2 Millionen Kriegsversehrte (Soldaten und Zivilisten) aus Verwundetentransporten zurück und mussten in Lazaretten, Krankenhäusern oder Sanatorien behandelt werden. Die bereits während des Zweiten Weltkrieges eingerichteten Hilfslazarette für verwundete Soldaten blieben teilweise auch nach dem Kriegsende in Betrieb und versorgten die von den Fronten heimkehrenden Verwundeten.

Die meisten Kriegsgefangenen kamen in den Jahren 1946 bis 1949 in ihre Heimat zurück. In der ersten Zeit wurden vor allem Kranke und Gebrechliche entlassen, so dass 1946 nur 16 Prozent der entlassenen Deutschen arbeitsfähig waren. In allen Besatzungszonen wurden Sonderregelungen geschaffen, um Kriegsbeschädigten in Notsituationen zu helfen, sie durch Beschäftigungs- oder Rentenregelungen finanziell abzusichern. In der SBZ erhielten z. B. die Betriebe Auflagen, auf zehn Arbeitskräfte je einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Am 28. Juli 1946 war unter Leitung des Oberbürgermeisters ein Heimkehrerausschuss gebildet worden, der Maßnahmen zur Betreuung der über Leipzig führenden Heimkehrer- und „Umsiedler“-Transporte (Flüchtlinge und Vertriebene) einleitete. Aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft trafen die ersten 196 Leipziger am 31. Juli 1946 auf dem Leipziger Hauptbahnhof im Rahmen eines großen Transportes ein, der auf die Quarantänelager in Halle/Sa., Erfurt und Leipzig verteilt wurde. Diese ehemaligen Kriegsgefangenen fuhren mit Straßenbahnen zum Quarantänelager in der 106er Kaserne in der Georg-Schumann-Straße, wo sie 14 Tage verblieben. Die Stadtverwaltung bemühte sich um eine schnelle Integration der Heimkehrer, ihre Versorgung mit Wohnraum und Arbeitsstellen, was sich allerdings aufgrund der allgemeinen Situation als nicht einfach erwies und nicht immer mit den persönlichen Interessen des Einzelnen konform ging.

Bis Ende August 1946 wurden in Leipzig 200.000 Heimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene betreut. Ein Teil dieses Personenkreises fand in Leipzig eine neue Heimat.



Achtung, Leipziger Heimkehrer!

Zur Wiedereingliederung unserer Heimkehrer in das tägliche Leben sind nachstehend aufgeführte Voraussetzungen zu erfüllen, die zur geordneten Steuerung unserer Volksernährung, der Wohnraum- und Arbeitsplatzlenkung und zur Erhaltung unserer Volksgesundheit unbedingt erforderlich sind:

Jeder aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrende muß im Besitz einer Demobilisationsurkunde (Entlassungsschein) sein.

Infolge der Zuzugssteuerung ist es nur möglich, die Aufenthaltsgenehmigung den Heimkehrern zu erteilen, die als ständige Leipziger Einwohner gelten oder deren direkte Familienangehörige ihren ständigen Wohnsitz in Leipzig haben und sich derzeit auch mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung hier befinden. Nicht-Leipziger können nur in Ausnahmefällen mit Genehmigung des Arbeitsamtes Zuzugsgenehmigung erhalten. In jedem Falle muß von dem Heimkehrer ein Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung für entlassene ehemalige Kriegsgefangene gestellt werden. Antragsformulare können bei jedem Polizeirevier und in der Sonderwache des Hauptbahnhofes (Bahnsteig 1) empfangen werden.

Mit ausgefülltem Antrag, dem Entlassungsschein, Familienstammbuch und Wohnungsmeldeschein der in Leipzig wohnenden Eltern bzw. der Ehefrau begibt sich der Heimkehrer nach der Außenstelle des Polizeipräsidiums Leipzig, Wächterstraße 5. Dort erfolgt Ueberprüfung des Antrages und der vorgelegten Papiere, und innerhalb von zwei Tagen kann der Heimkehrer die Aufenthaltsurkunde für Leipzig in Empfang nehmen.

Mit der Aufenthaltsurkunde begibt sich der Heimkehrer zu seiner zuständigen Polizeirevier-Meldestelle zur polizeilichen Anmeldung. Dabei empfängt er seine polizeiliche Anmeldung (Wohnungsmeldeschein).

Mit diesen Papieren hat er das Arbeitsamt, Leipzig O 5, Heinrichstraße 43—45, zum Empfang der Arbeitsmeldekarte aufzusuchen. Ohne Arbeitsmeldekarte gibt es keine Lebensmittelmarken!

Mit Aufenthaltsurkunde, Arbeitsmeldekarte und polizeilicher Anmeldung (Wohnungsmeldeschein) hat der Heimkehrer seine zuständige Kartenstelle des Ernährungsamtes aufzusuchen. Dabei ist vom Hausbeauftragten der Verteilernachweis und die Einstufung in eine der Versorgungsgruppen I—VI mit vorzulegen. Jeder entlassene Angehörige der gewesenen deutschen Armee hat sich innerhalb von drei Tagen bei der zuständigen Rayon-Kommandantur registrieren zu lassen.

Für Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft der West- und Balkanstaaten gilt nur der Entlassungsschein des Quarantänelagers in der ehemaligen 106er-Kaserne, Georg-Schumann-Straße 138/140.

Die Angehörigen aller Heimkehrer werden gebeten, zur Vermeidung unnötiger Wege und zur schnellstmöglichen Erledigung aller notwendigen Formalitäten sich an diese Richtlinien zu halten, sie auszuschneiden und bis zur Ankunft ihrer Heimkehrer aufzubewahren.

Leipzig, 6. August 1946. Polizeipräsidium Leipzig

Herausgegeben vom Kreisausschuß Leipzig der Volkssolidarität.

LINKS. Ankunft Leipziger Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft auf dem Hauptbahnhof. MITTE. Zu einer der ersten Aktionen der Volkssolidarität zählte 1945 die Sammlung von „Prothesenholz“. Unter dem Motto „Achtung, Augen auf! Prothesenholz gehört der Volkssolidarität“ wurde wertvolles Linden- und Pappelholz im Rahmen für die Schwerbeschädigten-Fürsorge zur Verfügung gestellt. RECHTS. Versorgung genesender Soldaten am Kriegsende.

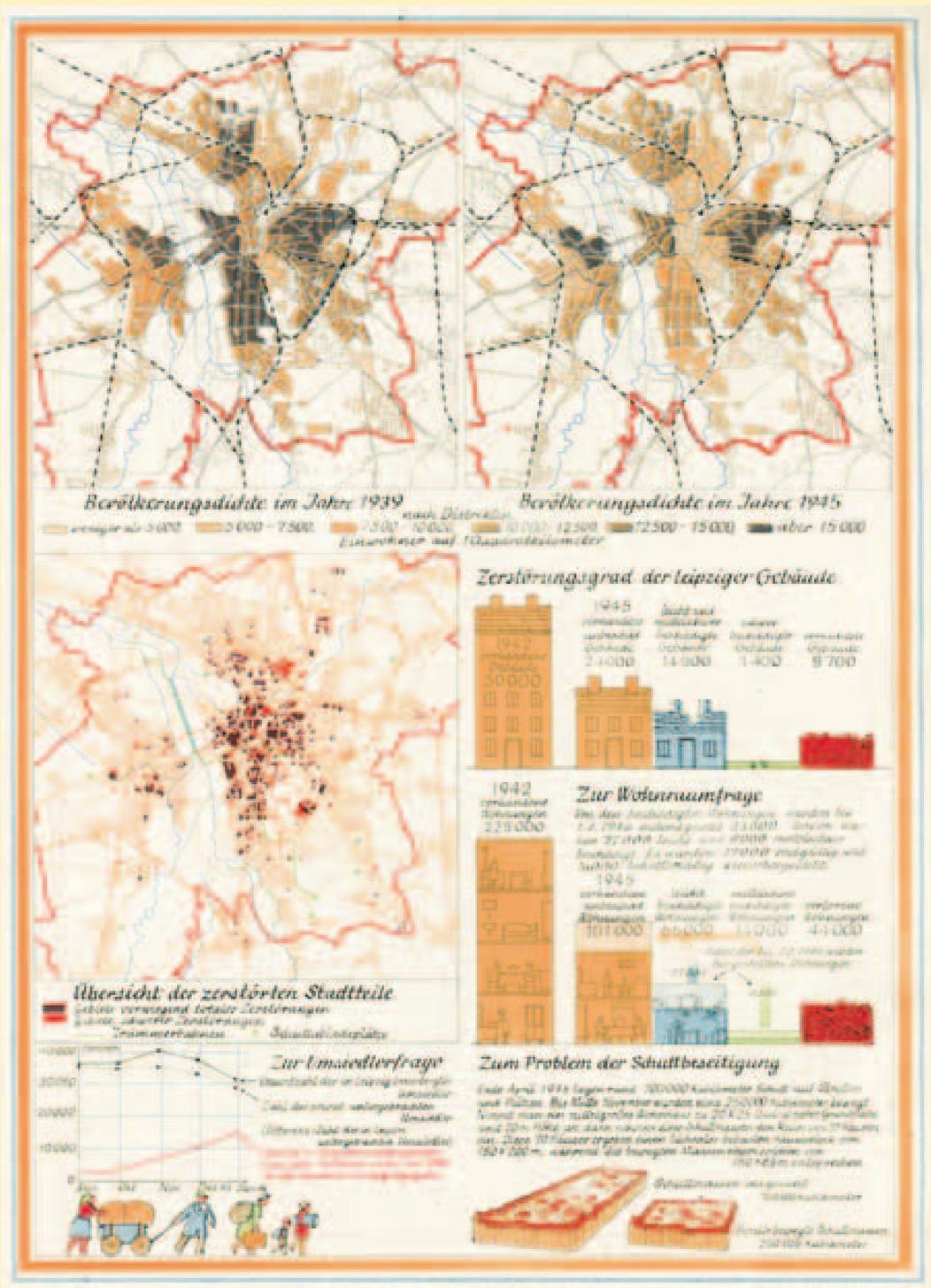
Wohnen

Für die zahlenmäßig angewachsene Bevölkerung stand nach dem Kriegsende viel weniger Wohnraum als in der Vorkriegszeit zur Verfügung. Da die Kriegszerstörungen vor allem die Städte betrafen, waren dort die Lebens- und Wohnverhältnisse besonders katastrophal.

Die Zerstörung von Gebäuden und Wohnungen verschärften in Leipzig den Wohnungsmangel aus der Vorkriegszeit enorm.

Die meisten Wohnungssuchenden, darunter die Flüchtlinge und Vertriebenen, konnten nur als Untermieter in bestehende Wohngemeinschaften eingewiesen werden. Überall fehlten Möbel, Bettstellen, Koch- und Heizmöglichkeiten. Der Mangel konnte bei weitem nicht durch die Sammeltätigkeit verschiedener Hilfsorganisationen gedeckt werden. Deshalb musste die Stadt Leipzig im August 1945 ein Zuzugsverbot verhängen und Zwangsmaßnahmen zur öffentlichen Bewirtschaftung der Wohnungen ergreifen. Neben dem Ausbau von Barackenlagern und der Errichtung von Behelfsheimen erfolgte bis zum Jahresende 1945 die Instandsetzung von 60.000 Wohnungen. Daneben wurden größere Wohnungen an verschiedene Mietparteien vergeben, Wohnräume und Möbel als politisch belastet eingestufter Personen beschlagnahmt und vordringlich an die Rückkehrer aus den Konzentrationslagern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie an Flüchtlinge und Vertriebene vergeben. Allein in den Monaten Oktober und November 1945 wurden insgesamt 1.474 Wohnungen, davon 559 an Wiedergutmachungsberechtigte und 915 an Ausgebombte, im Hauptmietverhältnis zugewiesen. Im Oktober 1945 konnten 929 Familien mit 2.110 Personen und im November 1.417 Familien mit 3.354 Personen in Untermietverhältnisse vermittelt werden. Diese Notgemeinschaften von Ausgebombten, Evakuierten und Zwangseingewiesenen drängten sich oft in wenigen Zimmern, was zu erheblichen sozialen Spannungen führte.

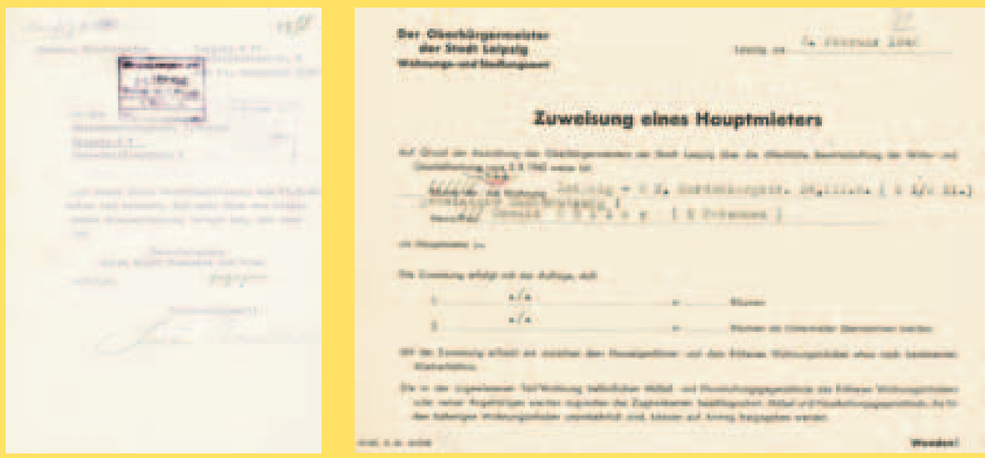
Der Alliierte Kontrollrat erließ am 8. März 1946 ein Wohnungsgesetz, das „der Erhaltung, Vermehrung, Sichtung, Verteilung und Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes“ dienen sollte. Verantwortlich für die Durchführung waren die deutschen Wohnungsämter, die allen Wohnungssuchenden entsprechend den Normen der jeweiligen Besatzungsmacht Wohnraum beschaffen sollten, auch durch zwangsweise Belegung von Wohnungen. Trotz der Anstrengungen im Wohnungsbau oder bei der Instandsetzung war noch Ende 1946 jede Wohnung durchschnittlich mit 4,2 Personen belegt (im Vergleich 1939: 3,3 Personen).



Quelle: Leipzig. Gestern – heute – morgen. Ein Atlas, hrsg. von der SED, Kreis Leipzig, 1946.

Blick in die Dufourstraße.

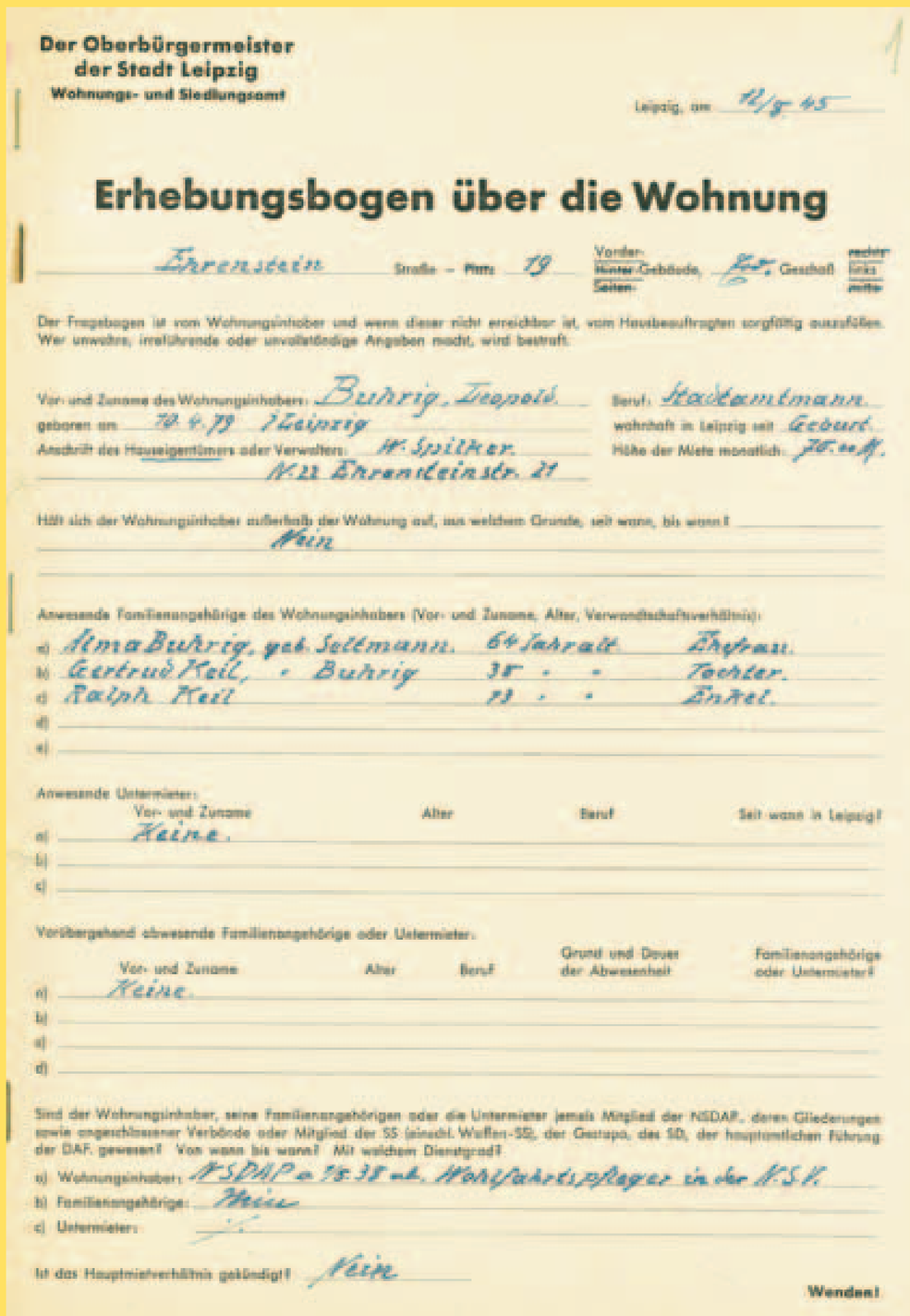
Auf vielen Grundstücken, wie hier in der Clausewitzstraße in Möckern, befanden sich Bombentrichter.



Der Oberbürgermeister
der Stadt Leipzig
Wohnungs- und Siedlungsamt

Zuweisung eines Hauptmieters

Neben der Zwangseinweisung von Unter- oder Hauptmietern erfolgte eine entschädigungslose Beschlagnahmen von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen wie Öfen, Koch- und Bettstellen, die vorwiegend den als „Opfer des Faschismus“ anerkannten politisch Verfolgten sowie Flüchtlingen und Vertriebenen zugeteilt wurden. Nur beim Vorliegen besonders schwerwiegender persönlicher Verhältnisse oder dem Nachweis der politischen Unbelastetheit konnte im Einzelfall eine Rücknahme der Konfiszierung erreicht werden. Bei Beschlagnahmen für die sowjetische Besatzungsmacht konnte maximal mit der Auszahlung einer geringen Vergütung des Wertes gerechnet werden.



Der Oberbürgermeister
der Stadt Leipzig
Wohnungs- und Siedlungsamt

Leipzig, am 12/8.45

Erhebungsbogen über die Wohnung

Ehrenstein Straße – Platz 19 Vorder- Hinter- Seiten-Gebäude, Pt. Geschoß rechter links mitte

Der Fragebogen ist vom Wohnungsinhaber und wenn dieser nicht erreichbar ist, vom Hausbeauftragten sorgfältig auszufüllen. Wer unwahre, irreführende oder unvollständige Angaben macht, wird bestraft.

Vor- und Zuname des Wohnungsinhabers: Buhrig, Leopold. Beruf: Stadtamtmann.
geboren am: 20.4.73 Leipzig wahrhaft in Leipzig seit: Geburt.
Anschrift des Hauseigentümers oder Verwalters: W. Spilker. Höhe der Miete monatlich: 70.00 M.
W 22 Ehrenfeinstr. 21

Hält sich der Wohnungsinhaber außerhalb der Wohnung auf, aus welchem Grunde, seit wann, bis wann? Nein

Anwesende Familienangehörige des Wohnungsinhabers (Vor- und Zuname, Alter, Verwandtschaftsverhältnis):
a) Anna Buhrig, geb. Sellmann. 64 Jahre alt Ehefrau.
b) Gertrud Keil, - Buhrig 35 - - Tochter.
c) Ralph Keil 13 - - Enkel.
d)
e)

Anwesende Untermieter:
Vor- und Zuname Alter Beruf Seit wann in Leipzig?
a) Keine.
b)
c)

Vorübergehend abwesende Familienangehörige oder Untermieter:
Vor- und Zuname Alter Beruf Grund und Dauer der Abwesenheit Familienangehörige oder Untermieter?
a) Keine.
b)
c)
d)

Sind der Wohnungsinhaber, seine Familienangehörigen oder die Untermieter jemals Mitglied der NSDAP., deren Gliederungen sowie angeschlossener Verbände oder Mitglied der SS (einschl. Waffen-SS), der Gestapo, des SD, der hauptamtlichen Führung der DAF. gewesen? Von wann bis wann? Mit welchem Dienstgrad?
a) Wohnungsinhaber: NSDAP ab 15.3.38 als Wohlfahrtspfleger in der N.S.V.
b) Familienangehörige: Nein
c) Untermieter: -

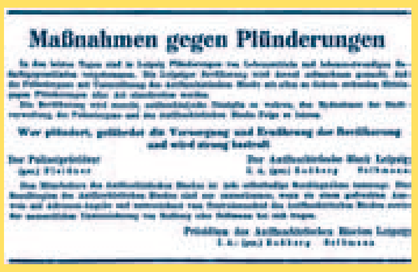
Ist das Hauptmietverhältnis gekündigt? Nein

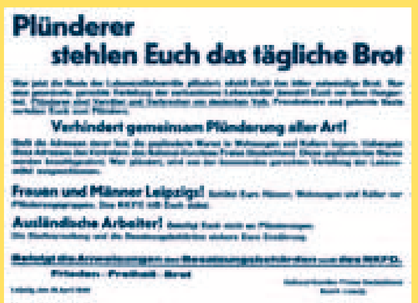
Wenden!

Arbeit

Wirtschaft und Arbeitsmarkt waren bereits vor 1945 durch den Krieg, die Millionen zum Kriegs- und Arbeitsdienst Eingezogenen und die Zerstörungen von Produktionsstätten und der Infrastruktur stark belastet. Dazu kamen nach dem Kriegsende die Demontagen, die Rückwanderung bzw. „Repatriierung“ von Zwangsarbeitern. Auf der anderen Seite waren viele Deutsche noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. 1946 waren in der SBZ nur 40 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig. Die Zahl der Arbeitslosen nahm rapide zu. Die Arbeitsuche war aufgrund der fehlenden Berufskenntnisse besonders für die ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen erschwert. Dazu kam ein hoher Prozentsatz der Arbeitsunfähigen in dieser Bevölkerungsgruppe. In Sachsen war der Anteil der Sozialhilfeempfänger besonders hoch. 6,5 Prozent der Alteingesessenen sowie 18 Prozent der angesiedelten Flüchtlinge und Vertriebenen bezogen Sozialhilfe. Der Sozialhilfesatz lag zwischen 23,50 und 37 RM monatlich. Ein Facharbeiter verdiente zwischen 220 und 270 RM im Monat.

Um nach dem Kriegsende wirksame Maßnahmen einleiten zu können, benötigten die sowjetischen und deutschen Verwaltungen genaue Angaben über die Einwohnerzahlen. Deshalb wurde das Meldewesen besonders schnell ausgebaut. Grundlegende Festlegungen enthielt der Befehl Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates vom 17. Januar 1946 über die „Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung, die Registrierung der Arbeitslosen und deren Unterbringung in Arbeit“. Die Registrierung bei den Arbeitsämtern und Polizeidienststellen war mit Fragebögen, Lebensmittelkarten, Arbeitsbescheinigungen oder Wohnscheinen verknüpft. Die Zuteilung von Lebensmittelkarten erfolgte in Abhängigkeit von der Erfassung beim Arbeitsamt und der Einstufung in bestimmte Versorgungskategorien (z. B. Schwerstarbeiter). Die Arbeitsämter hatten die Möglichkeit, Arbeitslose auf Arbeitsplätze zwangsweise zuzuweisen bzw. zu Arbeitseinsätzen wie bei der Enttrümmerung einzuteilen. Nur wer einer geregelten, bezahlten Arbeit nachging, hatte auch die Möglichkeit, sich und seiner Familie ein finanzielles Existenzminimum zu sichern.

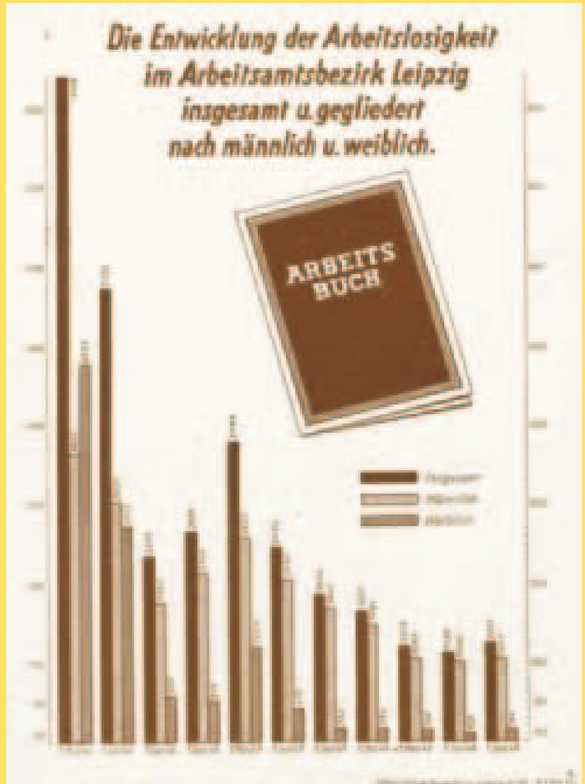

Maßnahmen gegen Plünderungen


Plünderer stehlen Euch das tägliche Brot

Verhindert gemeinsam Plünderung aller Art!

Frauen und Männer Leipzigs!

Ausländische Arbeiter!



Kontrollkarte für Februar 1946 — Arbeiter

Bundesland Sachsen
Stadt Leipzig
№ 132941
Lebensmittelkarte für 1. bis 31. Januar 1946
Arbeiter

An Lebensmittelkarten für die meisten Produkte des täglichen Bedarfs waren die Deutschen schon im Krieg gewöhnt. Auch nach dem Kriegsende musste die Verteilung von Lebens- und Bedarfsmitteln weiter rationiert werden.

Befehl

des Militärkommandanten der Stadt Leipzig

20. August 1945 — Stadt Leipzig

Das Arbeitsamt der Stadt Leipzig soll die Registrierung der Bevölkerung der Stadt Leipzig und der Orte Taucha, Markranstädt und Zwenkau durchführen, und zwar:

Männer von 15 bis 60 Jahren, Frauen von 16 bis 55 Jahren.

Die Einwohner des oben erwähnten Alters, die noch nicht registriert worden sind, haben sich auf dem Arbeitsamt oder seinen Abteilungen spätestens bis zum 25. August 1945 zu melden.

Die Registrierung wird nach der Anordnung des Arbeitsamtes und in den von ihm angegebenen Stellen durchgeführt.

Denjenigen Einwohnern, die sich von derRegistrierung ausschließen, werden die Lebensmittelkarten entzogen und außerdem werden sie nach den Kriegsgesetzen zur Strafe herangezogen.

Der Militärkommandant der Stadt Leipzig
Generalleutnant Trufanow

Bekanntmachungen des Arbeitsamtes

3. Aufruf für den Stadtkreis Leipzig auf Grund der Anordnung über die Meldepflicht beim Arbeitsamt.

Alle weiblichen deutschen Einwohner des Stadtkreises Leipzig, die am 24. Juni 1945 das 16. Lebensjahr vollendet und das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und die in der Woche vom 20. bis 25. August 1945 nicht in einem ausdrücklich vom Arbeitsamt genehmigten Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, werden aufgefordert, sich beim Arbeitsamt zu melden. Zu melden haben sich auch diejenigen Frauen, die zwar noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, aber ohne Weiterzahlung von Lohn oder Gehalt beurlaubt worden sind. Bei dieser Meldung ist das Arbeitsbuch vorzulegen.

Gleichzeitig haben sich diejenigen Frauen der obengenannten Altersgruppe zu melden, die selbständig oder in freien Berufen tätig sind. Diese haben bei der Meldung die für die Ausübung des Berufes erforderlichen Erlaubnisscheine (z. B. Gewerbescheine oder Ausweise der ehemaligen Reichskulturkammer) sowie das Arbeitsbuch vorzulegen.

Von der Meldung ausgenommen sind:
a) Rechtsanwälte und Notare, die von der Militärregierung zugelassen sind,
b) selbständig in Berufen des Gesundheitswesens Tätige (Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Dentisten, Masseure, Desinfektoren),
c) Bauern und Landwirte sowie deren mithelfende Familienangehörige,
d) Personen, die sich in Gemeinschaftsverpflegung befinden,
e) ausländische Staatsangehörige,
f) Frauen mit mindestens 1 oder mehreren Kindern unter 14 Jahren, die im eigenen Haushalt leben.

Die Meldung erfolgt getrennt nach Verwaltungsbezirken, und zwar für:

1. Verwaltungsbezirk Zentrum
(umfassend die Innenstadt mit folgender Begrenzung: Martin-Luther-Ring, Georgiring, Brandenburger Str., Parthe, Pleiße, Elsterflutbett),
in der 9. Volksschule, Leipzig C 1, Glockenstraße 6.

2. Verwaltungsbezirk Norden
(umfassend die Stadtteile Gohlis, Eutritzsch, Möckern, Wahren mit der Umgrenzung Bahnlinie Berlin, Stadtgrenze, Luppe, Elster, Pleiße, Parthe),
in der Leibnizschule, Leipzig C 1, Nordplatz 13.

3. Verwaltungsbezirk Nord-Westen
(umf. die Stadtteile Lindenau, Leutzsch, Schönau, mit der Umgrenzung Elsterflutbecken, Luppe, Stadtgrenze, Karl-Heine-Str., Salzstr., Alte Salzstr.),
in der 44. Volksschule, Leipzig W 33, Demmeringstraße 31/33.

4. Verwaltungsbezirk Süd-Westen
(umfassend die Stadtteile Plagwitz, Schleußig, Klein- und Großzschocher, Windorf, Knautkleeberg mit der Umgrenzung Elsterflutbecken bis Stadtgrenze, Alte Salzstr., Salzstr., Karl-Heine-Straße),
in der 51. Volksschule, Leipzig W 32, Dieskaustraße 20.

5. Verwaltungsbezirk Süden
(umfassend die Stadtteile Connewitz und Dölitz mit der Umgrenzung Elster, Stadtgrenze, Dösener Str. bis Leinesiedlung, Südfriedhof, Bayrischer Bahnhof, Dösener Weg, Windmühlenstr., Kurprinzstr., Roßplatz, Wilhelm-Leuschner-Platz, Martin-Luther-Ring, Karl-Tauchnitz-Str., König-Albert-Allee),
in der 5. Volksschule, Leipzig S 3, Waisenhausstraße 7.

6. Verwaltungsbezirk Osten
(umfassend die Stadtteile Reudnitz, Volkmarsdorf, Neustadt, Neuschönefeld, mit der Umgrenzung Georgiring, Brandenburger Str., Bahnlinie nach Dresden, Stadtgrenze, Oststr., Bahnlinie Ellenburg, Hospitalstr., Grimmaischer Steinweg),
in der 53. Volksschule, Leipzig O 5, Bogislavstraße 18/20.

7. Verwaltungsbezirk Nord-Osten
(umfassend die Stadtteile Schönefeld, Mockau, Paunsdorf, Stünz, Portitz, Abtnaundorf und Thekla mit der Umgrenzung Bahnlinie Dresden, Stadtgrenze, Bahnlinie Berlin),
in der 22. Volksschule, Leipzig N 24, Stettiner Straße 25.

8. Verwaltungsbezirk Süd-Osten
(umfassend die Stadtteile Stötteritz, Meusdorf, Probstheide mit der Umgrenzung Roßplatz, Karl-Marx-Platz, Grimmaischer Steinweg, Hospitalstr., Ellenburger Bahnhof, Oststr. bis Stadtgrenze, Stadtgrenze, Dösener Str., bis Leinesiedlung, Westrand Südfriedhof, Bayrischer Bahnhof, Windmühlenstr., Kurprinzstr., Roßplatz),
in der 29. Volksschule, Leipzig O 27, Weißestraße 1.

Zeitlich hat die Meldung zu erfolgen für die Anfangsbuchstaben

A—F	23. August 1945
G—L	24. August 1945
M—Qu	25. August 1945
R—T	27. August 1945
U—Z	28. August 1945

jeweils in der Zeit von 7—16 Uhr.

Das Arbeitsamt bleibt an diesen Tagen geschlossen.

Leipzig, am 21. August 1945.
Arbeitsamt Leipzig.

Dem Beschluss des Alliierten Kontrollrates vom Januar 1946 zum Arbeitseinsatz der deutschen Bevölkerung waren bereits 1945 Erfassungen der Arbeitskräfte in der SBZ vorausgegangen.

Doppelstück

Landesarbeitsamt Sachsen
Dr.: II B 641 Dr.95/Ge

Dresden-N, den 24. Januar 1946
Königsplatz 3
Ruf: 50 411 und 50 511

Arbeitsamt Leipzig
Eing. 28 JAN 1946
mit ____ Anlagen

an die
Arbeitsämter

Betrifft: Zuweisung von Lehrlingen in Handbetriebe.

In einigen Arbeitsamtsbezirken gehörten nahezu alle Inhaber der handwerklichen und industriellen Ausbildungsbetriebe der NSDAP an. Ihnen in Zukunft die Lehrberechtigung zu entziehen, würde zur Folge haben, daß noch weniger Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung stünden als bisher. Mit Einstimmigkeit dessen, daß eine derartige Maßnahme die Interessen der Jugendlichen erheblich schädigen würde, hat das Landesarbeitsamt Sachsen in Übereinstimmung mit der Industrie- und Handelskammer Sachsen, Dezernat Berufserziehung, und der Handwerkskammer keine Bedenken gegen eine Zuweisung von Lehrlingen, Anlernlingen und Praktikanten in Ausbildungsbetriebe, deren Inhaber nur nominelle Mitglieder der NSDAP waren und von den Berufsorganen des Handwerks und der Industrie sowie der Betriebsvertretung für politisch tragbar erklärt werden.

Das Landesarbeitsamt betrachtet damit die diesbezüglichen Anfragen als erledigt und bittet entsprechend zu verfahren.

I.V.:
gez. Harhoff

Beglaubigt:
Riebske
Angestellter

Besonders schwierig war es in den ersten Nachkriegsmonaten, Jugendliche in Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Die strikten Festlegungen im Rahmen der Entnazifizierung zum Entzug der Lehrberechtigung für ehemalige Mitglieder der NSDAP wurden im Interesse einer Einstellung bzw. Ausbildung von Jugendlichen nach Prüfung des Einzelfalls durch eine Rundverfügung des Landesarbeitsamtes Sachsen vom 24. Januar 1946 aufgehoben.

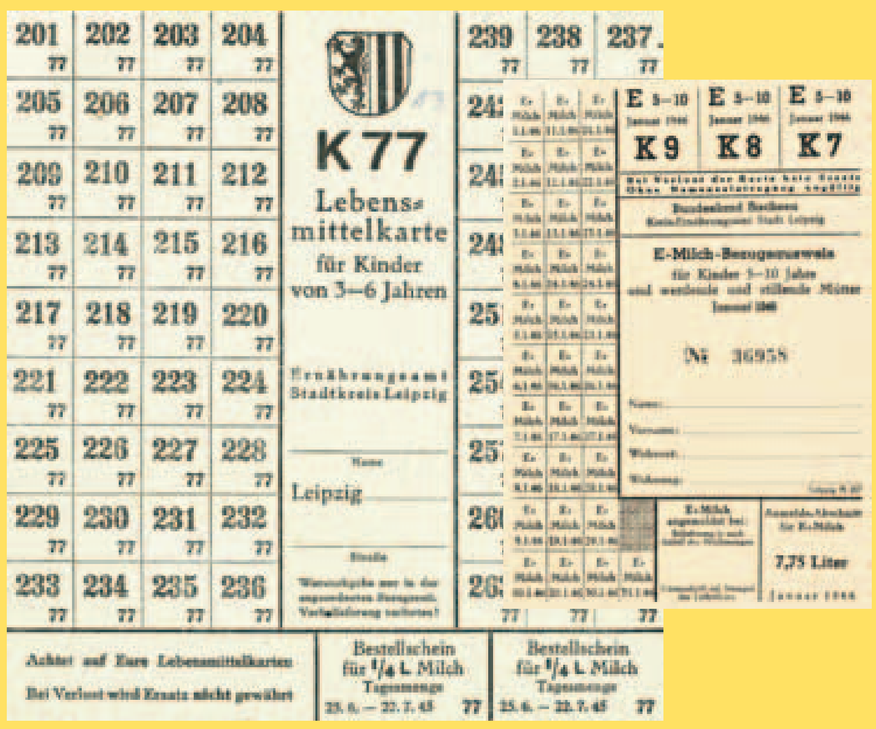
Versorgung

In den ersten Nachkriegsjahren war die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung äußerst angespannt. Die in den letzten Kriegsjahren eingeführte Bewirtschaftung vieler Konsumgüter wurde von den Militärregierungen beibehalten. Dabei war nicht gesichert, dass die auf den Lebensmittelkarten ausgewiesenen Waren auch tatsächlich zur Verfügung standen. Deshalb gehörten auf dem Ernährungssektor Hamsterei, Tauschgeschäfte und Schwarzmarkt zum allgemeinen Erscheinungsbild dieser Zeit. Die Erschließung neuer Nahrungsquellen und Anbaumethoden wie der Anbau von Tabak auf dem Balkon, die Anlegung von Gemüsebeeten auf jedem freien Fleckchen Erde, die verstärkte Nutzung von Futterrüben sicherten eine Notversorgung.

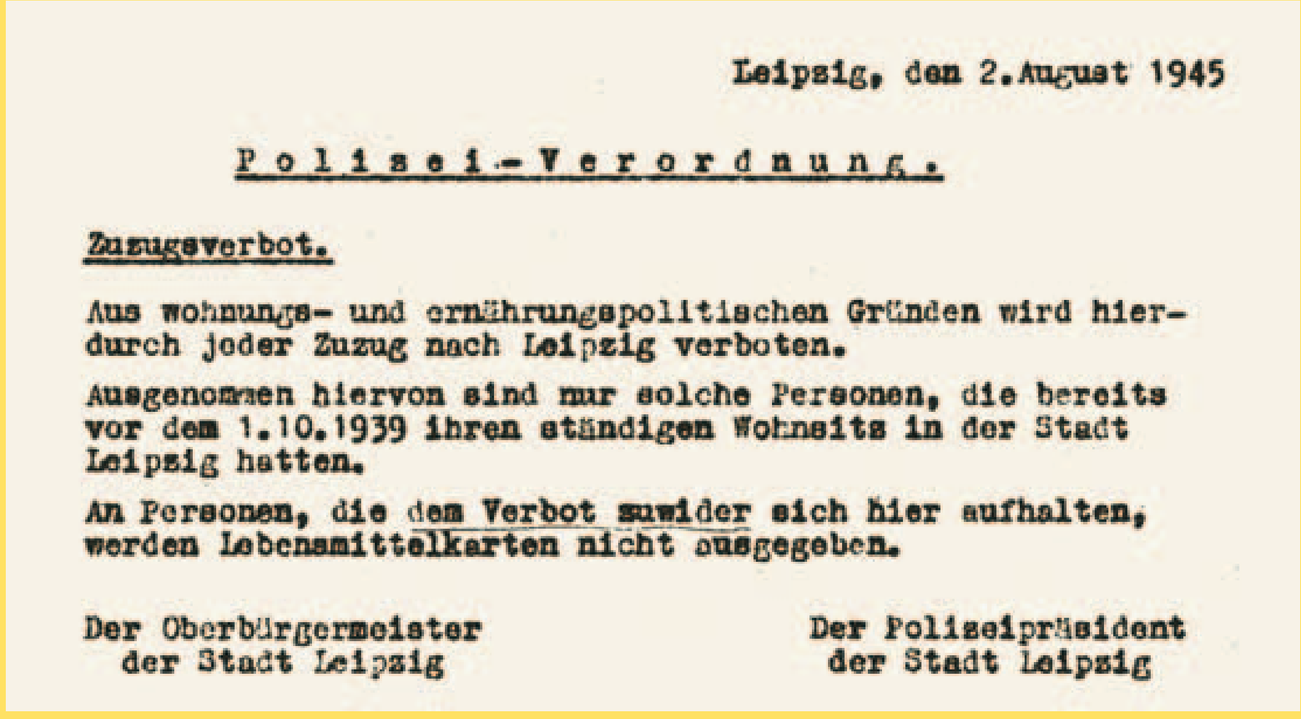
Den Geldvorräten der Bevölkerung stand nur ein minimales Warenangebot gegenüber. Eine Möglichkeit zur „legalen" Beschaffung lebensnotwendiger Waren bestand für die Leipziger in der von der Stadtverwaltung bereits seit 1944 unterstützten „Tauschzentrale" in der Grimmaischen Straße, die später von der Volkssolidarität übernommen wurde. Wie in anderen Städten blühte auch in Leipzig der Schwarze Markt auf. Hier war gegen hohe Summen Bargeld oder im Tauschhandel Ware gegen Ware nahezu alles zu beschaffen. Eine große Rolle spielte dabei die „Zigarettenwährung", womit Butter, Brot und andere Lebensmittel erstanden werden konnten. Obwohl die Polizei Razzien vornahm und die harte Bestrafung von verhafteten und verurteilten Schwarzhändlern bekannt gemacht wurde, fuhren Hunderte Leipziger in die Umgebung, um Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu tauschen. Den Beschäftigten im städtischen Ernährungsamt gelang es trotz Unterstützung der sowjetischen Stadtkommandantur oft nur durch heute abenteuerlich anmutende Aktionen, in den angrenzenden Landkreisen oder über die Landesgrenzen hinaus, Kartoffeln und Getreide aufzutreiben und diese vollständig, trotz mangelnder Transportkapazitäten nach Leipzig zu bringen.

Weder die Lebensmittelrationen noch die Zuteilung von Brennmaterial, Medikamenten oder Hausrat reichten zur täglichen Versorgung aus. Unter diesen Bedingungen blieb der Bevölkerung, nichts anderes übrig, als zu hamstern, „schwarz" zu handeln. Diejenigen, die nichts zu tauschen hatten, mussten in „Eigenproduktion" Tauschware herstellen, sei es privat in der Familie, sei es in den Fabriken. Staatliche Stellen gingen mit Hilfe der Polizei und der Medien konsequent und unnachgiebig gegen die Schwarzmarkthändler und die verheerenden Auswirkungen des Schwarzen Marktes vor.

Durch Aktionen der Volkssolidarität und der KPD entstanden unter den Losungen „Das Land hilft der Stadt" und „Die Stadt hilft dem Land" zwischen verschiedenen Landkreisen, darunter Borna und Oschatz, und der Stadt Leipzig Patenschaften zum Austausch dringend benötigter Waren. Neben Kartoffeln, Trockenmilchpulver und Bekleidung lieferten die Kreise auch Seife und nahmen Leipziger Kinder zur Erholung auf. Leipziger Betriebe fertigten im Gegenzug aus ihren Materialbeständen landwirtschaftliche Geräte und Maschinen und spendeten Baumaterialien für die Bauern und Siedler. Die Stadt Leipzig sicherte u. a. den Transport der Kohlellieferungen aus Borna und Böhlen nach Oschatz ab und erhielt dafür Hausschuhe.



K 77
Lebens-mittelkarte für Kinder von 3–6 Jahren
Ernährungsamt Stadtkreis Leipzig
Leipzig
Achtet auf Eure Lebensmittelkarten
Bei Verlust wird Ersatz nicht gewährt
Bestellschein für 1/4 L. Milch Tagesmenge 25. 6. – 22. 7. 45 77
Bestellschein für 1/4 L. Milch Tagesmenge 25. 6. – 22. 7. 45 77
E 5–10 Januar 1946 K9
E 5–10 Januar 1946 K8
E 5–10 Januar 1946 K7
Bundesland Sachsen
E-Milch-Bezugsausweis für Kinder 5–10 Jahre und werdende und stillende Mütter
№ 36958
7,75 Liter
Januar 1946



Leipzig, den 2.August 1945

Polizei-Verordnung.

Zuzugsverbot.

Aus wohnungs- und ernährungspolitischen Gründen wird hierdurch jeder Zuzug nach Leipzig verboten.

Ausgenommen hiervon sind nur solche Personen, die bereits vor dem 1.10.1939 ihren ständigen Wohnsitz in der Stadt Leipzig hatten.

An Personen, die dem Verbot zuwider sich hier aufhalten, werden Lebensmittelkarten nicht ausgegeben.

Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Der Polizeipräsident der Stadt Leipzig

Im Oktober 1945 war die Ernährungslage in Leipzig so brisant, dass ein weiterer Zuzug verboten werden musste.

Eine Form des Einkommenserwerbs war das Sammeln von Heilkräutern. Die Leipziger Schulkinder waren bis zur Wiederaufnahme des Unterrichts am 1. Oktober 1945 im Rahmen der bestehenden Schulpflicht zum Sammeln von Kräutern oder zu Arbeiten in den Schulgärten verpflichtet.

Gesundheitsfürsorge

Die Auswirkungen des Krieges waren in erster Linie am allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung ablesbar und führten zu steigenden Zahl bei den Sterbefällen. Die Säuglingssterblichkeit hatte sich in Leipzig seit Anfang der dreißiger Jahre bis 1945 verdreifacht und lag inzwischen bei 15 Prozent. Ein Teil der Bevölkerung war durch die mangelnde Ernährung sowie die schlechten hygienischen Verhältnisse so geschwächt, dass er keiner Arbeit mehr nachgehen konnte (5 Prozent der Männer und 3 Prozent der Frauen in Leipzig am Jahresende 1945). Aufgrund der hohen Bevölkerungskonzentration bestand immer wieder die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen. Jede Woche traten neue Fälle von Typhus, Ruhr und Diphtherie auf. Geschlechtskrankheiten breiteten sich gehäuft aus. Als im Mai 1945 vermehrt Typhuserkrankungen in einzelnen Bezirken der Stadt registriert wurden, rief das Stadtgesundheitsamt zu Schutzimpfungen auf und nahm bis Jahresende 5.024 Erst- und 4.403 Wiederholungsimpfungen bei öffentlichen Impfterminen vor. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Typhusgefahr zu bannen, so dass die Landesverwaltung ab 1. Januar 1946 Zwangsimpfungen für die gesamte Leipziger Bevölkerung anordnete.

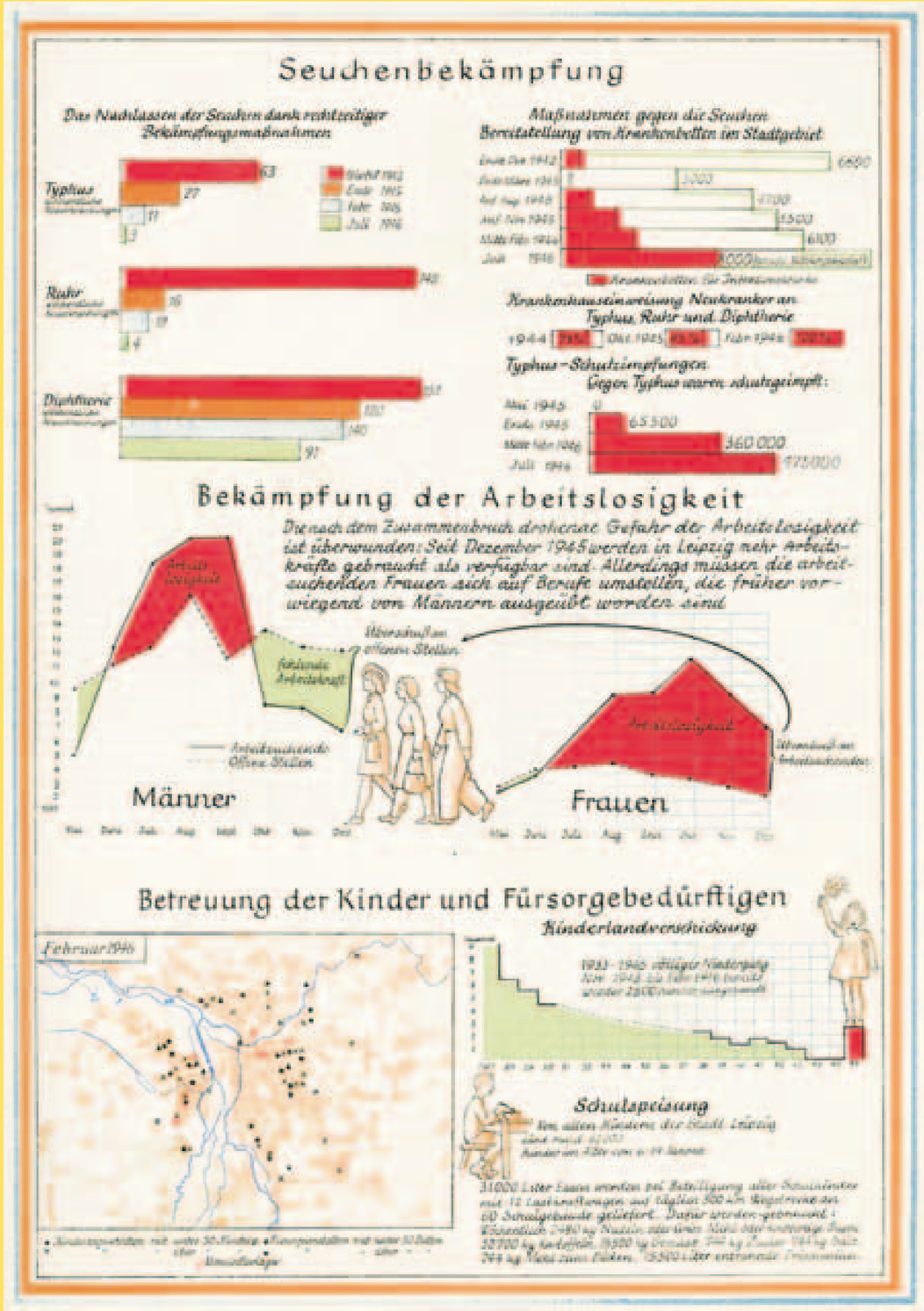
In drastischer Weise erhöhten sich die Tbc-Erkrankungen. Ein Teil der ohnehin schon dezimierten Krankenhausbetten musste deshalb ständig für Infektionskranke vorgehalten werden. Zu den Schwierigkeiten in der Wasserversorgung allgemein kam in Leipzig die schlechte Wasserqualität mit einem viel zu hohen Bleigehalt.

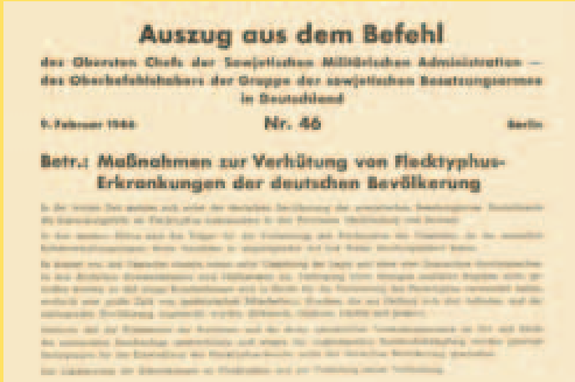
Eine geregelte medizinische Betreuung der Bevölkerung musste erst wieder aufgebaut, der Krankentransport und die ärztliche Versorgung neu organisiert werden. Überall bestand ein akuter Mangel an Medikamenten und Verbandsmaterial. Das Gesundheitsamt bemühte sich in den ersten Nachkriegsmonaten vor allem um die Absicherung der medizinischen Versorgung durch den Aufbau von Polikliniken, die bauliche Wiederherstellung der Krankenhäuser sowie den Einsatz von „Sprengelärzten", die für die Bevölkerung bestimmter Wohnbezirke zuständig sein sollten.

Das Gebäude der ehemaligen Petri-Apotheke in der Dufourstraße.

Entgegennahme von Untersuchungsproben im Bezirks-Hygieneinstitut Leipzig. In Anlehnung an die in der Sowjetunion vorhandenen hygienischen Stationen erfolgte im April 1946 in der gesamten SBZ die Gründung von Zentralstellen für Hygiene, deren Aufgabe in der Einleitung von Schutz- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen Massenerkrankungen wie Tbc, Typhus und Ruhr bestand.

Ein Großteil der Leipziger Krankenhäuser und Kliniken, wie das Rote Haus, Philipp-Rosenthal-Straße, waren zerstört oder wiesen schwere Schäden auf.





Auszug aus dem Befehl

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration — des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland

9. Februar 1946 — Nr. 46 — Berlin

Betr.: Maßnahmen zur Verhütung von Flecktyphus-Erkrankungen der deutschen Bevölkerung

Bekämpfung der Darmerkrankungen im Sommer

Ein Merkblatt
zur öffentlichen Verlesung und Besprechung
in den Gemeinden
Betrieben
Schulen
Jugend- und Frauenausschüssen

Herausgegeben von der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone

Mit dem Beginn dieses Sommers bedrohen erneut die **Darmseuchen** das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung in Stadt und Land. Das erste Nachkriegsjahr stand unter dem angespannten Bemühen aller, im Wiederaufbau des zerstörten und zerrissenen Landes neuen Lebensbedingungen für den Alltag zu schaffen. Dabei ist es durch die tätige Mithilfe der Bevölkerung und durch ihren Lebenswillen den Gesundheitsbehörden gelungen, die immer wieder aufflammenden Seuchen in anschwellender Masse einzudämmen und wirksam zu bekämpfen. Das Wesen einer breiten Seuchenbekämpfung muss in dem Bestreben liegen, weitgehend alle Möglichkeiten zur Ausbreitung der ansteckenden Krankheiten, d. h. zu ihrer Uebertragung von einem Menschen auf den anderen, auszuschalten.

Der Kampf gegen die hauptsächlichen Darmerkrankungen des Sommers, den **Unterleibstyphus** und die **Ruhr,** kann und darf nicht nur an der Oeffentlichkeit und mit öffentl. Mitteln geführt werden, wenn er Erfolg haben soll. In der Familie vielmehr und in der Wohnung jedes einzelnen müssen die Lebensgewohnheiten der Abwehr der mörderischen Krankheiten angepasst werden. **Unordnung** und **Unsauberkeit,** wozu auch nachlässige Behandlung von Lebensmitteln gehört, fördern die Weiterverbreitung aller ansteckenden **Krankheiten,** besonders über der ansteckenden Darmerkrankungen.

Schutz vor Darmerkrankungen also bietet bei jedem die Ueberwindung der Nachlässigkeit.

Hierzu gehören Bekämpfung der Fliegen, sorgfältiges Abdecken der Lebensmittel, die Abdeckung und tägliche Desinfektion aller Aborte ohne Wasserspülung durch Bestreuen mit Chlorkalk, sowie endlich eine streng durchgeführte Müllbeseitigung durch Verfüttern, Verbrennen oder tiefes Eingraben aller Abfälle.

Die **Fliegen** kommen häufig als **Uebertrager** der Krankheitserreger von Ruhr und Unterleibstyphus in Betracht. Bedenkt man, dass zwei sogenannte Winterfliegen im Sommer über 24 Millionen Nachkommen haben können, und weiter, dass jede Fliege am Rüssel und an den Beinen unzählige Krankheitserreger mit sich tragen kann, so wird jeder die Wichtigkeit der Fliegenbekämpfung einsehen. Diese ist mit verschiedenen käuflichen Mitteln gut möglich, aber auch die Jagd mit der Fliegenklatsche ist als besonders wirksam zu empfehlen. Offen herumliegende Abfälle und offene, undesinfizierte Aborte sind Brutstätten für die todbringenden Fliegen. Durch sorgfältiges Abdecken der Lebensmittel wird vermieden, dass Fliegen Krankheitskeime auf diese absetzen können.

Um den Darmkrankheiten vorzubeugen, spielt weiterhin eine wichtige Rolle die **Sauberkeit** des Körpers, besonders der **Hände.** Häufiges Händewaschen, besonders vor jeder **Berührung der Lebensmittel** und nach **Abortbenutzung,** ist erforderlich. Wenn nicht genügend Seife vorhanden ist, empfiehlt sich sorgfältiges Abspülen der Hände mit Wasser. Nicht nur die Ansteckung der eigenen Person, sondern auch die Weitergabe der Krankheitserreger durch Berührung mit anderen kann auf diese Weise vermieden werden. Niemand weiss sicher, ob er nicht **Träger von Ansteckungsstoffen** ist.

Soziale Fürsorge

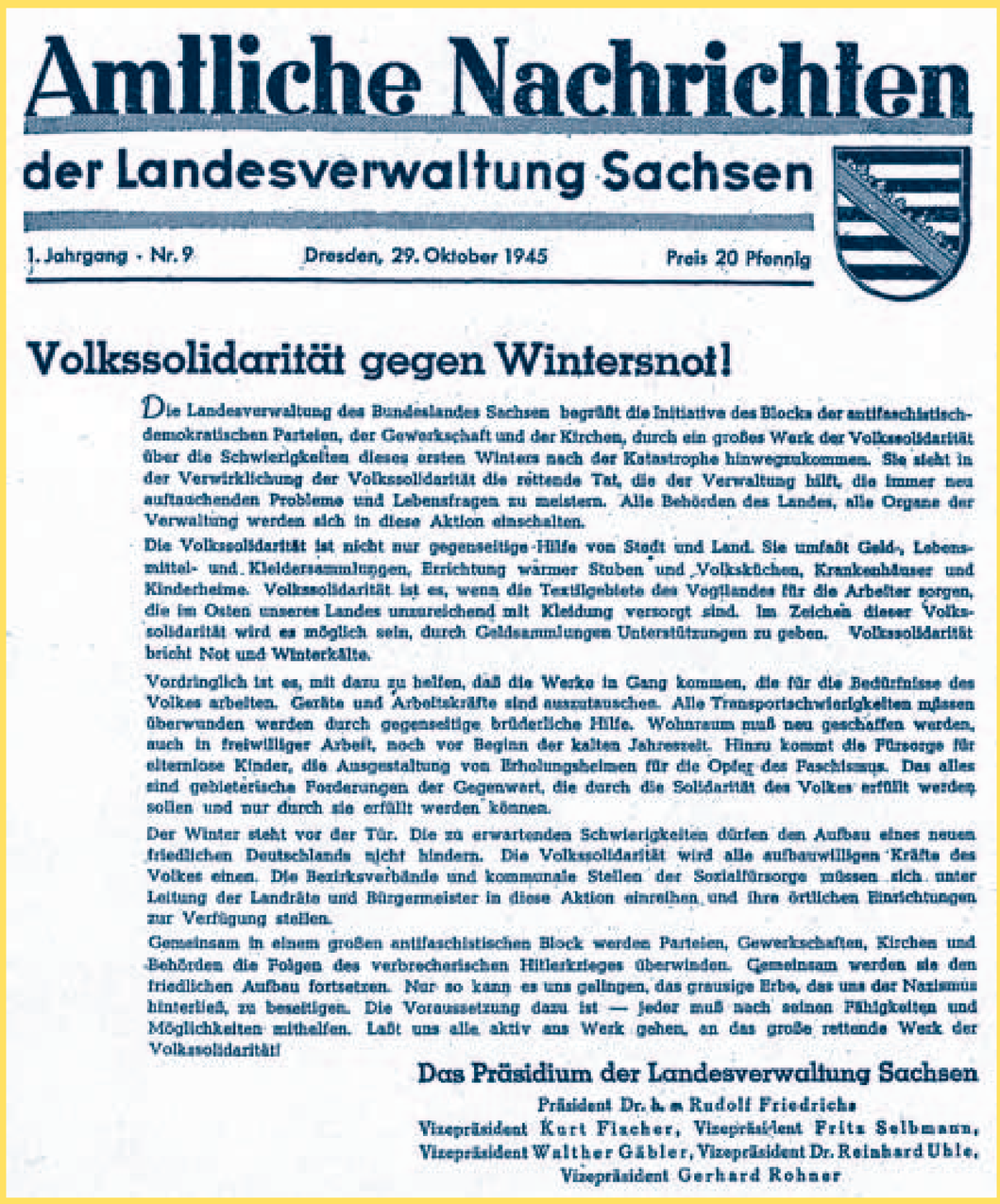
VOLKSSOLIDARITÄT

Ohne die Tätigkeit zahlreicher Hilfsorganisationen und die Koordinierung von Spenden- und Sammelaktionen wäre trotz aller Verwaltungsanordnungen die allgemeine Not kaum zu lindern gewesen. Die bereits in den letzten Kriegsmonaten einsetzenden Hilfsaktionen wurden von einer, alle politischen und religiösen Vorbehalte überwindenden breiten Bevölkerungsschicht getragen.

Neben kirchlichen Einrichtungen, die auch Spenden aus dem Ausland verteilten und der individuellen persönlichen Unterstützung von Hilfsbedürftigen trugen besonders die Aktionen der im Oktober 1945 als Massenorganisation gegründeten „Volkssolidarität" zur Unterstützung von Bombengeschädigten, Flüchtlingen und Vertriebenen, heimkehrenden Evakuierten und Kriegsgefangenen, aber auch der Not leidenden einheimischen Bevölkerung bei. Durch die Unterstützung der KPD und der anderen im „Antifaschistischen Block" zusammenarbeitenden Parteien und des FDGB kristallisierte sich die Volkssolidarität besonders in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens zu der Hilfsorganisation mit der breitesten öffentlichen Präsenz und gesellschaftlichen Wirksamkeit heraus. Dementsprechend umfassend war auch ihr Tätigkeitsfeld: Die Volkssolidarität sammelte Geld, Lebensmittel, Kleidung, Geschirr, Möbel und Wäsche, um den im Krieg besonders hart betroffenen Menschen den Neubeginn mit einer ersten, bescheidenen Ausstattung zu ermöglichen. Durch die Volkssolidarität wurden Näh- und Wärmstuben betrieben und Spielzeug- und Kleidersammlungen für die Gestaltung von Weihnachtsfeiern für Kinder und Rentner organisiert. In Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Leipzig organisierte sie das Schulessen in Leipzig und schuf Möglichkeiten, damit sich Leipziger Kinder im Umland erholen konnten. Die Volkssolidarität initiierte aber auch Einsätze zur Enttrümmerung, zur Ingangsetzung, zum Ausbau und Neuaufbau von Betrieben. Sie organisierte die Rückkehr von Kindern, die kriegsbedingt nach Sachsen evakuiert worden waren, in die westlichen Besatzungszonen und vermittelte Kriegswaisen in Pflegestellen. Über einen „Bauernhilfsfonds" aus Spenden unterstützte sie Neubauern und war damit ebenso in ländlichen Regionen aktiv. Durch die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes verteilte die Volkssolidarität Spenden mit Lebensmitteln, Medikamenten und Wolldecken aus Irland, der Schweiz, Schweden und den USA.

Anfang Dezember 1945 nahmen über 60.000 Leipziger Kinder an der Schulspeisung teil. Gegen ein geringes Entgelt erhielten die Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren täglich ein warmes Essen. Als Anfang 1946 die Lebensmittel immer knapper wurden, musste auch die Schulspeisung eingeschränkt werden. Die Volkssolidarität konnte zeitweise pro Kind lediglich ein Brötchen mit Malzkaffee verteilen.

Verabschiedung Leipziger Schulkinder im Rahmen der durch die Volkssolidarität organisierten „Kinderlandverschickung" am 8. Juli 1946 in den Kreis Döbeln. Allein im Zeitraum von November 1945 bis Weihnachten 1946 erholten sich über 25.000 Leipziger Kinder im Umland Leipzigs.



Amtliche Nachrichten
der Landesverwaltung Sachsen

1. Jahrgang · Nr. 9 Dresden, 29. Oktober 1945 Preis 20 Pfennig

Volkssolidarität gegen Wintersnot!

Die Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen begrüßt die Initiative des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Gewerkschaft und der Kirchen, durch ein großes Werk der Volkssolidarität über die Schwierigkeiten dieses ersten Winters nach der Katastrophe hinwegzukommen. Sie sieht in der Verwirklichung der Volkssolidarität die rettende Tat, die der Verwaltung hilft, die immer neu auftauchenden Probleme und Lebensfragen zu meistern. Alle Behörden des Landes, alle Organe der Verwaltung werden sich in diese Aktion einschalten.

Die Volkssolidarität ist nicht nur gegenseitige Hilfe von Stadt und Land. Sie umfaßt Geld-, Lebensmittel- und Kleidersammlungen, Errichtung wärmer Stuben und Volksküchen, Krankenhäuser und Kinderheime. Volkssolidarität ist es, wenn die Textilgebiete des Vogtlandes für die Arbeiter sorgen, die im Osten unseres Landes unzureichend mit Kleidung versorgt sind. Im Zeichen dieser Volkssolidarität wird es möglich sein, durch Geldsammlungen Unterstützungen zu geben. Volkssolidarität bricht Not und Winterkälte.

Vordringlich ist es, mit dazu zu helfen, daß die Werke in Gang kommen, die für die Bedürfnisse des Volkes arbeiten. Geräte und Arbeitskräfte sind auszutauschen. Alle Transportschwierigkeiten müssen überwunden werden durch gegenseitige brüderliche Hilfe. Wohnraum muß neu geschaffen werden, auch in freiwilliger Arbeit, noch vor Beginn der kalten Jahreszeit. Hinzu kommt die Fürsorge für elternlose Kinder, die Ausgestaltung von Erholungsheimen für die Opfer des Faschismus. Das alles sind gebieterische Forderungen der Gegenwart, die durch die Solidarität des Volkes erfüllt werden sollen und nur durch sie erfüllt werden können.

Der Winter steht vor der Tür. Die zu erwartenden Schwierigkeiten dürfen den Aufbau eines neuen friedlichen Deutschlands nicht hindern. Die Volkssolidarität wird alle aufbauwilligen Kräfte des Volkes einen. Die Bezirksverbände und kommunale Stellen der Sozialfürsorge müssen sich unter Leitung der Landräte und Bürgermeister in diese Aktion einreihen und ihre örtlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Gemeinsam in einem großen antifaschistischen Block werden Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Behörden die Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges überwinden. Gemeinsam werden sie den friedlichen Aufbau fortsetzen. Nur so kann es uns gelingen, das grausige Erbe, das uns der Nazismus hinterließ, zu beseitigen. Die Voraussetzung dazu ist — jeder muß nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten mithelfen. Laßt uns alle aktiv ans Werk gehen, an das große rettende Werk der Volkssolidarität!

Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen

Präsident Dr. h. c. Rudolf Friedrichs
Vizepräsident Kurt Fischer, Vizepräsident Fritz Selbmann,
Vizepräsident Walther Gäbler, Vizepräsident Dr. Reinhard Uhle,
Vizepräsident Gerhard Rohner

Ein Unterausschuss der Volkssolidarität beschäftigte sich ausschließlich mit der Kohlenversorgung der Leipziger Bevölkerung und organisierte 1946 in der Kohlengrube Kulkwitz eine „Kohlenaktion" für die Stadt. Das Transportproblem wurde mit Hilfe der Verkehrsbetriebe gelöst: Nachts brachten 30, mit Leuchtgas betriebene Omnibusse jeweils 200 Tonnen Kohle nach Leipzig, die vorrangig an Kindergärten, Krankenhäuser, Wärmehallen sowie die Industrie zur Aufrechterhaltung der Produktion verteilt wurden.

Die Hilfsmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung in den Stadt- und Landgemeinden wurden überwiegende von der Volkssolidarität initiiert. Zum Rahmenprogramm gehörte auch die kulturelle Begleitung der Aktionen mit Chor- und Orchesterauftritten

An der Südseite des Karl-Marx-Platzes wurden am 11. April 1945 durch freiwillige Helfer der Volkssolidarität die letzten Reste der 25.000 qm Trümmerschutt beseitigt. Damit konnte die Zielstellung zum 1. Mai 1946 bereits vorfristig erfüllt werden. In der Bildmitte der Oberbürgermeister Dr. Erich Zeigner.

Kultur, Bildung und Wissenschaft

Vorrangiges Ziel der Menschen nach dem Kriegsende war das Überleben.
Die Schulen blieben zunächst geschlossen, kulturelle und sportliche Betätigung wurde bereits seit 1939 eingeschränkt und war schließlich fast unmöglich. Spätestens in den letzten Kriegswochen stellten die meisten der verbliebenen Bildungs- und Forschungsanstalten in Deutschland ihre Tätigkeit ein.
Bereits in den ersten Monaten nach Kriegsende versuchten viele dieser Einrichtungen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, wurden aber mehr oder weniger durch die Militär- und Zivilverwaltungen daran gehindert, da erst die Ergebnisse der Entnazifizierungsverfahren abzuwarten waren. Im kulturellen Bereich wurden die Maßnahmen der Besatzungsmächte zur „Reeducation" der Deutschen besonders sichtbar. Ob in Zeitungen oder Hörfunk, Schulen und Universitäten, Theatern und Lichtspieltheatern oder Kunstausstellungen – überall sollte der „alte Geist" des Nationalsozialismus ausgerottet werden und ein „neuer Geist" Einzug halten. Sowjetische und kommunistische Kulturpolitiker bemühten sich in der SBZ um den gemeinsamen Aufbau der Kultur mit Repräsentanten anderer politischer Richtungen, beschworen die Traditionen eines „anderen Deutschlands" mit den Werken von Heine, Thomas und Heinrich Mann, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, Schubert, Hegel und Marx. Aufgrund der Papierknappheit blieb die Versorgung mit neuen Büchern jedoch lange Zeit weit hinter der Nachfrage zurück. Dafür boten Rundfunk und Kino bald viele Möglichkeiten der Information und Unterhaltung.
Die Leipziger Theater mussten nach ihrer Zerstörung bis weit in die Nachkriegszeit in Behelfsgebäuden spielen. Verluste an Requisiten, Kostümen und Kulissen forderten zur Improvisation heraus. Aufgeführt wurden nun auch wieder jüdische Autoren oder Komponisten. Das meistgespielte Stück in der SBZ war Lessings „Nathan der Weise", das zu Toleranz und Frieden aufruft und während der NS-Diktatur nicht aufgeführt werden durfte. Daneben wurden im Herbst 1945 erste Musik- und Theaterfestwochen, wenn auch zunächst ausschließlich mit Werken sowjetischer Autoren und Komponisten, unter Beteiligung des Thomanerchores und des Gewandhausorchesters, initiiert.

In der bildenden Kunst stand die Auseinandersetzung mit Krieg und Unterdrückung sowie die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand bald im Mittelpunkt der von der SMAD und KPD/SED geförderten künstlerischen Gestaltung. Der Hunger nach Bildern wurde schon wenige Monate nach Kriegsende mit Kunstausstellungen gestillt. Die Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei und der Zentralbücherei für Blinde, die Unterrichtsaufnahme an der Leipziger Volkshochschule oder die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der Universität und der Hochschule für Musik im Jahr 1946 zeugen von den Anstrengungen, mit Unterstützung und Genehmigung der SMAD wieder ein vielfältiges kulturelles Leben zu gestalten und Bildungsmöglichkeiten zu bieten. 1945 besuchten über 80.000 Leipziger die rund 370 Vorstellungen von Oper, Schauspiel, Operette, Konzert, Varieté und Kabarett. Obwohl noch mehr Plätze zur Verfügung standen, war es auf Grund der angespannten Versorgungslage, schlechter Transportmöglichkeiten, Stromsperren und Geldmangel nicht Jedem möglich, die Kulturveranstaltungen zu besuchen.
Auch die Leipziger Kulturstätten hatten unter den Entnahmen und Reparationen der sowjetischen Militärverwaltung zu leiden. So musste der Leipziger Zoo zum Beispiel einen Teil seines über die Kriegszerstörungen geretteten Tierbestandes an den Tierpark Kiew abtreten. In den Museen und Bibliotheken kam es zur Beschlagnahme und zum Abtransport von Kunstgegenständen und wertvollen Büchern.

Foyer des am 20. Juli 1944 ausgebrannten Gewandhauses. Nach dem Kriegsende fanden Konzerte zunächst im Filmtheater „Capitol" statt. 1946 wurde die Kongresshalle zur neuen Heimstatt des Gewandhausorchesters.

Rundfunkinterview mit Jugendlichen beim Enttrümmern, 1946.

RECHTS. Ruinen Hochschule für Musik, Grassistraße 8.

Wiedererrichtung der Kunstinstitute

In seinem Befehl über die Wiedererrichtung und die Tätigkeit von Kunstinstituten hat der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall der Sowjetunion G. Shukow, Bestimmungen über die grundlegenden Aufgaben von Körperschaften und Unternehmungen der Kunst in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands getroffen. Diese Aufgaben sind:

a) volle Befreiung der Kunst von nazistischen, rassischen, militärischen und anderen reaktionären Ideen und Tendenzen;

b) aktive Verwendung der Kunstmittel im Kampf mit dem Faschismus und für die Umerziehung des deutschen Volkes im Sinne einer folgerichtigen Demokratie;

c) eingehende Einführung in die Kunst der Welt und das russische Kunstschaffen.

Der Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung setzt folgende Bestätigungsordnung des Netzes der Theater und musikalischen Unternehmungen und Einrichtungen in der sowjetischen Besatzungszone fest:

Die Leiter aller Arten von Kulturunternehmungen und die Programme ihrer Tätigkeit werden von den entsprechenden Organen der Sowjetischen Militärverwaltung bestätigt. Die Repertoirepläne aller Schauspielhäuser Opern, Operetten, sinfonischer Orchester und Kapellen der sowjetischen Besatzungszone Berlins sind in der Abteilung für Volksbildung der Sowjetischen Militärverwaltung nach Vorschlägen der deutschen Verwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone zu registrieren.

Programme und Repertoires aller Theater-, Varieté-, Kabarett- und sonstiger Aufführungen in anderen Städten der sowjetischen Besatzungszone werden durch die Organe der Sowjetischen Militärverwaltung in den Provinzen und Bundesländern bei den Stadt- und Bezirkskommandanten registriert.

Der Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung verbietet jede Veranstaltung von künstlerischen Ausstellungen in der sowjetischen Besatzungszone, einschließlich der sowjetischen Zone von Berlin, ohne Wissen und Erlaubnis der deutschen Verwaltung für Volksbildung bzw. ihrer örtlichen Dienststellen.

Auf Genehmigung der SMAD durfte der Leipziger Rundfunk im Herbst 1945 seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Zunächst konnte nur das Programm des Berliner und des Moskauer Rundfunks empfangen und weitergeleitet werden. Erst im Juni 1946 begann der Sender Leipzig der Springerstraße 24 mit der Ausstrahlung eines eigenen Programms. Ebenfalls im Juni 1946 hatte sich das Rundfunk-Sinfonieorchester wieder gegründet. Die Aufnahme zeigt Orchestermitglieder beim Enttrümmern der Senderäume, 1946.

REPERTOIRE

STÄDTISCHE OPER

Bisher:
Beethoven:
Fidelio
Weber:
Der Freischütz
Zöllner:
Tiefland
Puccini:
Madame Butterfly
Smetana:
Die verkaufte Braut
Auber:
Fra Diavolo
Tschaikowsky:
Eugen Onegin
Offenbach:
Hoffmanns Erzählungen
Puccini:
Tosca
Lortzing:
Der Wildschütz
Verdi:
Der Troubadour
Mozart:
Don Juan

In Vorbereitung:
Thomas:
Mignon
Massenet:
Manon
Mascagni:
Cavalleria rusticana
Leoncavallo:
Der Bajazzo
(Bajazzoabend)
Humpert:
Gauneriziele der Cagnolle
Glattauer:
Das Fest des Abdecaan
Borodin:
Polowetzer Tänze

STÄDTISCHES SCHAUSPIEL

Bisher:
Bildauer:
Werwerk (Schauspiel)
Raynal:
Das Grab des unbekannten Soldaten (Schauspiel)
Gogol:
Die Heirat (Komödie)
Tschechow:
Die Möwe (Schauspiel)
Shakespeare:
Ein Sommernachtstraum
Musik: Mendelssohn-Bartholdy, Übersetzung: Bethe
Kaiser:
Kolportage (Komödie)
Kilbund:
X Y Z (Spiel um Doron)
Wolf:
Dr. Wunder (Schauspiel)
Lessing:
Nathan der Weise (Schauspiel)
Michael:
Ausflug mit Damen (Komödie)

In Vorbereitung:
Gillvlitt:
Erbe seiner selbst (Komödie)
Hauptmann, Franz:
Bauernkrieg (Schauspiel)
Wolzenbiete:
Die Illegalen (Schauspiel)
Gräffparcet:
Weh dem, der lügt (Lustspiel)
Schiller:
Kabale und Liebe (Trauerspiel)

SPIELPLAN

Oper in Dreilinden

Montag, 22. April: Madame Butterfly
Dienstag, 23. April: Der Troubadour
Mittwoch, 24. April: Der Wildschütz
Donnerstag, 25. April: Die verkaufte Braut
Freitag, 26. April: Eugen Onegin
Sonnabend, 27. April: Don Juan
Sonntag, 28. April: Hoffmanns Erzählungen

Schauspiel im neuen Hause – Gottschedstraße 8

Montag, 22. April: Ausflug mit Damen / Ein Sommernachtstraum
Dienstag, 23. April: Ausflug mit Damen
Mittwoch, 24. April: Nathan der Weise
Donnerstag, 25. April: Nathan der Weise
Freitag, 26. April: Ausflug mit Damen
Sonnabend, 27. April: Sommernachtstraum
Sonntag, 28. April: Ausflug mit Damen

STÄDTISCHE THEATER LEIPZIG

OPER

Städtische Theater Leipzig — SCHAUSPIEL — im neuen Hause Gottschedstr. 8

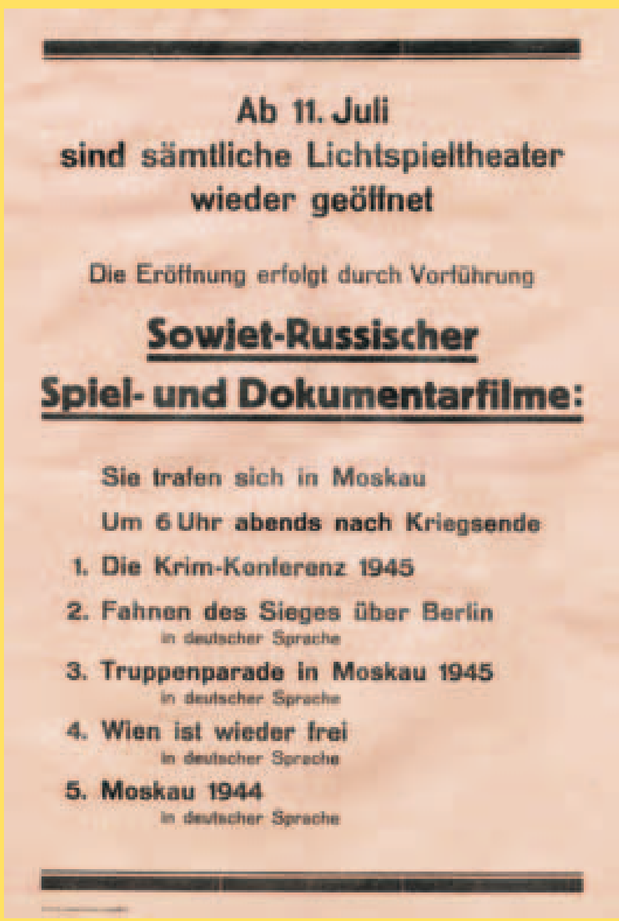
Freitag, 28. Dezember 1945

Sommernachtstraum

von William Shakespeare

Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy

Ebenfalls hoch in der Gunst des unterhaltungsbedürftigen Publikums standen Musik-, Schauspiel- und Kabarettveranstaltungen. Am 29. Juli 1945 wurde als erste Nachkriegsaufführung die Oper „Fidelio" von Ludwig van Beethoven gespielt. Da alle Leipziger Theater zerstört waren, fand die Aufführung in den Räumen des Varieté-Theaters „Drei Linden" statt.



Ab 11. Juli
sind sämtliche Lichtspieltheater
wieder geöffnet

Die Eröffnung erfolgt durch Vorführung

Sowjet-Russischer
Spiel- und Dokumentarfilme:

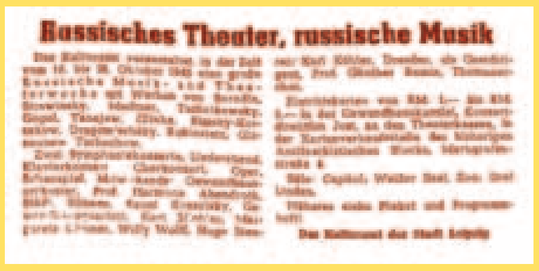
Sie trafen sich in Moskau
Um 6 Uhr abends nach Kriegsende

1. Die Krim-Konferenz 1945
2. Fahnen des Sieges über Berlin
in deutscher Sprache
3. Truppenparade in Moskau 1945
in deutscher Sprache
4. Wien ist wieder frei
in deutscher Sprache
5. Moskau 1944
in deutscher Sprache

Mitteilung über die Wiedereröffnung der Lichtspieltheater in Leipzig am 11. Juli 1945 mit der Aufführung sowjetischer Spiel- und Dokumentarfilme. Im Juli 1945 gab es in Leipzig bereits wieder 31 bespielte Filmtheater. Alle Filme wurden vor ihrer Aufführung von einer politischen Kommission auf ihre Zulässigkeit geprüft. Da ein Großteil der Leipziger Kinobesitzer Mitglied der NSDAP war, wurden ihre Lichtspieltheater beschlagnahmt und unter treuhänderische Verwaltung der SMAD bzw. des Rates der Stadt gestellt.

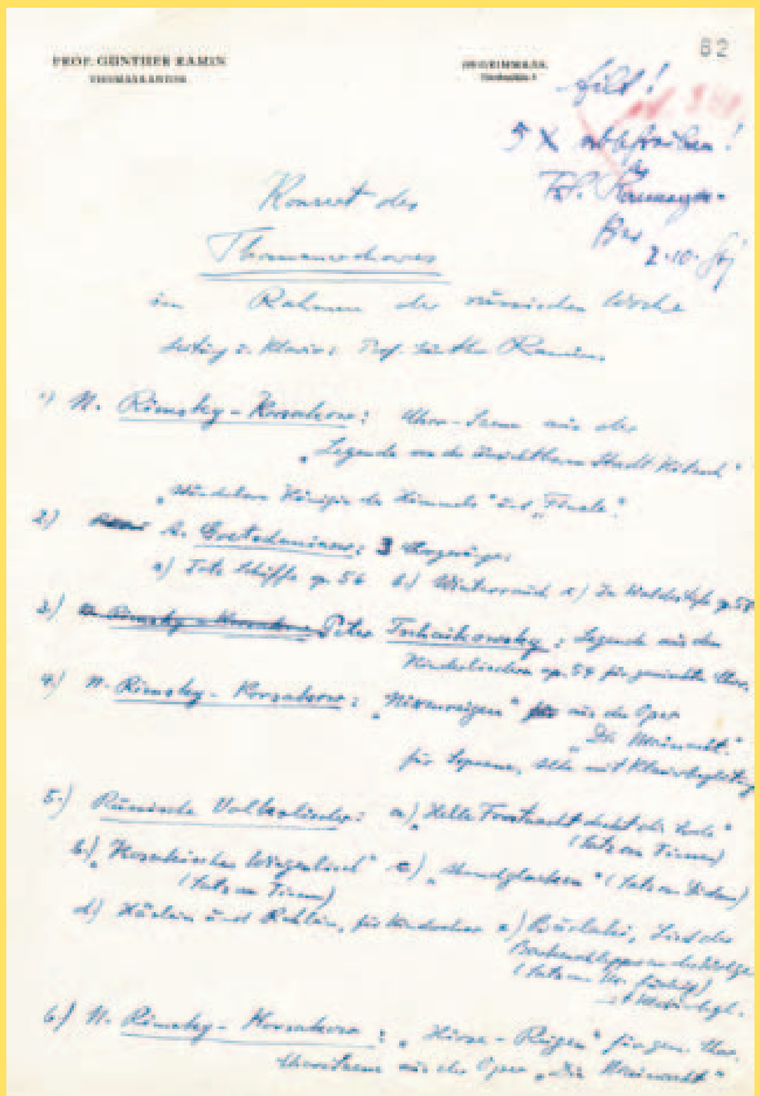
Am 15. Oktober 1946 kam als erste deutsche Nachkriegsproduktion der von der DEFA in Zusammenarbeit mit der SMAD produzierte Spielfilm „Die Mörder sind unter uns" in die Lichtspieltheater.

Die Kongresshalle am Zoo konnte schon im Mai 1946 für die erste „Friedensmesse" als Ausstellungsfläche genutzt werden. Der rekonstruierte große Saal wurde mit einer Eröffnungsfeier am 19. August 1946 eingeweiht, bei der das Gewandhausorchester die 5. Sinfonie von Ludwig van Beethoven aufführte. Im Saal der Kongresshalle fanden Tagungen und politische Großveranstaltungen, aber auch Konzerte, Unterhaltungs- und Tanzabende statt. Tanzabend mit dem Orchester Kurt Henkels in der Kongresshalle, 1946. (Foto rechts)



Russisches Theater, russische Musik

In der Woche vom 18. bis 28. Oktober 1945 veranstaltete das Kulturamt der Stadt Leipzig mit Genehmigung der sowjetischen Kommandantur eine „Russische Musik- und Theaterwoche". Für das Programm waren neben Opern- und Schauspielaufführungen auch Konzerte des Gewandhausorchesters und des Thomanerchores vorgesehen. Am 2. Oktober 1945 unterbreitete Thomaskantor Prof. Günther Ramin Vorschläge für die Programmabfolge, u.a. mit Werken von Tschaikowski.



PROF. GÜNTHER RAMIN
THOMASKANTOR

Ruine des Neuen Theaters, 1946.

Schulen

Besonders hart betroffen von den Auswirkungen der Bombardierungen des Stadtgebietes war das Leipziger Schulwesen. Die Mehrheit der Schulen war schwer beschädigt oder völlig zerstört (80 Prozent). Ein Teil diente während und nach dem Krieg als Lazarett, Hilfskrankenhaus und Flüchtlingslager. Die Wiederherstellung von Schulräumen und die Wiederaufnahme des Unterrichts wurde deshalb zu einer der dringendsten Aufgaben der Stadtverwaltung, als mit dem Befehl Nr. 40 der SMAD der Unterrichtsbeginn für den 1. Oktober 1945 angeordnet wurde. Gebäude waren instand zu setzen, Schulbücher und Lehrmittel mussten geprüft und alle militaristisch oder nationalsozialistisch belasteten Unterlagen entfernt werden. In enger Absprache mit der evangelischen und der katholischen Kirche wurde die Wiedereinführung des Religionsunterrichts geregelt.
Das Schuljahr 1945/46 begann am 1. Oktober 1945 in Leipzig in 107 Volks-, Berufs-, Fach- und Oberschulen, die in 76 Schulgebäuden untergebracht waren.

Kurz nach dem Kriegsende setzten die sowjetischen Militärverwaltungen viele Kommunisten in Schlüsselpositionen der Bildungsverwaltung ein. Bereits im Oktober 1945 veröffentlichten die KPD und die SPD einen gemeinsamen Aufruf zur Schulreform, dessen Leitgedanken in das von den Provinzial- und Länderverwaltungen beschlossene „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ von Mai/Juni 1946 eingingen. Erklärtes Ziel der Bildungsreform war die „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs“. An die Stelle des alten, institutionell differenzierten Schulsystems trat eine achtjährige Einheitsschule für alle Kinder, der je nach Bildungsweg Oberstufe oder Berufsschule folgten. Privatschulen wurden aufgelöst.
Als Hauptproblem erwies sich die Besetzung der Lehrerstellen, da von den rund 2.200 Lehrkräften in Leipzig ca. 60 Prozent NSDAP-Mitglieder waren und größtenteils ausscheiden mussten. Außerdem befanden sich noch rund 400 Leipziger Lehrer in Kriegsgefangenschaft. Bereits mit der amerikanischen Stadtkommandantur gab es Verhandlungen zur personellen Besetzung der leitenden Stellen an den Bildungseinrichtungen. Alle Direktoren und Schulleiter, die NSDAP-Mitglied waren, wurden zunächst abberufen und teilweise die 1933 entlassenen Lehrkräfte wieder eingestellt. Der Unterricht wurde jedoch nicht aufgenommen.
Im Rahmen der nachfolgenden politischen Überprüfungen unter der sowjetischen Besatzungsmacht wurden etwa 700 Personen entlassen, um eine „antifaschistische Erziehung“ der Kinder zu gewährleisten. Ende 1945 waren von den insgesamt 1.080 Leipziger Lehrern 669 Neulehrer, die zunächst in zweimonatigen Schnellkursen und Seminaren ausgebildet worden waren. Eine reguläre Ausbildung begann für die ersten 1.200 Neulehrer am 17. Januar 1946 in einem achtmonatigen Lehrgang.

Der Thomanerchor war nach dem Luftangriff vom 4. Dezember 1943 nach Grimma evakuiert worden, da sowohl die Thomasschule als auch das Alumnat schwere Schäden aufwiesen.

Amtliche Nachrichten
der Landesverwaltung Sachsen

1. Jahrgang · Nr. 17 Dresden, 29. Dezember 1945 Preis 20 Pfennig

Aufruf zur Teilnahme an den Ausbildungskursen für Neulehrer

Die demokratische Erneuerung des deutschen Schulwesens kann nur von einer Lehrerschaft durchgeführt werden, die fähig und gewillt ist, im Geiste der Völkerversöhnung und Völkerverständigung, im Geiste einer wahrhaften Demokratie zu erziehen. Großen Teilen der bisherigen Lehrerschaft kann diese Erziehungsaufgabe nicht übertragen werden, weil sie während der letzten zwölf Jahre in der Schule Propagandisten des Dritten Reiches und außerhalb der Schule Aktivisten der Nazipartei waren.

Im Bundesland Sachsen fehlen 9000 Lehrer!

Zur Behebung dieses Lehrermangels werden ab 1. Januar 1946 in allen Landesteilen kurzfristige Kurse für Neulehrer durchgeführt. Zur Teilnahme an diesen Kursen werden ehemalige Nazis, Offiziere und HJ-Führer nicht zugelassen.

Die Hörer der Kurse sollen nicht privilegierten besitzenden Schichten entstammen, sondern sollen die Söhne und Töchter des werktätigen Volkes sein. Die Teilnahme an den Kursen ist kostenlos. Es sollen aus den Kreisen der Arbeiter, Bauern, werktätigen Intellektuellen, Frauen und Jugendlichen Persönlichkeiten zum Lehrerberuf ausgebildet werden, die befähigt und gewillt sind, im Geiste der Demokratie zu erziehen.

Die Landesverwaltung Sachsen, der Block der vier antifaschistischen demokratischen Parteien und der Landesausschuß des FDGB fordern hiermit die Werktätigen beiderlei Geschlechts in Stadt und Land auf, sich in den Dienst der Jugenderziehung zu stellen. Insbesondere ergeht der Ruf an die antifaschistische Jugend, die die Schule mit jugendlichem Schwung erfüllen soll und der gleichzeitig die Aufgabe zufällt, eine wesentliche Verjüngung der stark überalterten Lehrerschaft herbeizuführen.

Die Landesverwaltung, der Block der vier antifaschistischen Parteien und der Landesausschuß des FDGB fordern die Frauen- und Jugendausschüsse auf, mit ihnen gemeinsam den neuen Lehrer zu schaffen, der in der Lage ist, die demokratische Schulreform durchzuführen und zu garantieren.

Werktätige in Stadt und Land, Frauen und Jugendliche, meldet euch sofort bei den Bezirksschulräten zu den Ausbildungskursen für Lehrer! Werdet Neulehrer, die es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, durch die Erziehung der Jugend die Grundlage dafür zu schaffen, daß das deutsche Volk wieder in die Gemeinschaft der demokratischen, friedliebenden Völker aufgenommen wird!

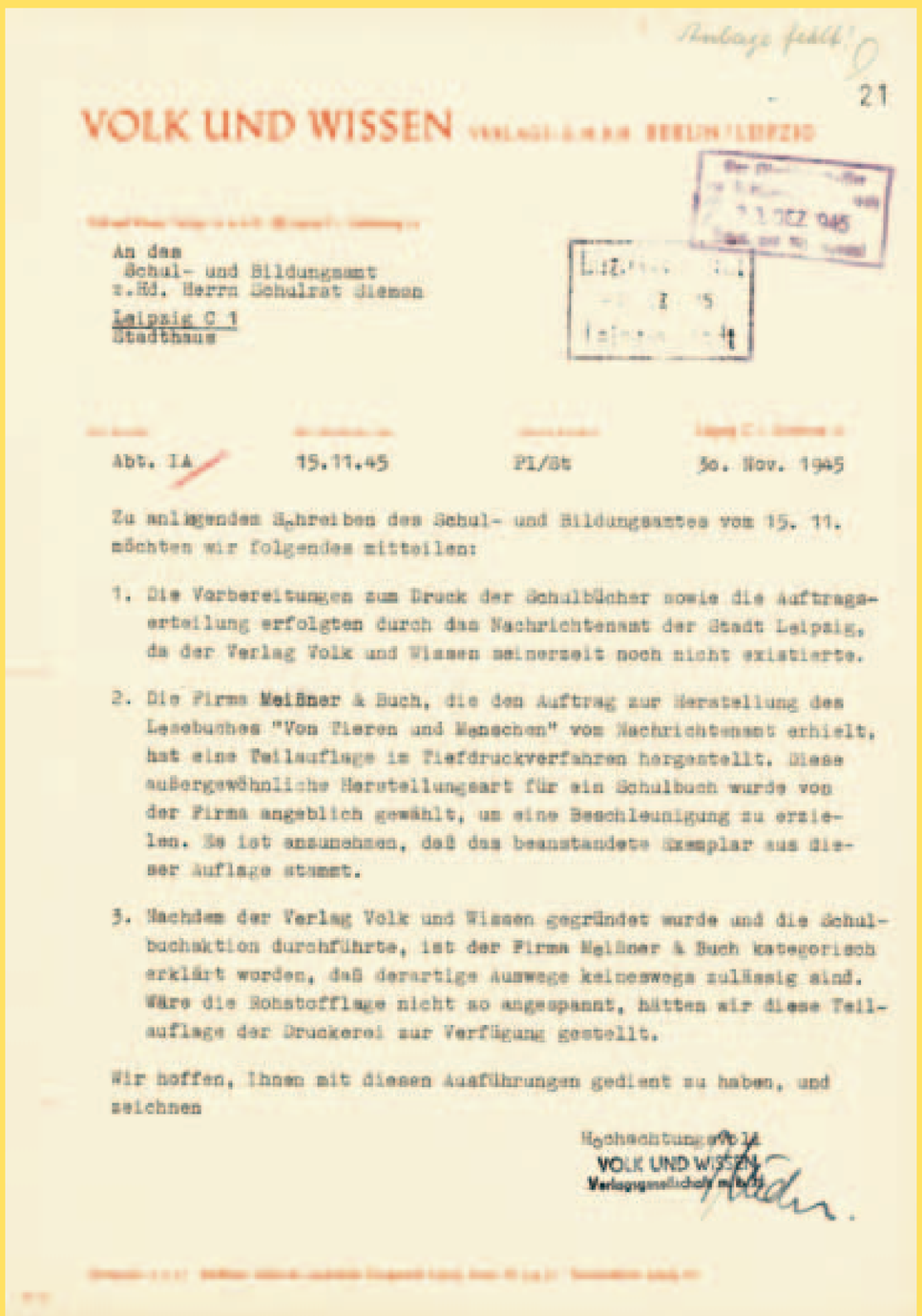
Dresden, 20. Dezember 1945.

Landesverwaltung Sachsen
Dr. h. c. Friedrichs, Präsident

Kurt Fischer, 1. Vizepräsident · Selbmann, Vizepräsident · Gäbler, Vizepräsident · Dr. Dr. Uhle, Vizepräsident · Rehser, Vizepräsident

Block der Antifaschistisch-demokratischen Parteien des Bundeslandes Sachsen

Kommunistische Partei Deutschlands: Hermann Matern, Fritz Große, Arthur Schlieba
Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Otto Buchwitz, Arno Haufe, Felix Kaden
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands: Prof. Dr. Kastner, E. Scheiding
Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Joh. Dieckmann, D. Hickmann, Koring, Richter
Landesausschuß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes: Otto Seiffert, Alfred Neubert, Heinrich Picker



Anlage fehlt!

21

VOLK UND WISSEN VERLAGS-G.M.B.H. BERLIN/LEIPZIG

An das
Schul- und Bildungsamt
z.Hd. Herrn Schulrat Siemon
Leipzig C 1
Stadthaus

Abt. IA 15.11.45 Pl/St 30. Nov. 1945

Zu anliegendem Schreiben des Schul- und Bildungsamtes vom 15. 11. möchten wir folgendes mitteilen:

1. Die Vorbereitungen zum Druck der Schulbücher sowie die Auftragserteilung erfolgten durch das Nachrichtenamt der Stadt Leipzig, da der Verlag Volk und Wissen seinerzeit noch nicht existierte.

2. Die Firma Meißner & Buch, die den Auftrag zur Herstellung des Lesebuches "Von Tieren und Menschen" vom Nachrichtenamt erhielt, hat eine Teilauflage im Tiefdruckverfahren hergestellt. Diese außergewöhnliche Herstellungsart für ein Schulbuch wurde von der Firma angeblich gewählt, um eine Beschleunigung zu erzielen. Es ist anzunehmen, daß das beanstandete Exemplar aus dieser Auflage stammt.

3. Nachdem der Verlag Volk und Wissen gegründet wurde und die Schulbuchaktion durchführte, ist der Firma Meißner & Buch kategorisch erklärt worden, daß derartige Auswege keineswegs zulässig sind. Wäre die Rohstofflage nicht so angespannt, hätten wir diese Teilauflage der Druckerei zur Verfügung gestellt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben, und zeichnen

Hochachtungsvoll
VOLK UND WISSEN
Verlagsgesellschaft m.b.H.

Aufträge zur Erarbeitung neuer Schulbücher erhielten wieder zugelassene Verlage, die in die inhaltliche Bearbeitung alle Parteien und Organisationen, aber auch Eltern und Schüler der oberen Klassenstufen, einbezogen. Auf Befehl der SMAD wurden bis Ende 1945 fast 3,5 Millionen neue Lehrbücher für alle Fächer kurzfristig, meist in Leipzig erarbeitet, gedruckt, gebunden und an die Leipziger Schulen verteilt.

Veranstaltungen zum Kindertag am 1. Juni 1946 auf dem Karl-Marx-Platz. Zu den Attraktionen gehörte u. a. eine Fahrt mit der geschmückten Trümmerbahn.

Unterrichtsbeginn in Leipzigs Schulen

Universität

Ähnlich umfassend wie die Schulen bauten SMAD und KPD die Hochschulen um. Sie entließen nicht nur NS-belastete, sondern auch viele bürgerlich-konservative Professoren.

Erst nach der Überprüfung und Entnazifizierung des Lehrpersonals und der Billigung des Semesterprogramms genehmigt der Oberste Chef der SMAD am 18. Januar 1946 die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der Leipziger Universität.

In einigen Fachbereichen konnten auch ehemalige NSDAP-Mitglieder ihre wissenschaftliche Karriere fortsetzen oder neu beginnen. Der Professorenmangel wurde nur allmählich durch neue Lehrkräfte kompensiert. Zur Ausbildung des Lehrpersonals erfolgte die Gründung einer pädagogischen Fakultät an der Universität, wo im Oktober 1946 103 Studenten ihr Studium begannen.

Generell erschienen der SMAD und den antifaschistischen Kräften Teile des Universitäts-Lehrkörpers weniger von der nazistischen Ideologie durchdrungen als die künftigen Studenten, die durch nationalsozialistische Erziehung, NS-Organisationen und Militärdienst geprägt waren. Bis zur Wiedereröffnung der Universität am 5. Februar 1946 sollten deshalb Studenten mit antifaschistischer Gesinnung, insbesondere aus der Arbeiterschaft, für ein Studium gewonnen werden.

Nach dem Verständnis von KPD/SED hatten die Hochschulen die Ausbildung einer neuen sozialen und politischen Elite zu gewährleisten. Die Hochschulen öffneten sich daher für jüngere Berufstätige ohne Abitur. Zur Erhöhung des Arbeiteranteils unter den Studierenden wurden Zulassungsquoten nach der sozialen Herkunft eingeführt. Durch spezielle Kurse in neuen Institutionen, den späteren Vorstudienanstalten und Arbeiter- und Bauernfakultäten, wurden Arbeiter- und Bauernkinder gezielt auf ein Hochschulstudium vorbereitet.

Von Beginn an sollten die Hochschulen neben der fachlichen Wissensvermittlung auch Einfluss auf die Ideologie der Studenten nehmen.

Trotz der schweren Zerstörungen an den Gebäuden der Leipziger Universität, des Verlustes von Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie eines großen Teils der Institutsbibliotheken gelang es, die Universität am 5. Februar 1946 mit einer Festveranstaltung in der Leipziger Filmbühne „Capitol" (Redner: Prof. Solotuchin, links daneben: Prof. Dr. Gadame, Rektor und Prof. Dr. hc. Friedrichs, Präsident der Landesregierung Sachsen) feierlich zu eröffnen. Die Lehrtätigkeit begann an der Philosophischen, Medizinischen, Veterinärmedizinischen, Juristischen, Theologischen und Volkswirtschaftlichen Fakultät. Das Studium nahmen 767 Studenten auf, darunter allerdings nur 26 Arbeiterkinder. Die Stadt Leipzig stellte in den ersten Nachkriegsjahren erhebliche finanzielle Mittel als Stipendien für Arbeiterstudenten zur Verfügung.

Universitätsgebäude Rotes Kolleg, Ritterstraße.

Wiederaufbau des Gebäudes des Chemischen Instituts an der Liebigstraße. Die Stadt Leipzig stiftete für den Wiederaufbau der Universität, vor allem der Kliniken, in den Jahren 1946 und 1947 jeweils 500.000 RM aus städtischen Mitteln.

Die sich überwiegend in der Innenstadt befindenden Gebäude der Leipziger Universität waren durch die Luftangriffe schwer beschädigt oder total zerstört worden. Die Aufnahme zeigt die Rückseite des Augusteums, links davon die unzerstörte Paulinerkirche sowie das ausgebrannte Cafe Felsche. Am Hauptgebäudekomplex Universität wurden ebenso wie an zahlreichen Universitätsgebäuden umfangreiche Reparaturen eingeleitet.

Das landwirtschaftliche Institut der Universität, Johannisalle.

Arbeiter auf die Universität

Die demokratische Neuordnung Deutschlands macht auch eine Änderung der Zusammensetzung der jetzigen Studentenschaft nötig. Der Besuch der höheren Schule, die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Arbeit war praktisch ein Vorrecht des Besitzes. Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Führung des Staates auch die bisher Ausgeschalteten beteiligen zu können.

Zwei Wege werden zur Universität führen:

1. **Die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesung feststellt.**
2. **Die Arbeiterfakultät, die dem künftigen Arbeiterstudenten die notwendigen Kenntnisse vermittelt und ihn so an das eigentliche Studium heranführt.**

Es sind in der Universität bereits Kommissionen gebildet, die diese Prüfungen vornehmen sollen.

Jetzt kommt es darauf an, daß aus allen Betrieben, aus allen Werkstätten begabte junge Männer und Mädchen ausgesucht werden, die diesen neuen Weg benutzen wollen.

Studium und Lebensunterhalt werden von den Betrieben, Stadt und Staat gemeinsam getragen.

Die Betriebe oder Einzelinteressenten werden aufgefordert, die in Frage kommenden Adressen bei dem Volksbildungsamt der Stadt Leipzig und der Universität unter dem Kennwort:

„Arbeiter auf die Universität" anzugeben.

Möglichst viele junge Arbeiter oder Arbeiterinnen sollen aus ganz Sachsen neu zur Landesuniversität stoßen.

Spenden und Freistellen werden an das Volksbildungsamt der Stadt Leipzig erbeten. Von jedem Arbeiterstudenten muß ein ausführlicher Lebenslauf vorliegen unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Vergangenheit, der Herkunft seiner Eltern und seiner Tätigkeit im Kriege.

Kommunistische Partei Deutschlands, Kreisleitung Leipzig
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Leipzig
Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bezirk Leipzig
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, Kreis Leipzig
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Leipzig

Arbeiter! Studiert vor allem Volkswirtschaft und Jura!

Enttrümmerung und Wiederaufbau

Bis zum Kriegsende begann zeitgleich oder unmittelbar nach den Löscharbeiten das erste Aufräumen in lebenswichtigen Einrichtungen und Versorgungsbereichen. Männer, Frauen und Kinder, unterstützt von Tausenden Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen beräumten die mit Trümmern übersäten Straßen. Beschädigte Gebäude konnten durch die allgemeine Knappheit an Baustoffen allerdings nur notdürftig ausgebessert werden. Der Schutt wurde in Straßendämme, Gruben und Bombentrichter verfüllt, nachdem er von allem wieder verwendbaren Material wie Ziegelsteinen, Holzbalken, Rohren oder sonstigem Metall getrennt worden war. Am Ende des Krieges gab es im Stadtgebiet fast 2.500 Bombentrichter, davon allein 1.200 in der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

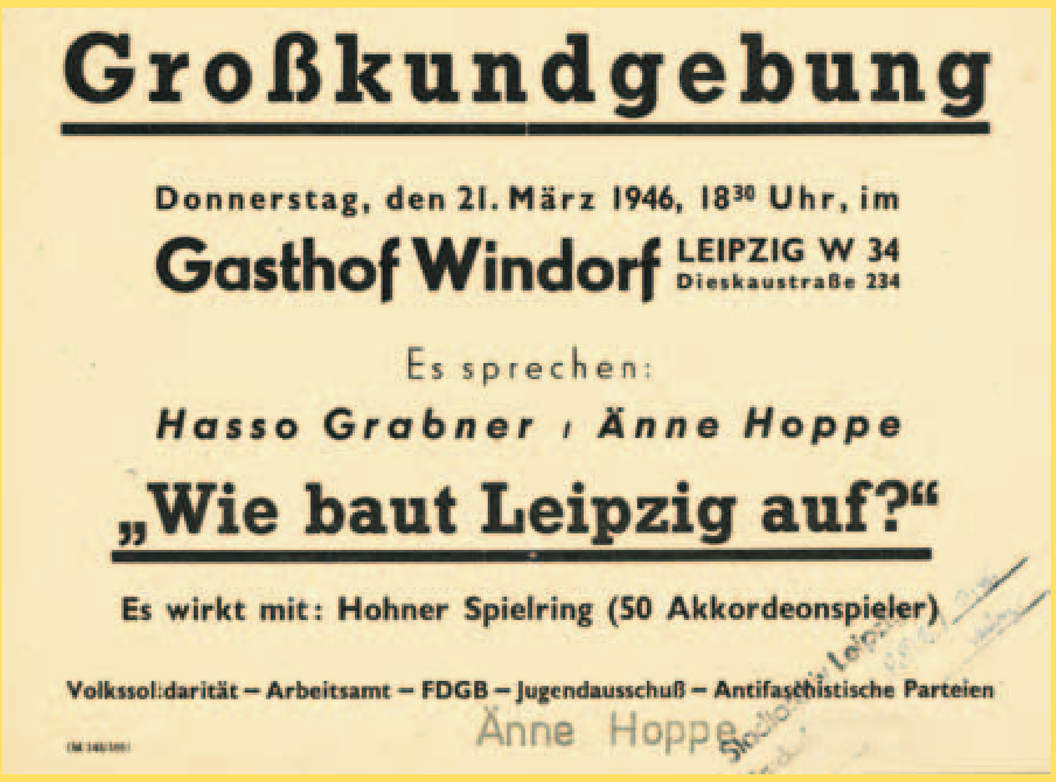
Eine systematische Wiederaufbauplanung begann in Leipzig erst nach dem Kriegsende. Die Planungen beruhten im Wesentlichen auf dem 1929 unter Stadtbaurat Hubert Ritter erarbeiteten Generalbebauungsplan. Die einheitliche Leitung des Wiederaufbaus lag in Verantwortung des Dezernates für Bauwesen, das alle Instandhaltungen, Wiederinstandsetzungen und eventuelle Neubauten in der Stadt Leipzig in Zusammenarbeit mit den einzelnen Ämtern der Stadtverwaltung koordinierte. Die Stadt sollte zunächst planmäßig von Innen nach Außen beräumt und auch wieder aufgebaut werden. Das erste neue stadtplanerische Instrument waren die so genannten Enttrümmerungskarten. Bis Ende 1948 war von der Leipziger Gesamttrümmermasse, die auf 4,6 Millionen Kubikmetern angenommen wurde, rund ein Drittel beseitigt.

Die ursprünglichen Konzepte eines weitgehenden Wiederaufbaus nicht völlig zerstörter und erhaltenswerter historische Gebäude fielen den städtebaulichen Planungen der folgenden Jahre zum Opfer. So wurde ein Großteil der Gebäude im Stadtzentrum, die mit mittleren und schweren Schäden den Krieg überdauert hatten, in den fünfziger und sechziger Jahren gesprengt und abgerissen.

Einsatz der Trümmerbahn in der Innenstadt.

Arbeitseinsatz der FDJ zur Enttrümmerung in der Innenstadt.

Arbeitseinsatz vor dem Neuen Rathaus, Lotterstraße, 1946.



Großkundgebung

Donnerstag, den 21. März 1946, 18³⁰ Uhr, im

Gasthof Windorf LEIPZIG W 34 Dieskaustraße 234

Es sprechen:

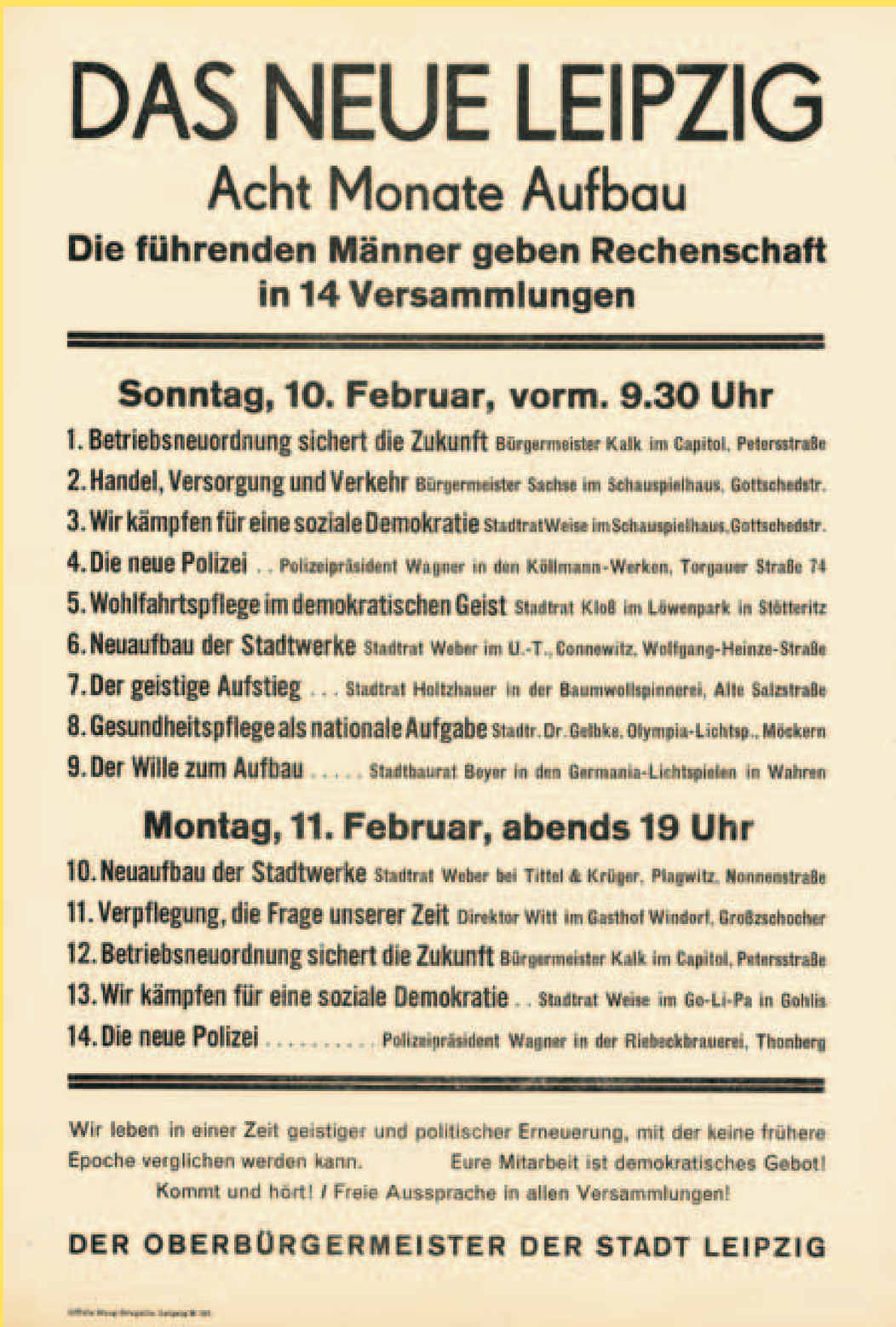
Hasso Grabner / Änne Hoppe

„Wie baut Leipzig auf?“

Es wirkt mit: Hohner Spielring (50 Akkordeonspieler)

Volkssolidarität – Arbeitsamt – FDGB – Jugendausschuß – Antifaschistische Parteien

Änne Hoppe



DAS NEUE LEIPZIG

Acht Monate Aufbau

Die führenden Männer geben Rechenschaft in 14 Versammlungen

Sonntag, 10. Februar, vorm. 9.30 Uhr

1. Betriebsneuordnung sichert die Zukunft Bürgermeister Kalk im Capitol, Petersstraße
2. Handel, Versorgung und Verkehr Bürgermeister Sachse im Schauspielhaus, Gottschedstr.
3. Wir kämpfen für eine soziale Demokratie StadtratWeise imSchauspielhaus,Gottschedstr.
4. Die neue Polizei .. Polizeipräsident Wagner in den Köllmann-Werken, Torgauer Straße 74
5. Wohlfahrtspflege im demokratischen Geist Stadtrat Kloß im Löwenpark in Stötteritz
6. Neuaufbau der Stadtwerke Stadtrat Weber im U.-T., Connewitz, Wolfgang-Heinze-Straße
7. Der geistige Aufstieg ... Stadtrat Holtzhauer in der Baumwollspinnerei, Alte Salzstraße
8. Gesundheitspflege als nationale Aufgabe Stadtr. Dr. Gelbke, Olympia-Lichtsp., Möckern
9. Der Wille zum Aufbau ..... Stadtbaurat Beyer in den Germania-Lichtspielen in Wahren

Montag, 11. Februar, abends 19 Uhr

10. Neuaufbau der Stadtwerke Stadtrat Weber bei Tittel & Krüger, Plagwitz, Nonnenstraße
11. Verpflegung, die Frage unserer Zeit Direktor Witt im Gasthof Windorf, Großzschocher
12. Betriebsneuordnung sichert die Zukunft Bürgermeister Kalk im Capitol, Petersstraße
13. Wir kämpfen für eine soziale Demokratie .. Stadtrat Weise im Go-Li-Pa in Gohlis
14. Die neue Polizei ..... Polizeipräsident Wagner in der Riebeckbrauerei, Thonberg

Wir leben in einer Zeit geistiger und politischer Erneuerung, mit der keine frühere Epoche verglichen werden kann. Eure Mitarbeit ist demokratisches Gebot!

Kommt und hört! / Freie Aussprache in allen Versammlungen!

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT LEIPZIG

GELDLOTTERIE

LEIPZIG

VOLKSSOLIDARITÄT

548372

Nichts